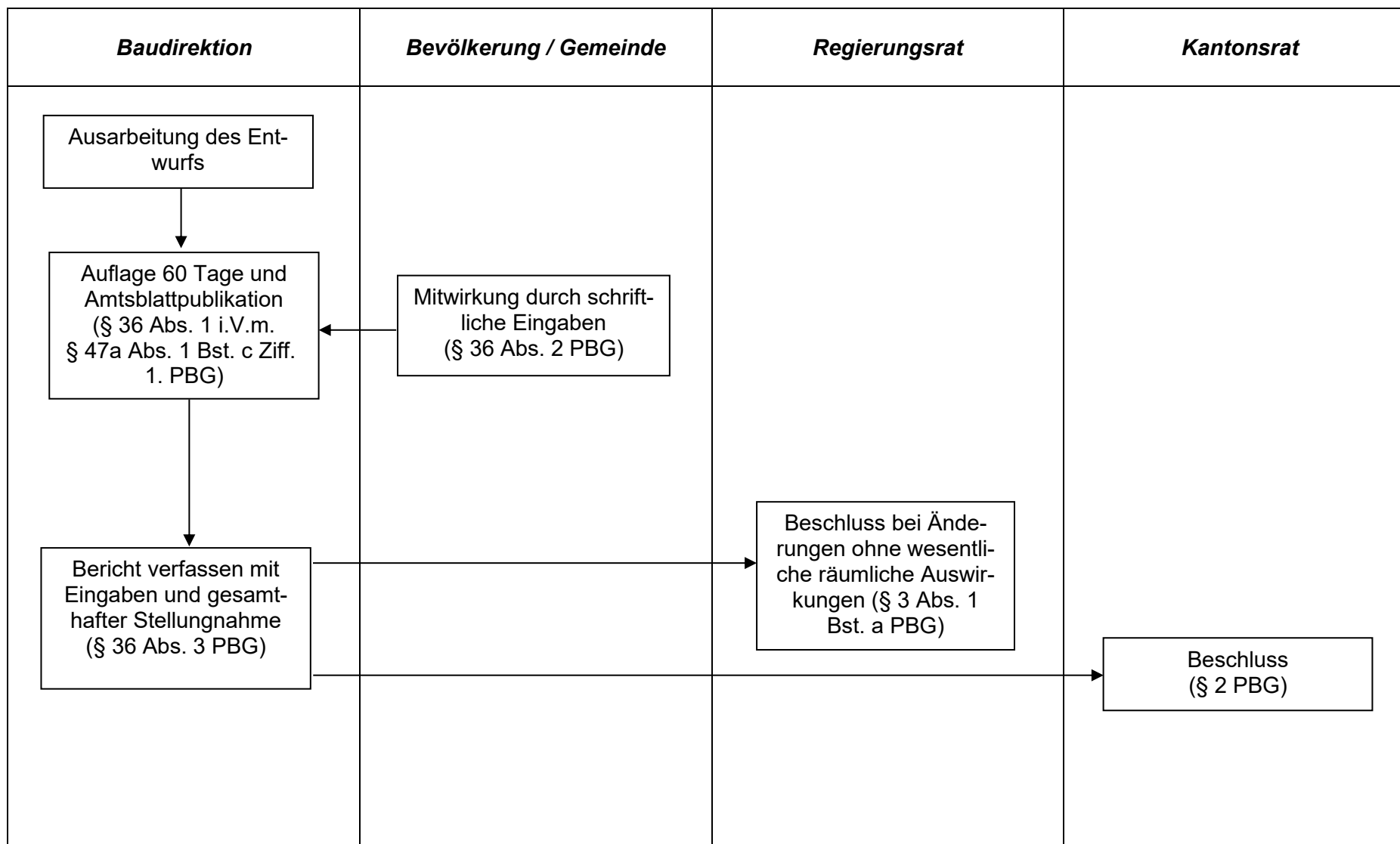
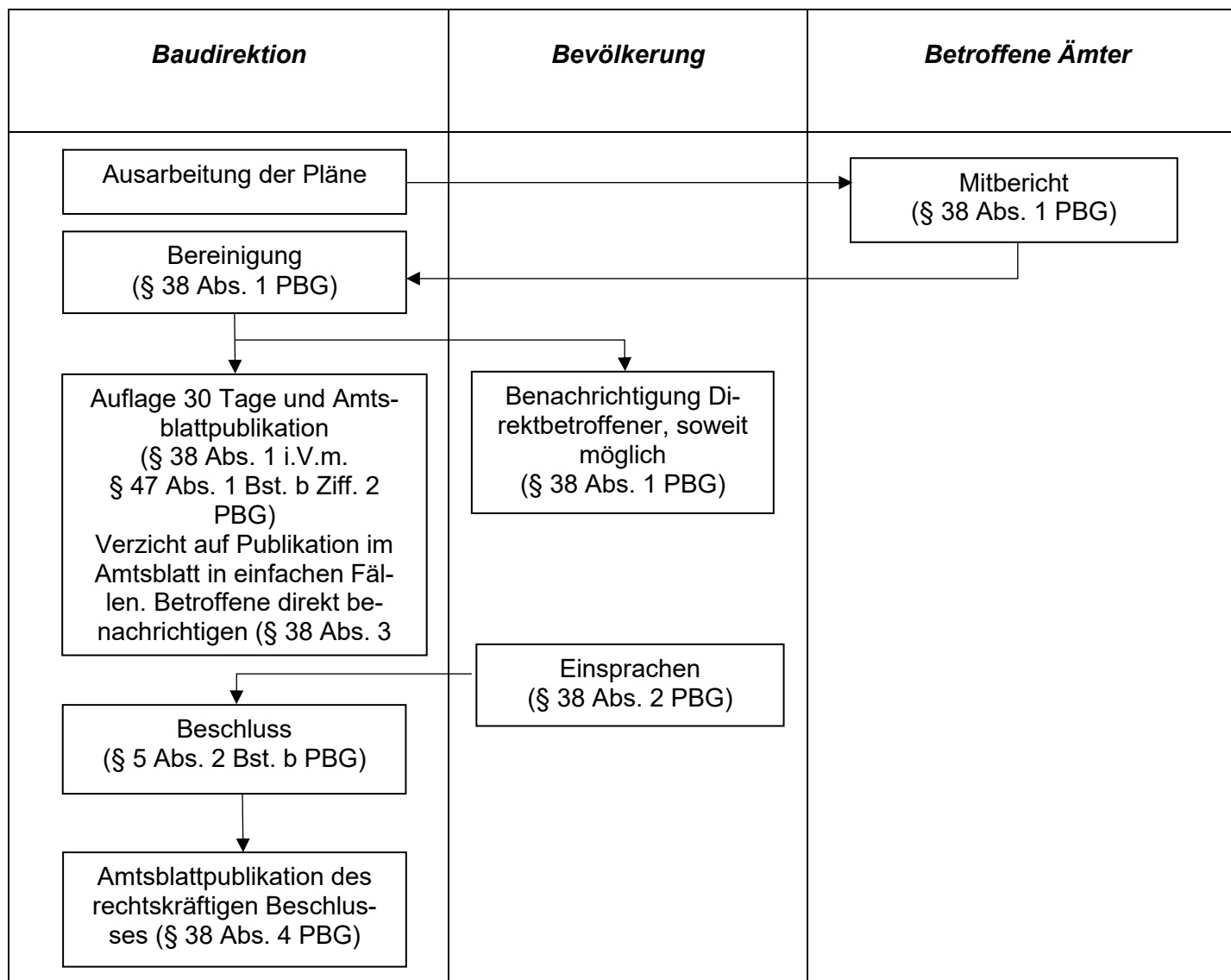


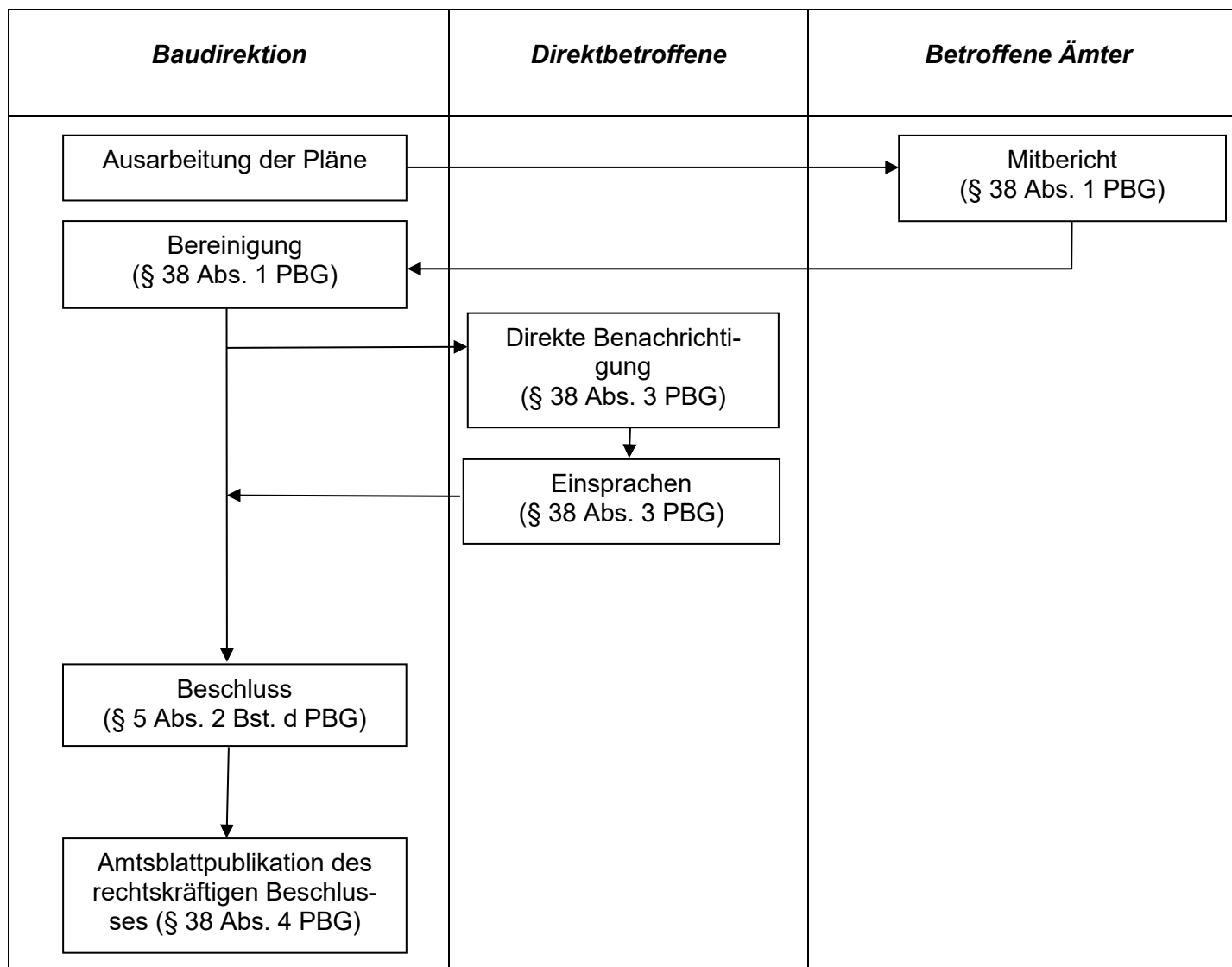
1. Kantonaler Richtplan



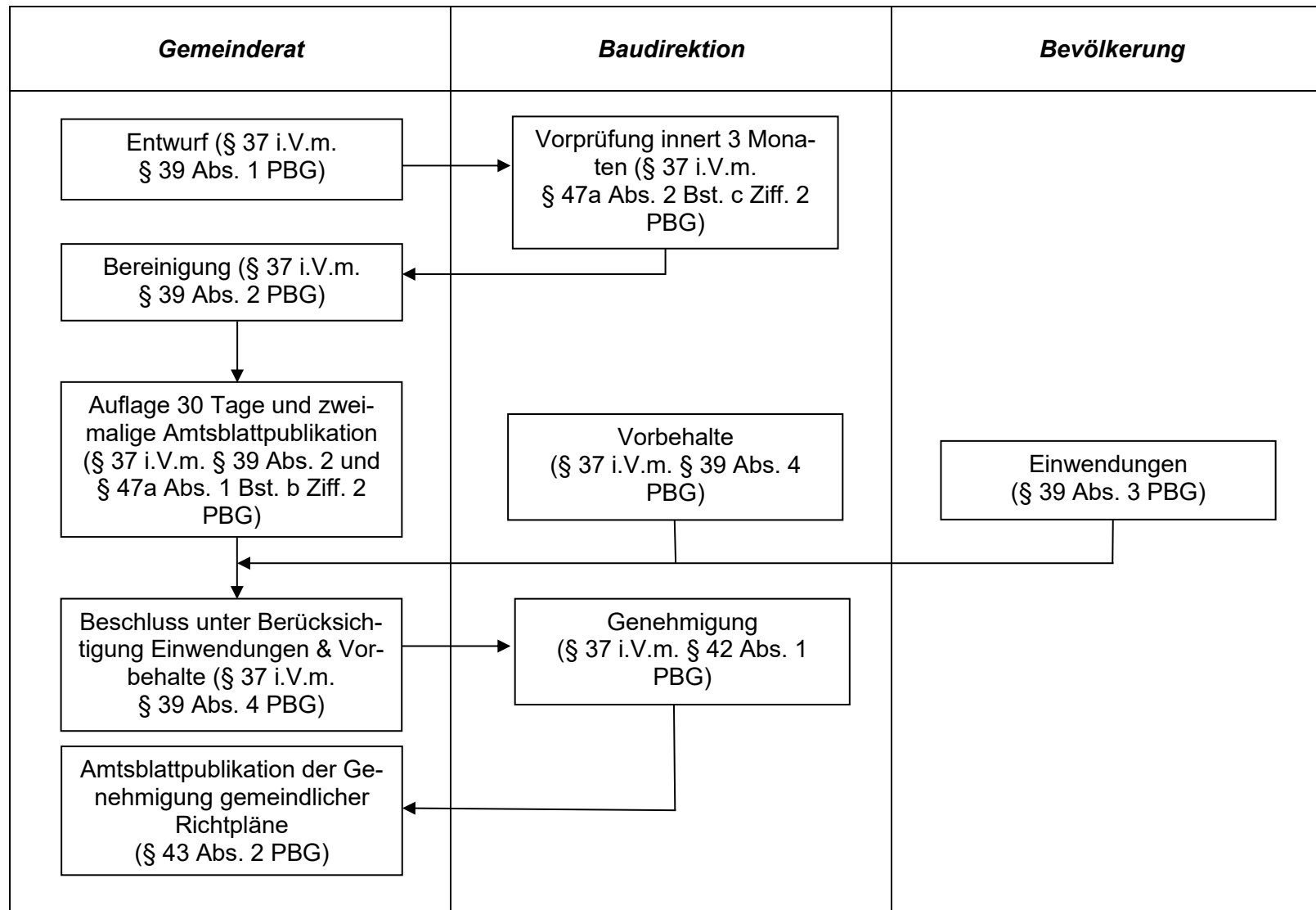
2. Kantonale Zonen- und kantonale Sondernutzungspläne im ordentlichen Verfahren



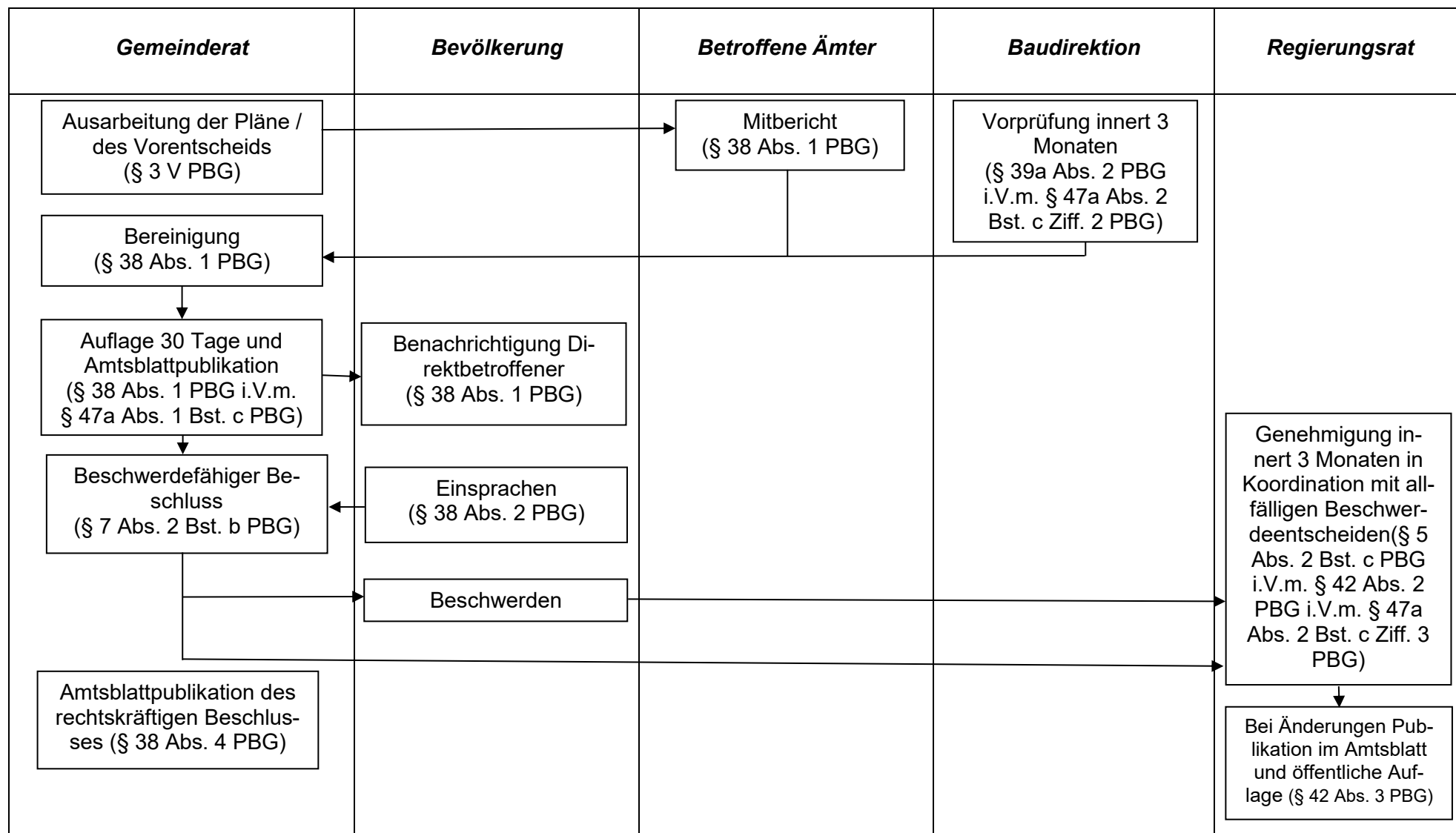
3. Kantonale Zonen- und kantonale Sondernutzungspläne im einfachen Verfahren



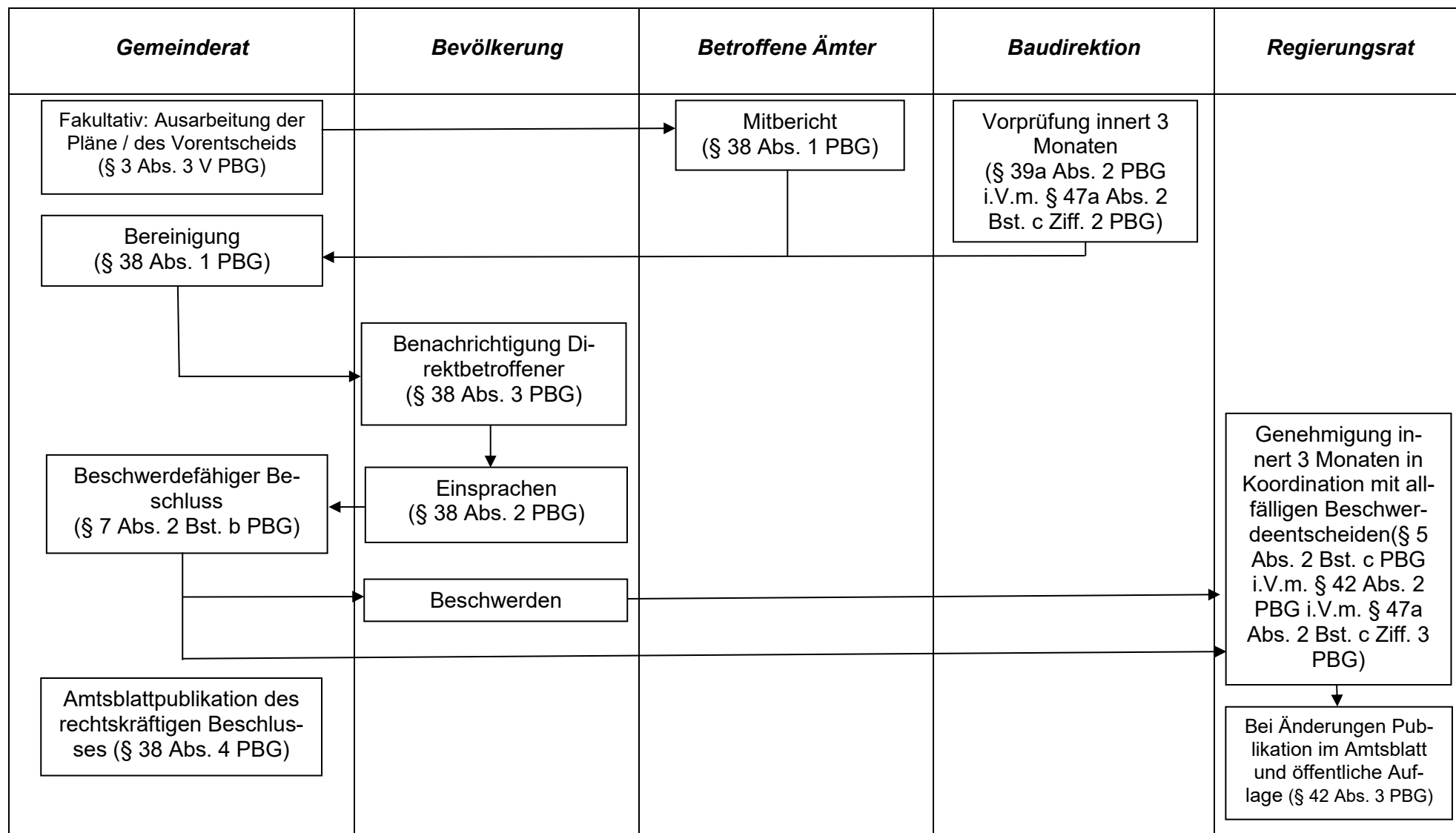
4. Gemeindliche Richtpläne



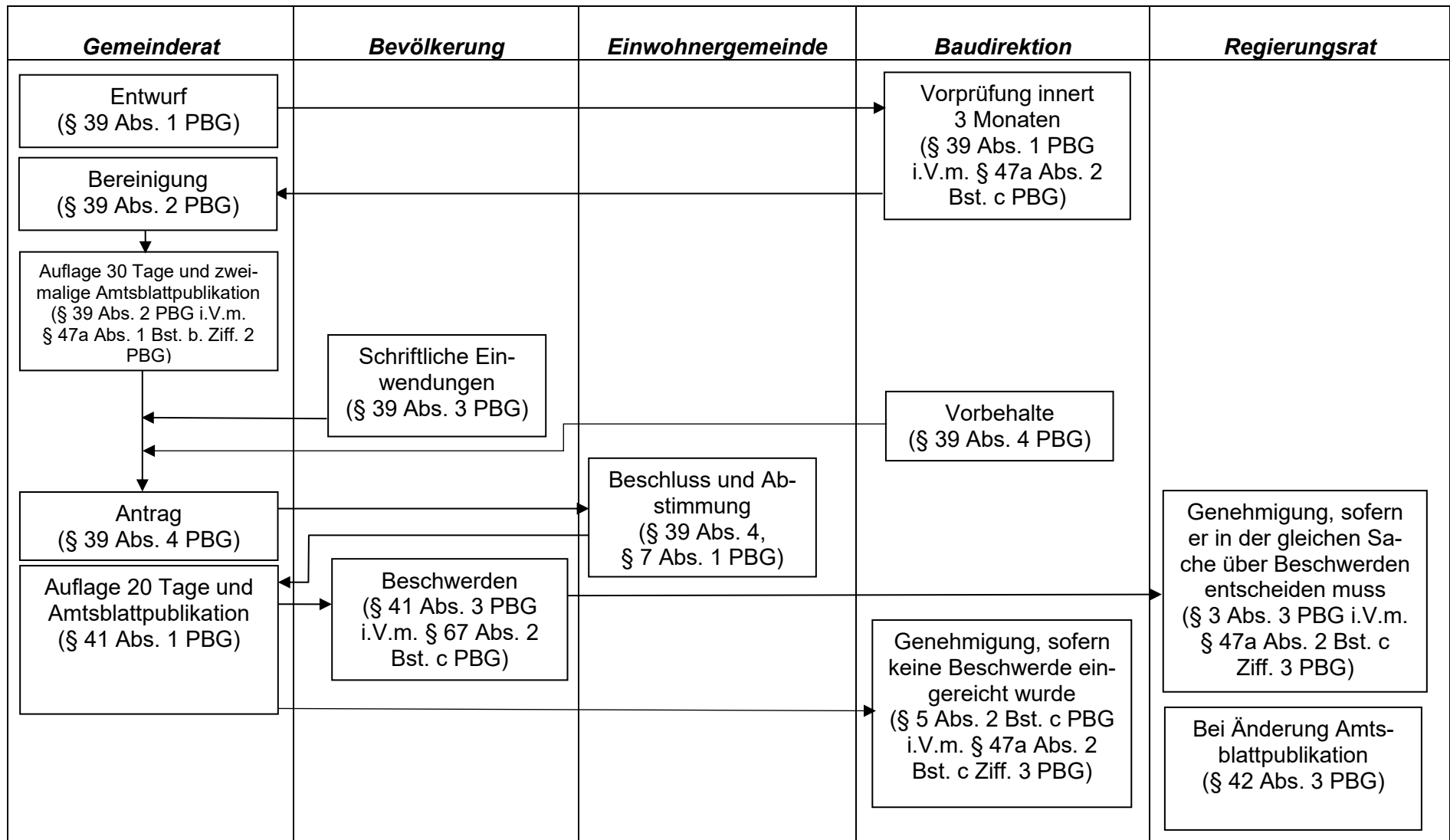
5. Gemeindliche Baulinien-, Erschliessungs- und Strassenpläne im ordentlichen Verfahren



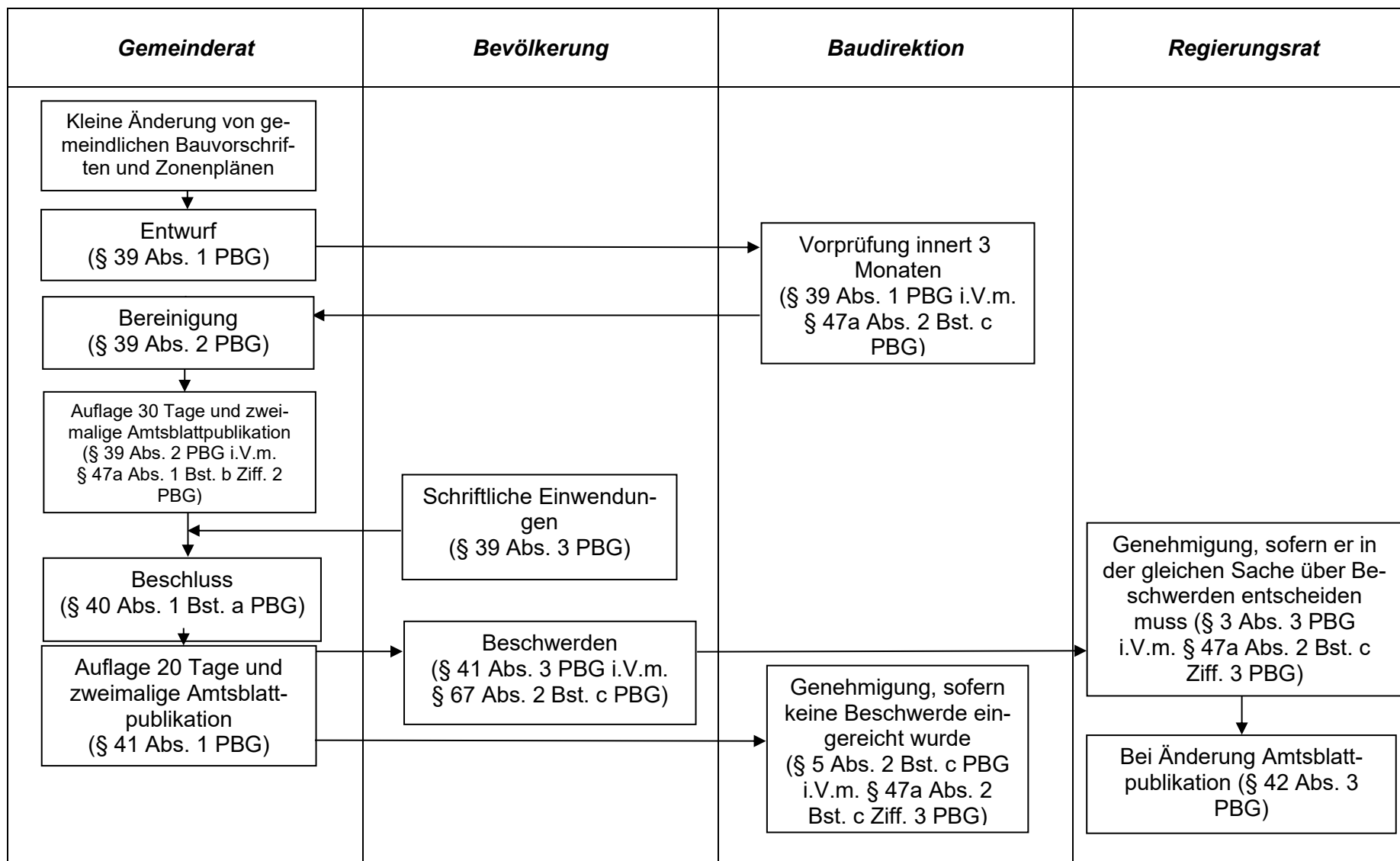
6. Gemeindliche Baulinien-, Erschliessungs- und Strassenpläne im einfachen Verfahren



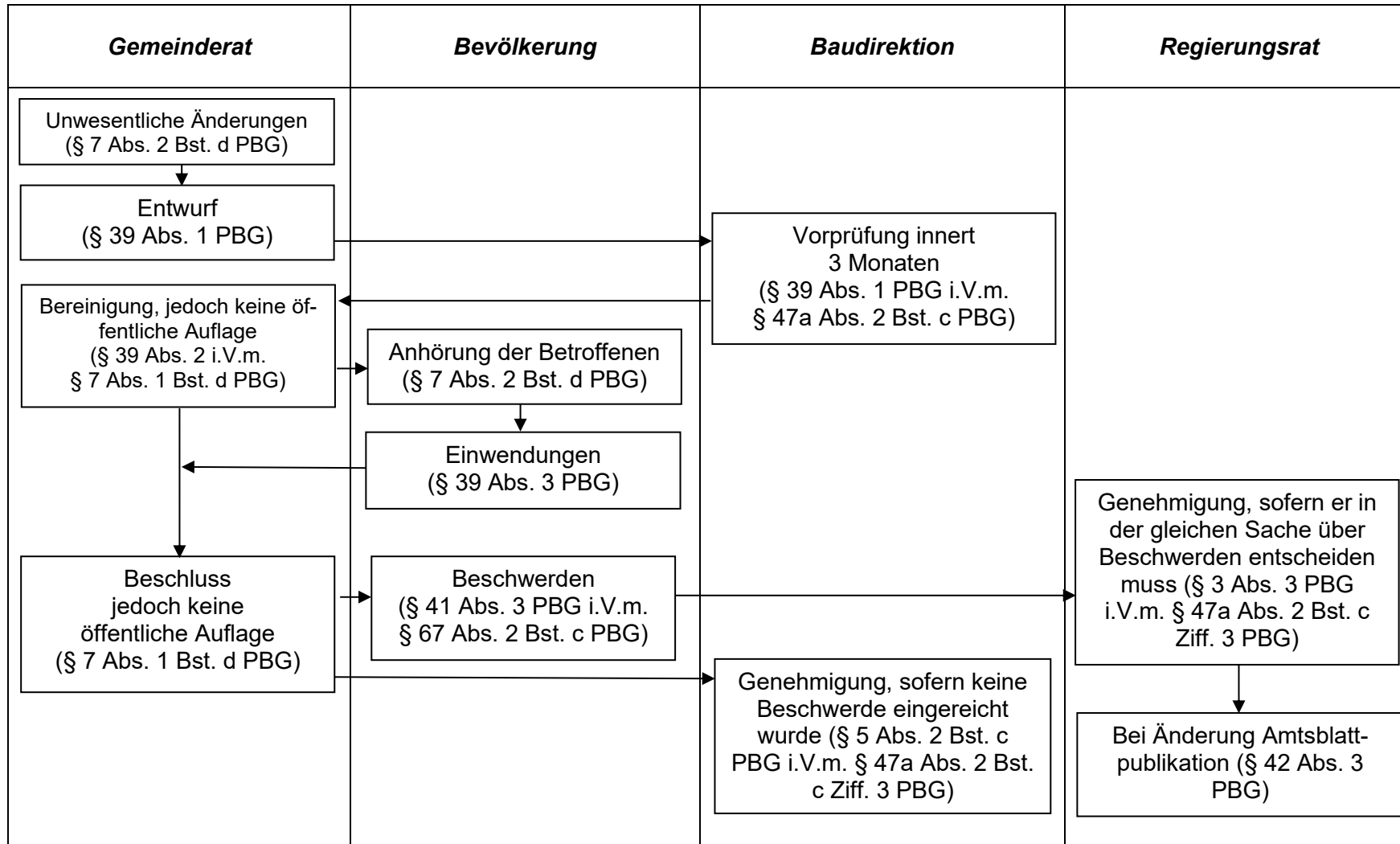
7. Gemeindliche Bauvorschriften und Zonenpläne im ordentlichen Verfahren



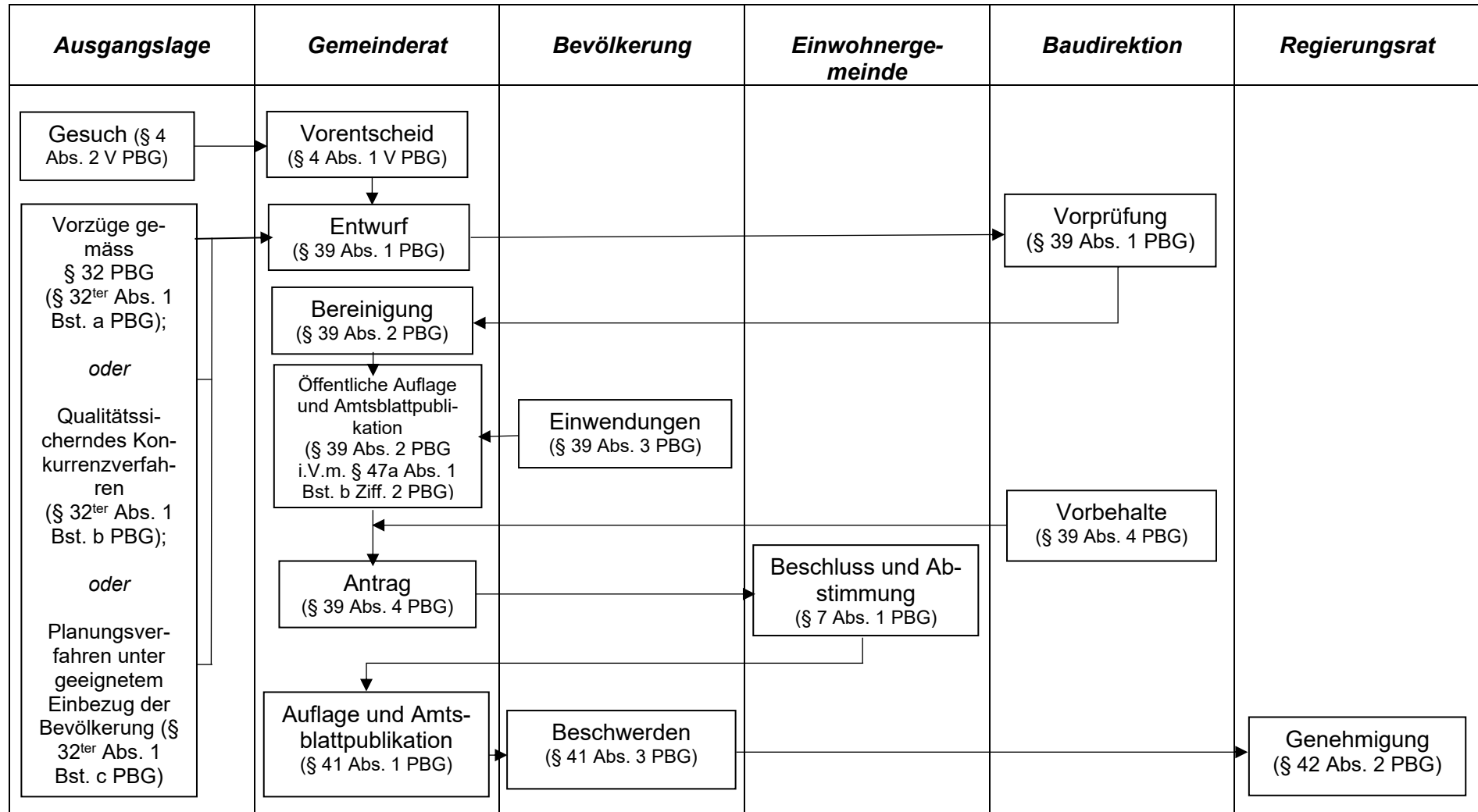
8. Gemeindliche Bauvorschriften und Zonenpläne im einfachen Verfahren



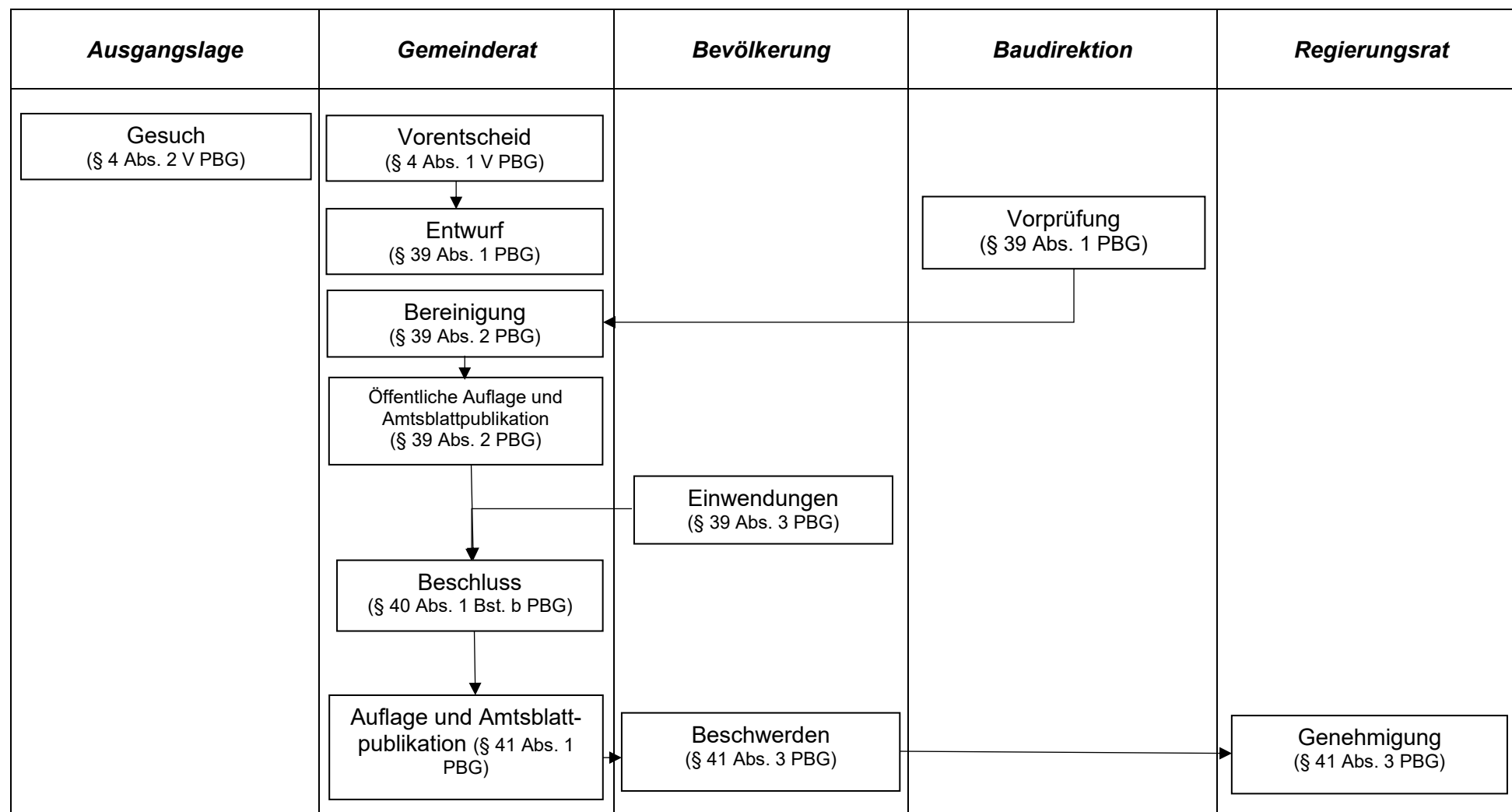
9. Unwesentliche Änderungen des Zonenplans z. B. wegen planerisch unzweckmässig verlaufender Zonengrenzen (§ 7 Abs. 2 Bst. d PBG)



10. Ordentlicher Bebauungsplan im normalen Verfahren (§ 32^{ter} PBG)

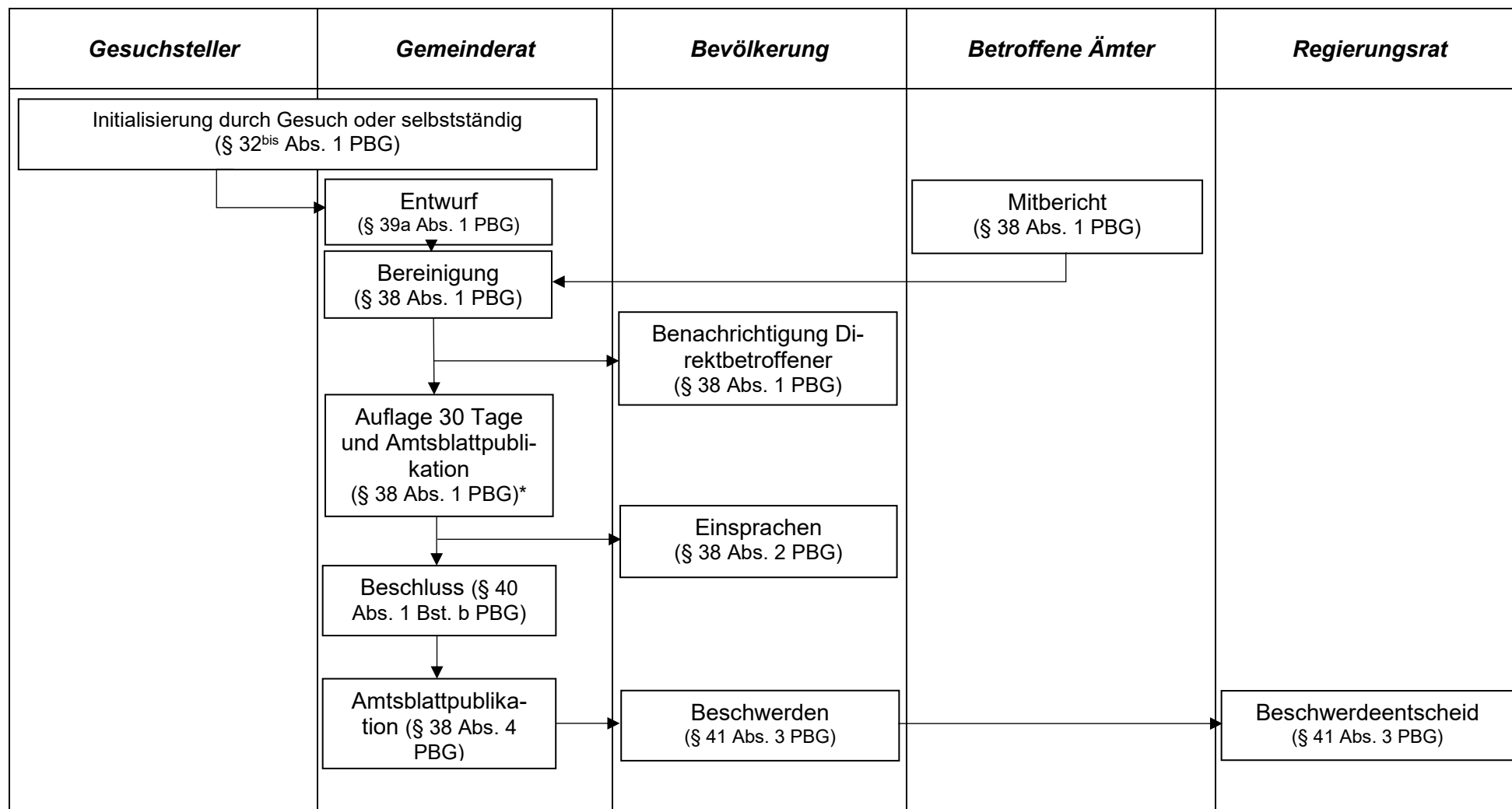


11. Ordentlicher Bebauungsplan im einfachen Verfahren (§ 40 PBG)



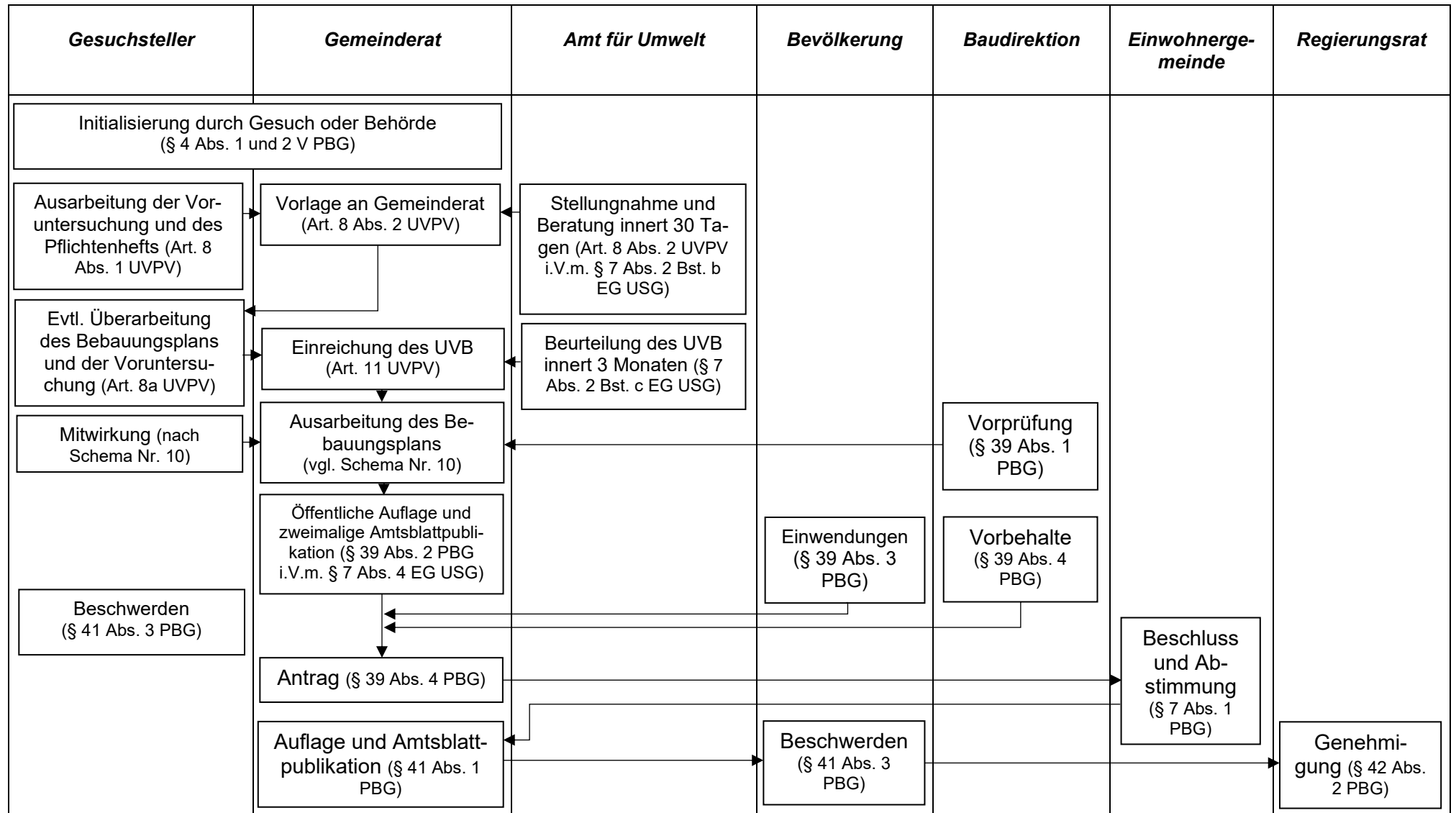
Bemerkung: Das einfache Verfahren ist betreffend die ordentlichen Bebauungspläne ausschliesslich für kleine Änderungen vorgesehen (§ 40 Abs. 1 Bst. a PBG)

12. Einfacher Bebauungsplan (§ 32bis PBG)

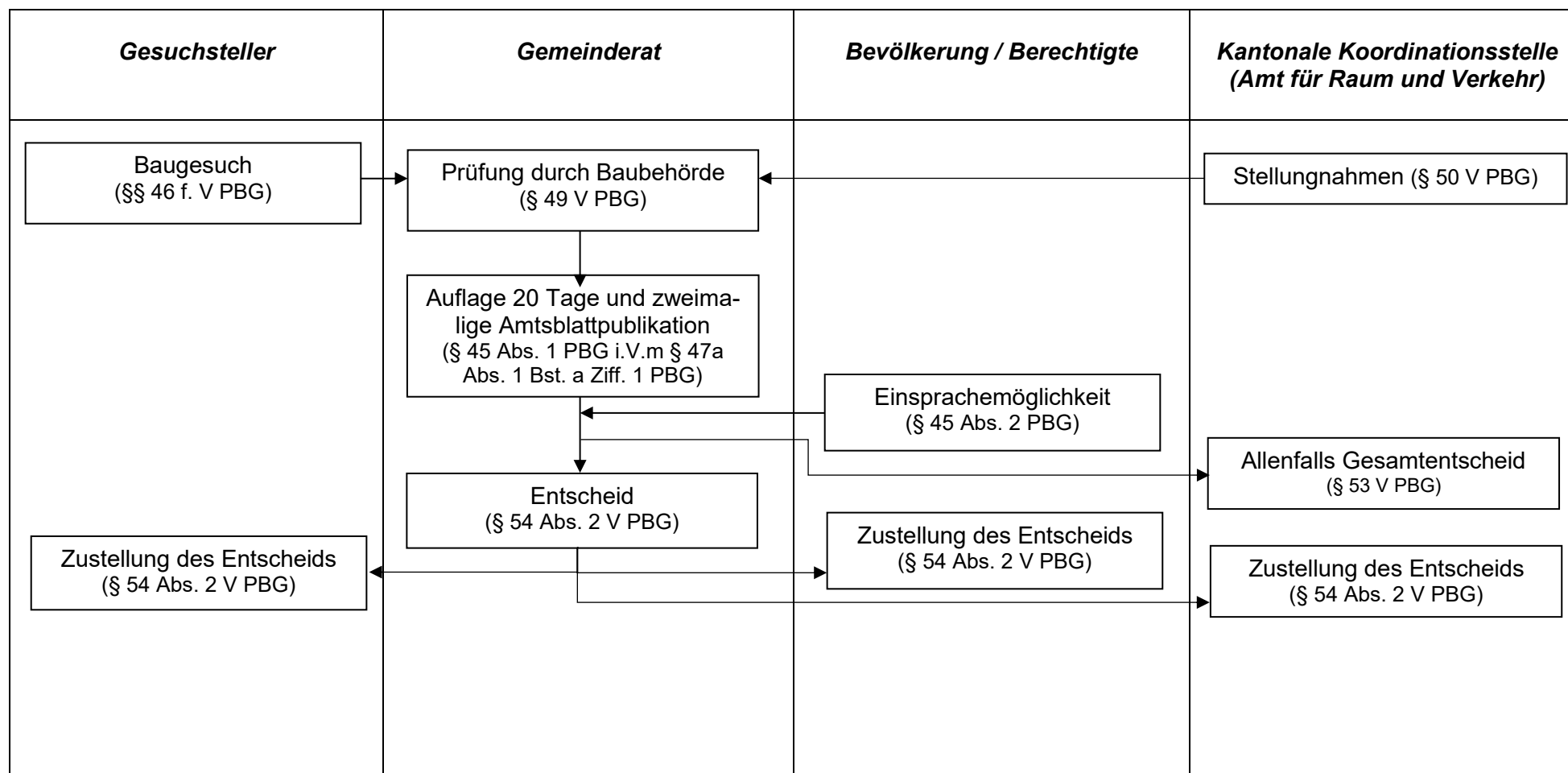


* In einfachen Fällen kann auf die öffentliche Auflage / Amtsblattpublikation verzichtet werden. Die Betroffenen sind jedoch – zur Wahrung des rechtlichen Gehörs – direkt zu benachrichtigen (§ 38 Abs. 3 i.V.m. § 39a Abs. 1 PBG)

13. Ordentlicher Bebauungsplan im normalen Verfahren mit Umweltverträglichkeitsprüfung



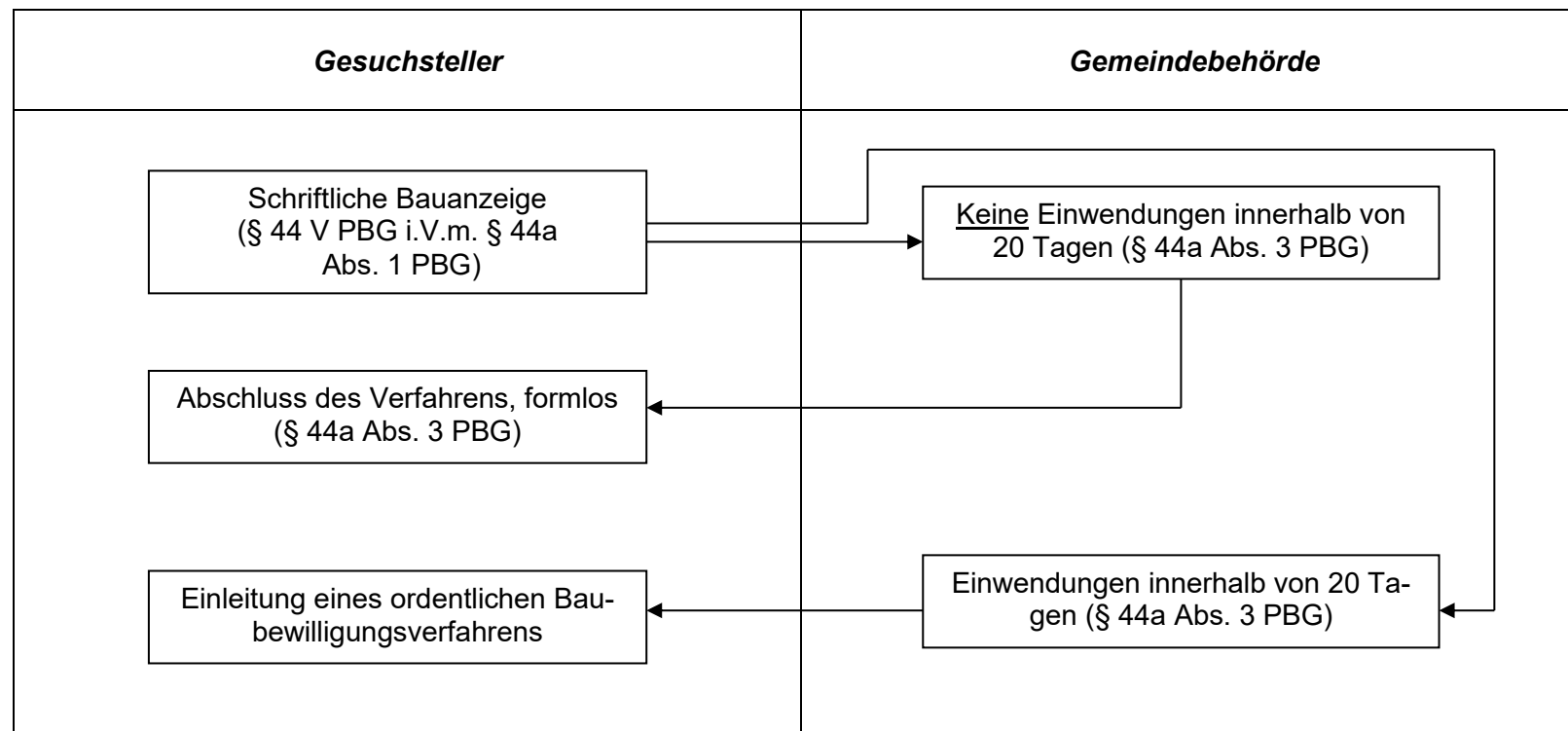
14. Bauten und Anlagen innerhalb der Bauzone



Bemerkung

Der Gemeinderat kann gemäss § 7 Abs. 3 und 4 PBG seine Befugnisse als Baubewilligungsbehörde nur beschränkt an eine untere gemeindliche Behörde delegieren. Demzufolge ist es möglich, dass in den verschiedenen Gemeinden unterschiedliche Behörden für die Erteilung einer Baubewilligung zuständig sind. Dieser Ablauf trifft nur dann zu, wenn vom Bauvorhaben keine kantonalen Interessen wie Kantonsstrassen, Gewässerabstände o. ä. tangiert sind.

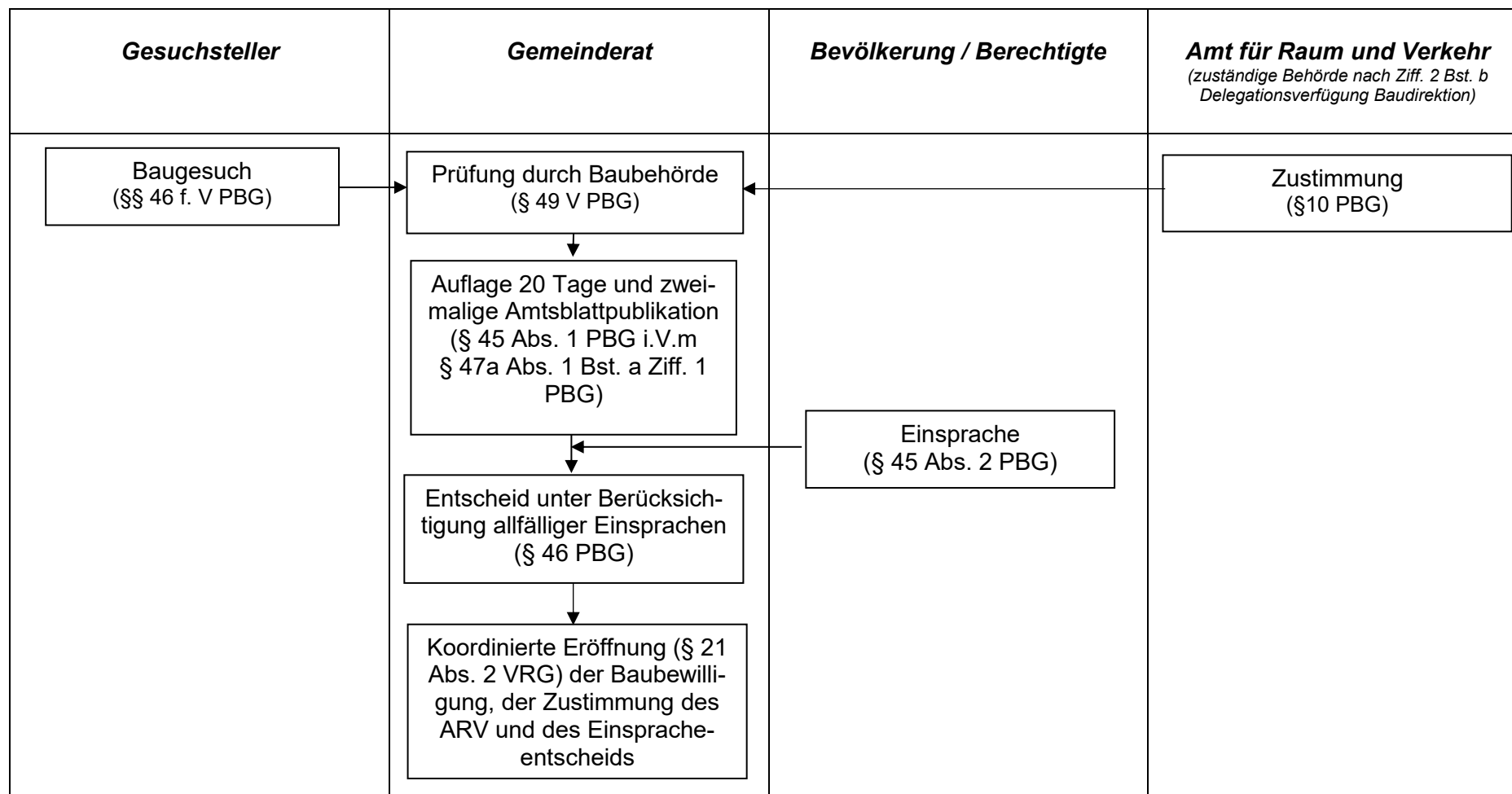
15. Bauanzeige für Bauten und Anlagen von geringer Tragweite und ohne erhebliches Interesse für Einspracheberechtigte oder die Öffentlichkeit innerhalb der Bauzone



Bemerkung

Dieser Ablauf trifft nur zu, wenn vom Bauvorhaben kein kantonales Interesse wie Kantonsstrassen, Gewässerabstände o. ä. tangiert ist.

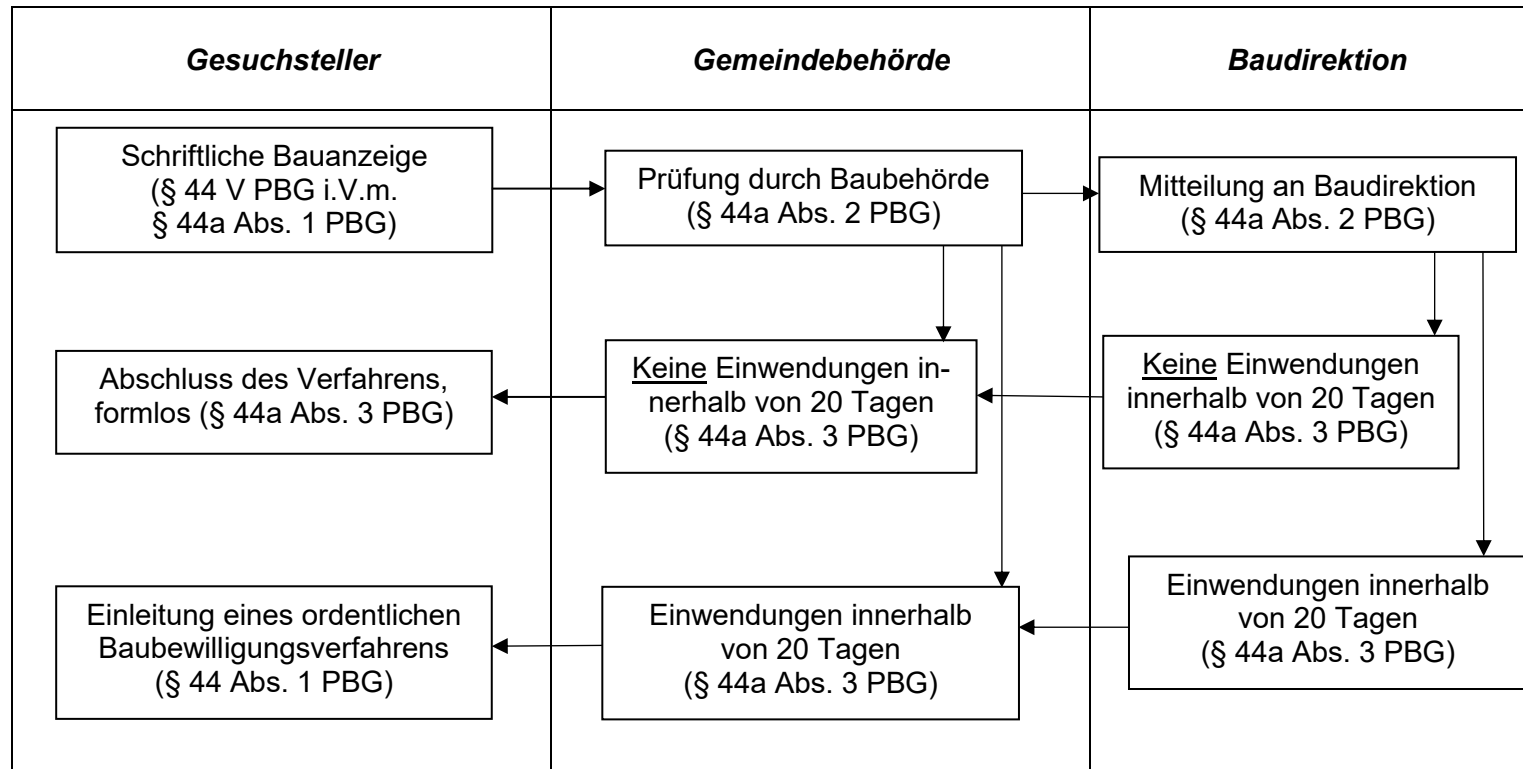
16. Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzone



Bemerkung

Der Gemeinderat kann gemäss § 7 Abs. 3 und 4 PBG seine Befugnisse als Baubewilligungsbehörde nur beschränkt an eine untere gemeindliche Behörde delegieren. Demzufolge ist es möglich, dass in den verschiedenen Gemeinden unterschiedliche Behörden für die Erteilung einer Baubewilligung zuständig sind.

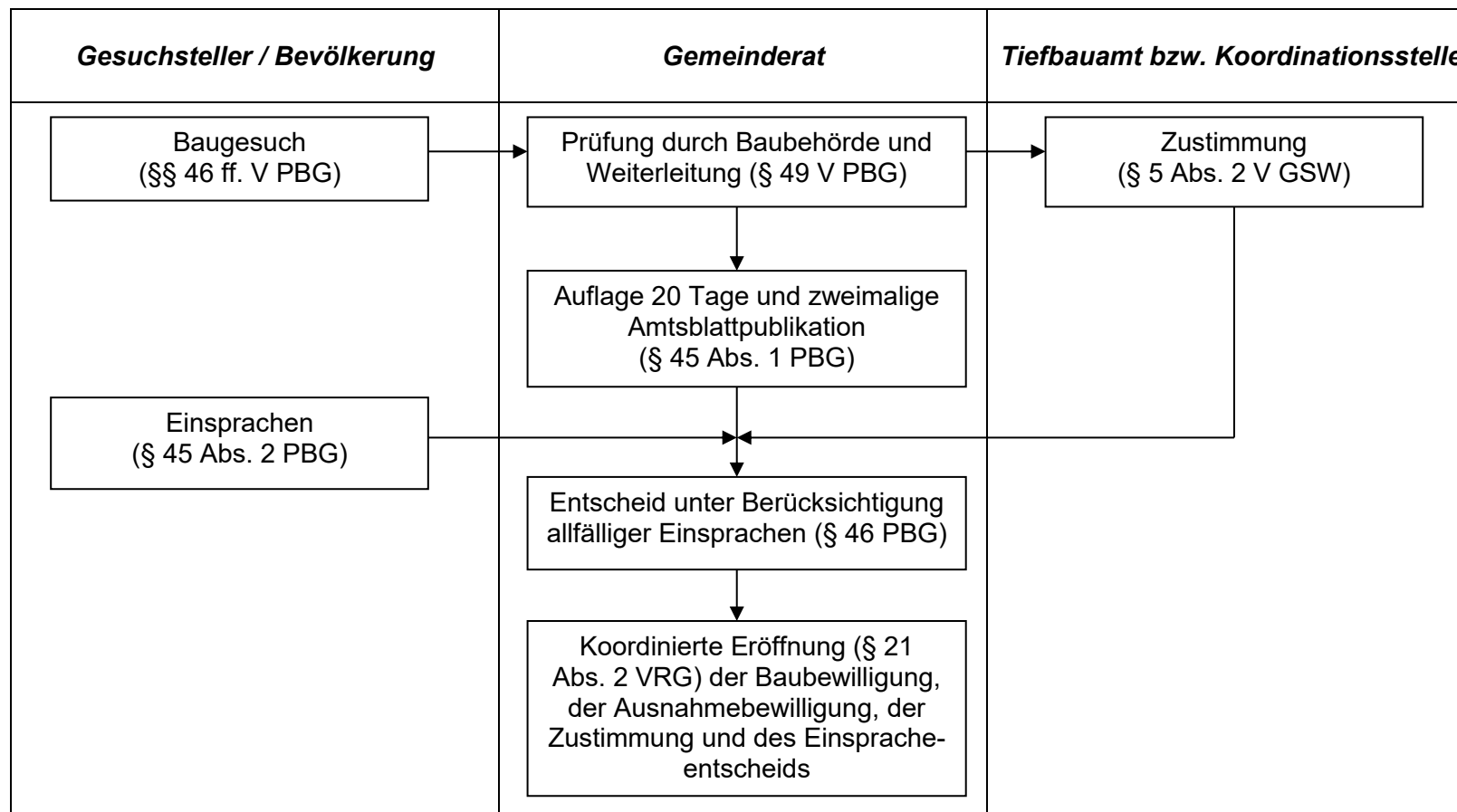
17. Bauanzeige für Bauten und Anlagen von geringer Tragweite und ohne erhebliches Interesse für Einspracheberechtigte oder die Öffentlichkeit ausserhalb der Bauzone



Bemerkung

Auf das ordentliche Baubewilligungsverfahren kann nur verzichtet werden, falls weder die Gemeindebehörde noch die Baudirektion Einwendungen erheben. Für das ordentliche Baubewilligungsverfahren für Bauten ausserhalb der Bauzone vgl. Tafel 16.

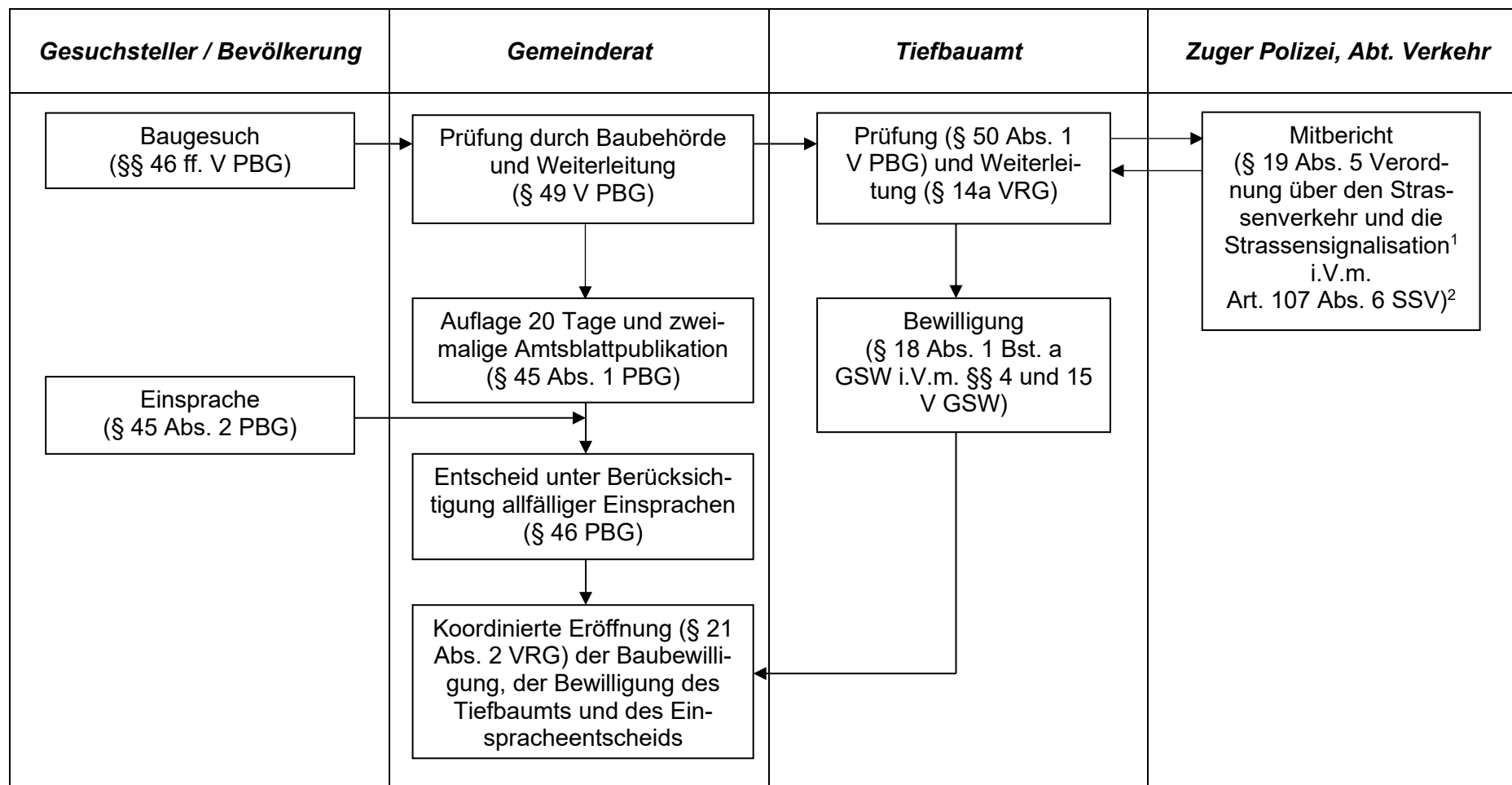
18. Neue Bauten und Anlagen im Strassenabstand oder Baulinienraum von Kantonsstrassen und von Radstrecken



Bemerkung

Der Mindestabstand zu Kantonsstrassen beträgt gemäss § 17 Abs. 1 Bst. a GSW 6 m. Ausnahmegewilligungen können insbesondere für Kleinbauten erteilt werden (§ 17 Abs. 3 GSW).

19. Bauvorhaben mit Einmündung bei Kantonsstrassen

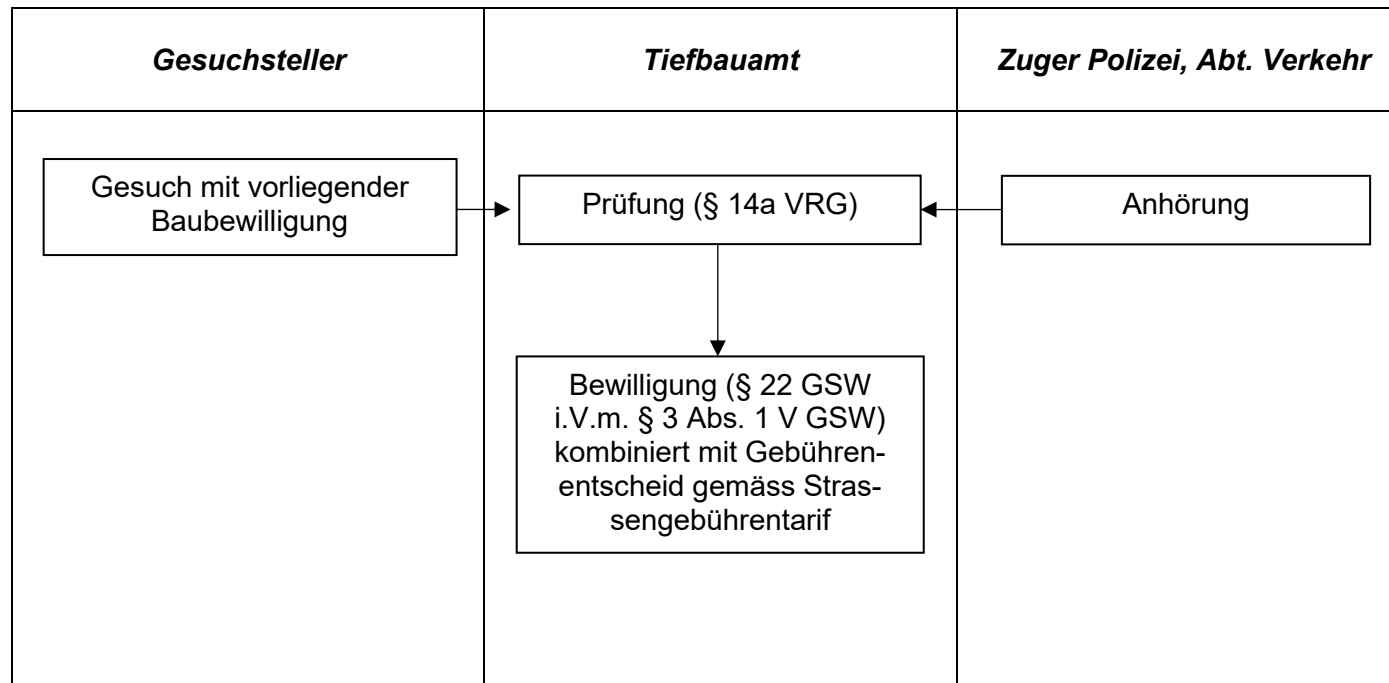


Bemerkungen

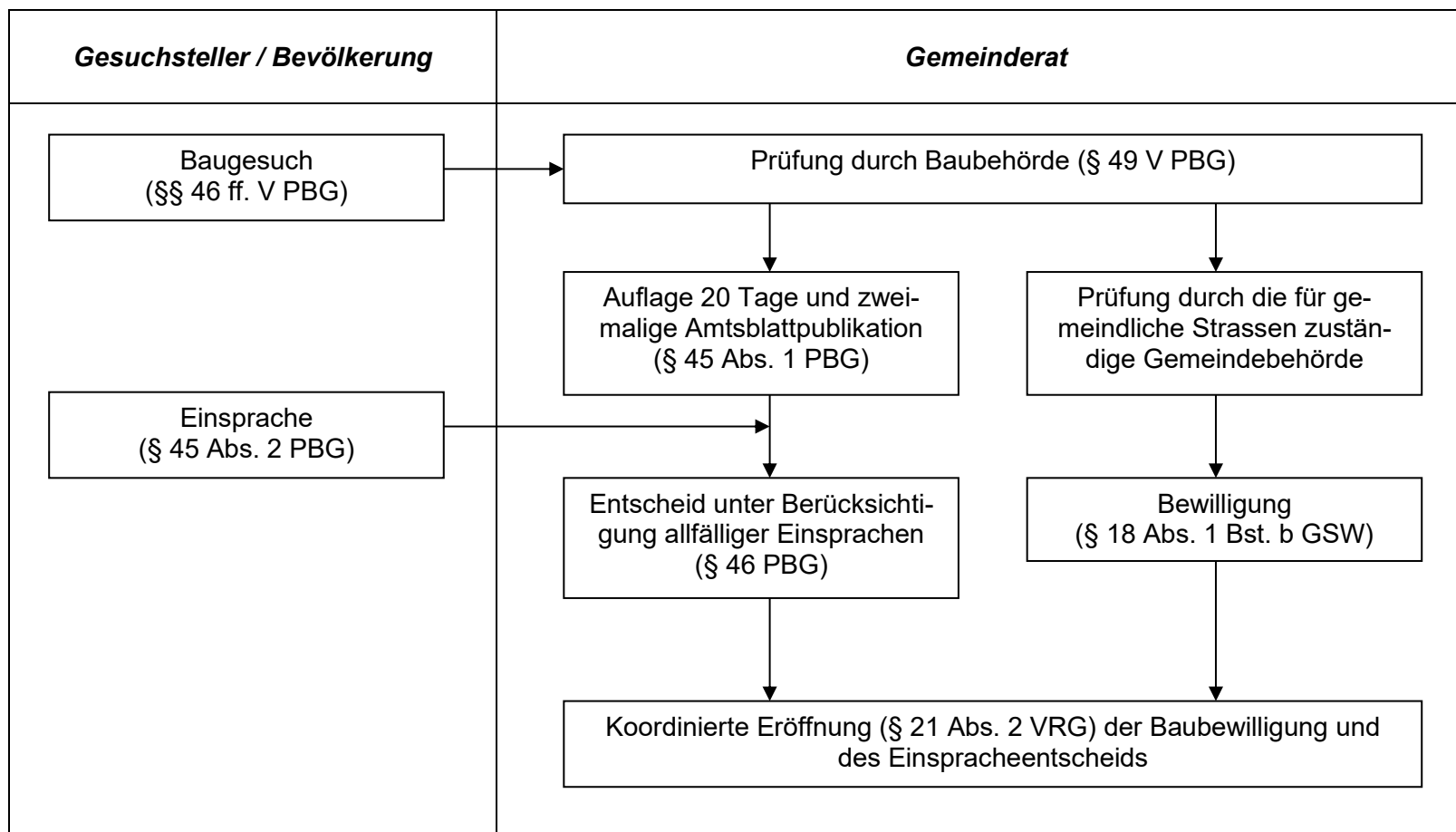
¹ BGS 751.21

² Der Mitbericht der kantonalen Verkehrspolizei ist nur dann notwendig, wenn bei Einmündungen bei Kantonsstrassen neue Signalisationen (Verkehrsordnungen) erforderlich sind.

20. Bauvorhaben mit vorübergehender Inanspruchnahme von kantonalen Verkehrsflächen



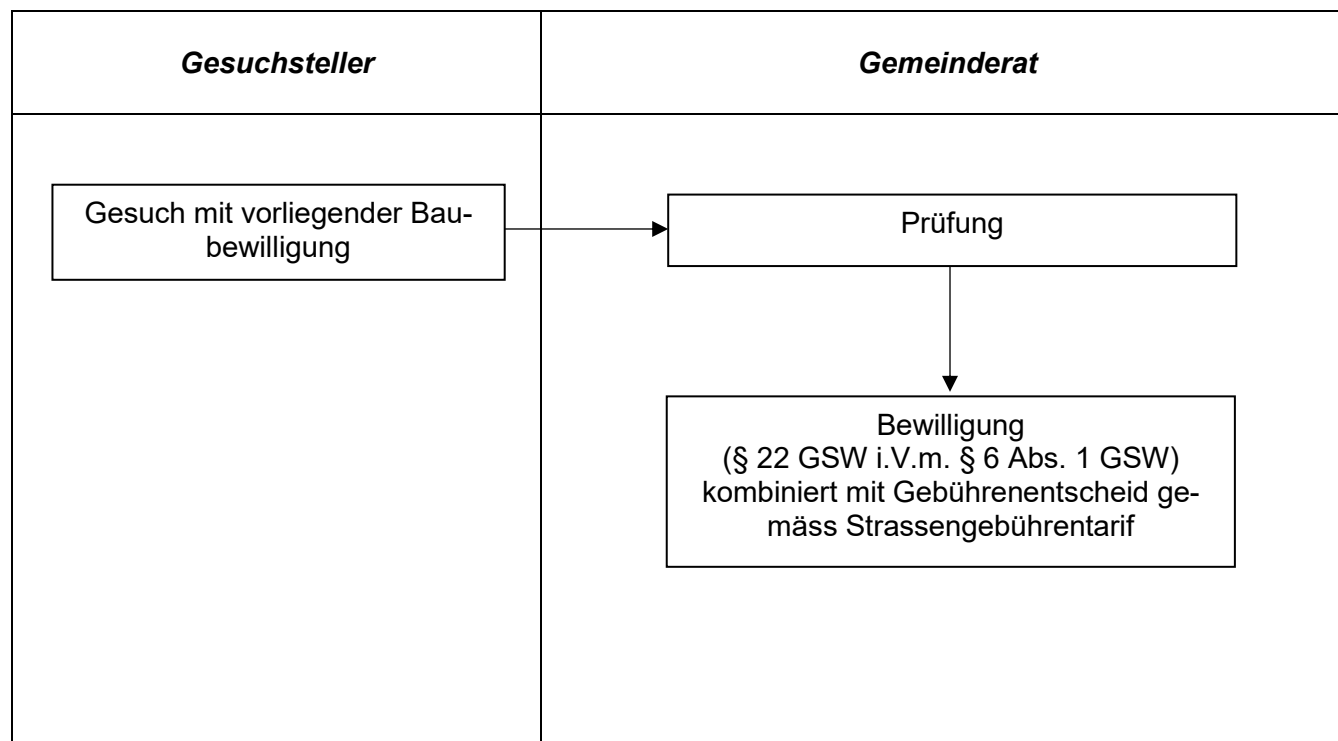
21. Bauvorhaben mit Einmündung bei Gemeindestrassen



Bemerkung

Der Mitbericht der kantonalen Verkehrspolizei gemäss Art. 107 Abs. 6 SSV ist nur in den seltenen Fällen notwendig, wenn bei Einmündungen bei Gemeindestrassen neue Signalisationen (Verkehrsanordnungen) erforderlich sind.

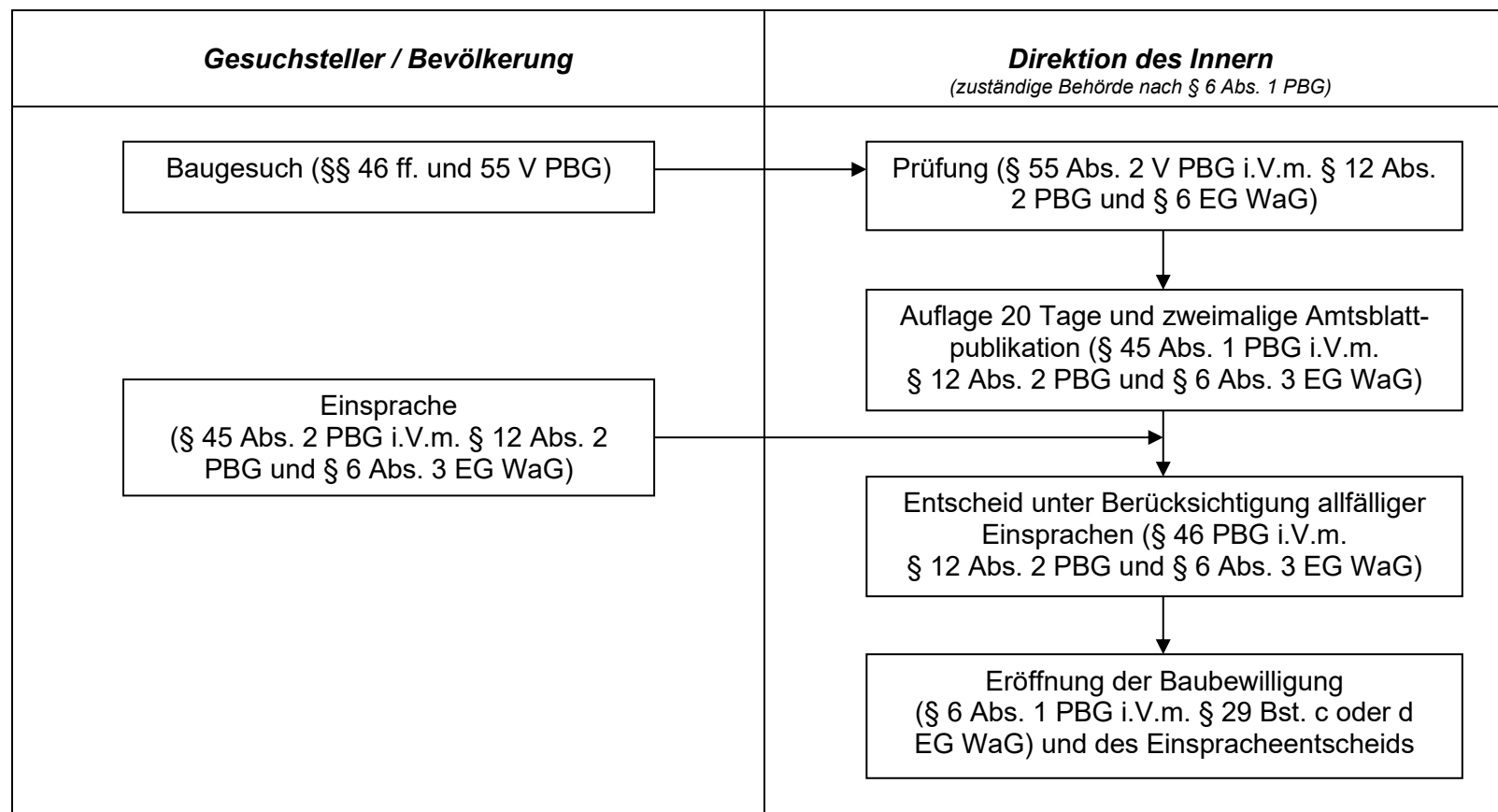
22. Bauvorhaben mit vorübergehender Inanspruchnahme von gemeindlichen Verkehrsflächen



Bemerkung

Die kantonale Verkehrspolizei wird dann in das Verfahren miteinbezogen, wenn die Inanspruchnahme gemeindlicher Verkehrsflächen einer provisorischen Signalisation bedarf (vgl. Tabelle 20).

23. Forstliche Bauten und Anlagen und nichtforstliche Kleinbauten und -anlagen im Wald

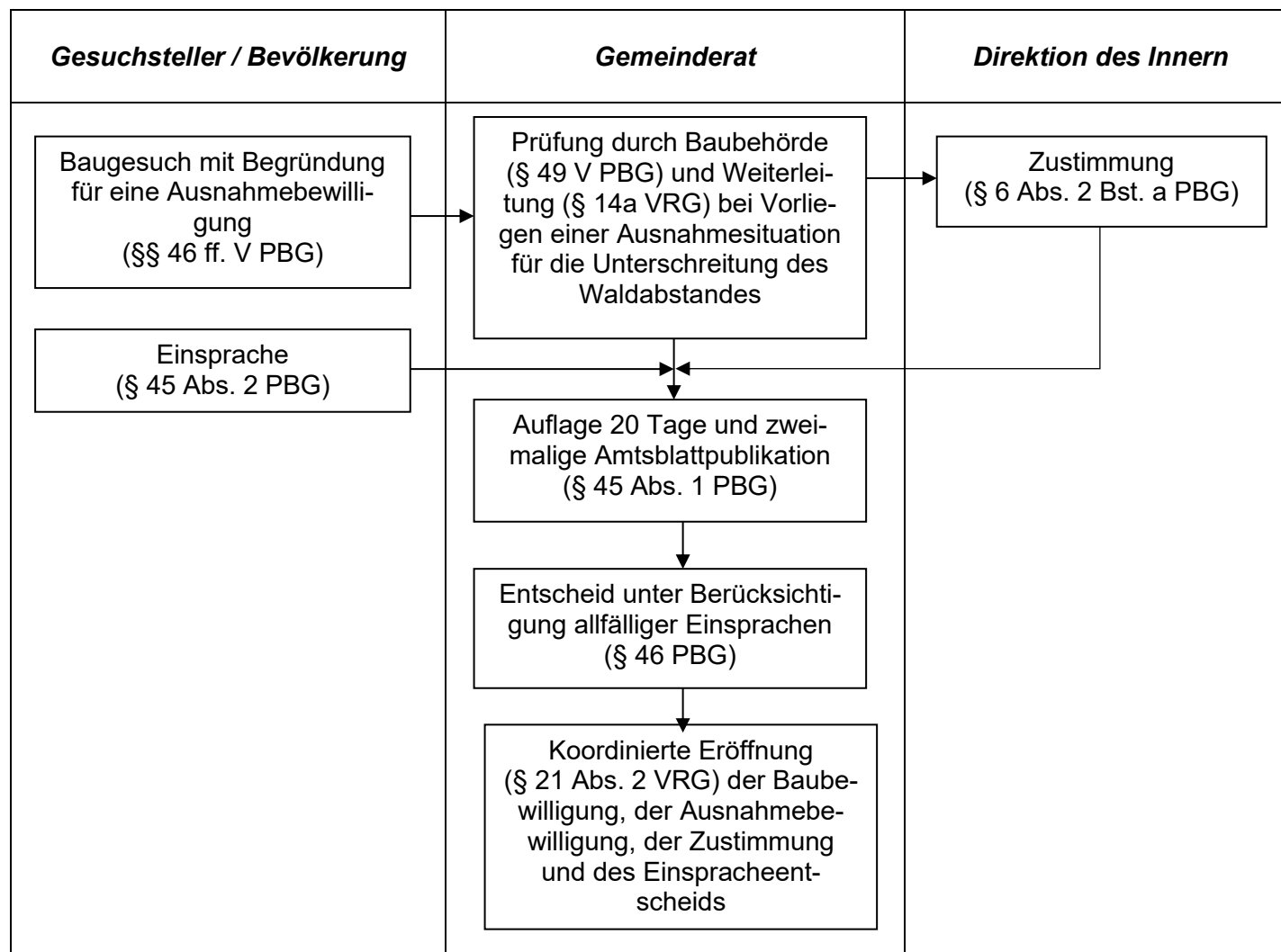


Bemerkung

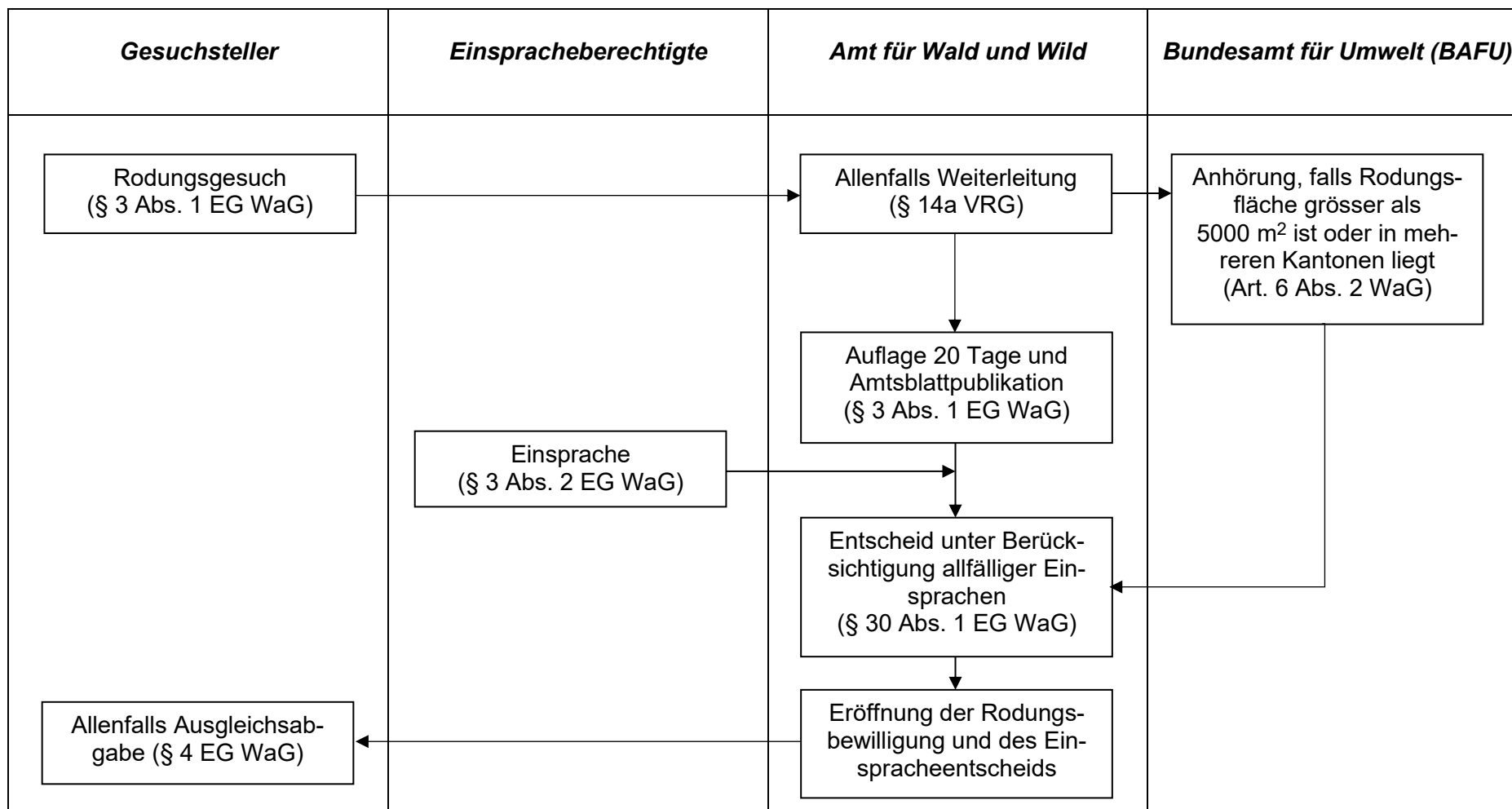
Forstliche Bauten und Anlagen sowie nichtforstliche Kleinbauten und -anlagen im Wald fallen in die ausschliessliche Zuständigkeit der Direktion des Innern (§ 6 Abs. 1 PBG). Das Baugesuch ist beim Amt für Wald und Wild einzureichen.

Werden Lebensräume des Wildes berührt, wird sich das Amt für Wald und Wild gemäss § 19 Abs. 1 JagdG zusätzlich zu dieser Thematik äussern.

24. Bauvorhaben mit Unterschreitung des Waldabstandes von 12 m (§ 12 Abs. 1 PBG)



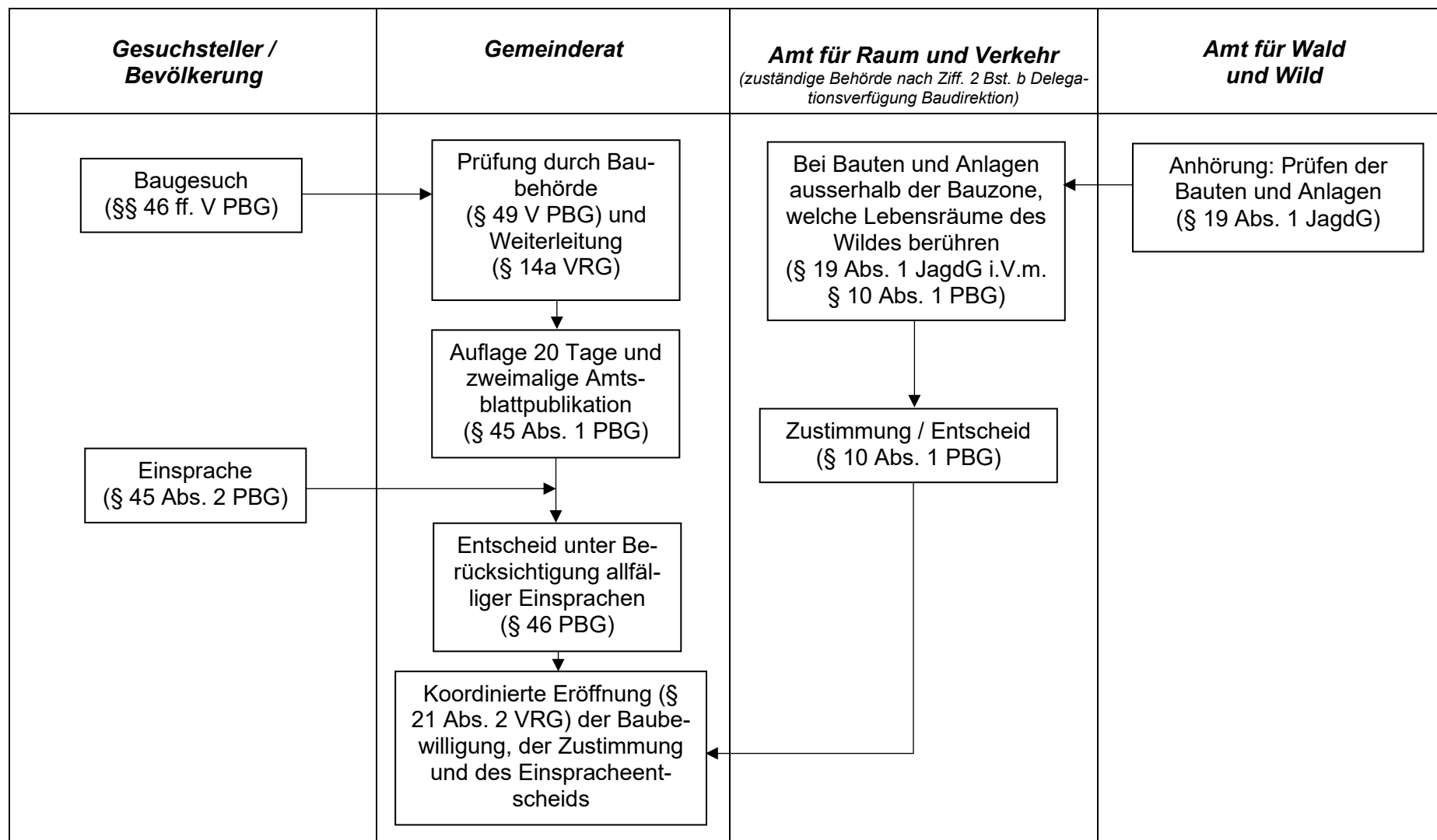
25. Rodung



Bemerkung

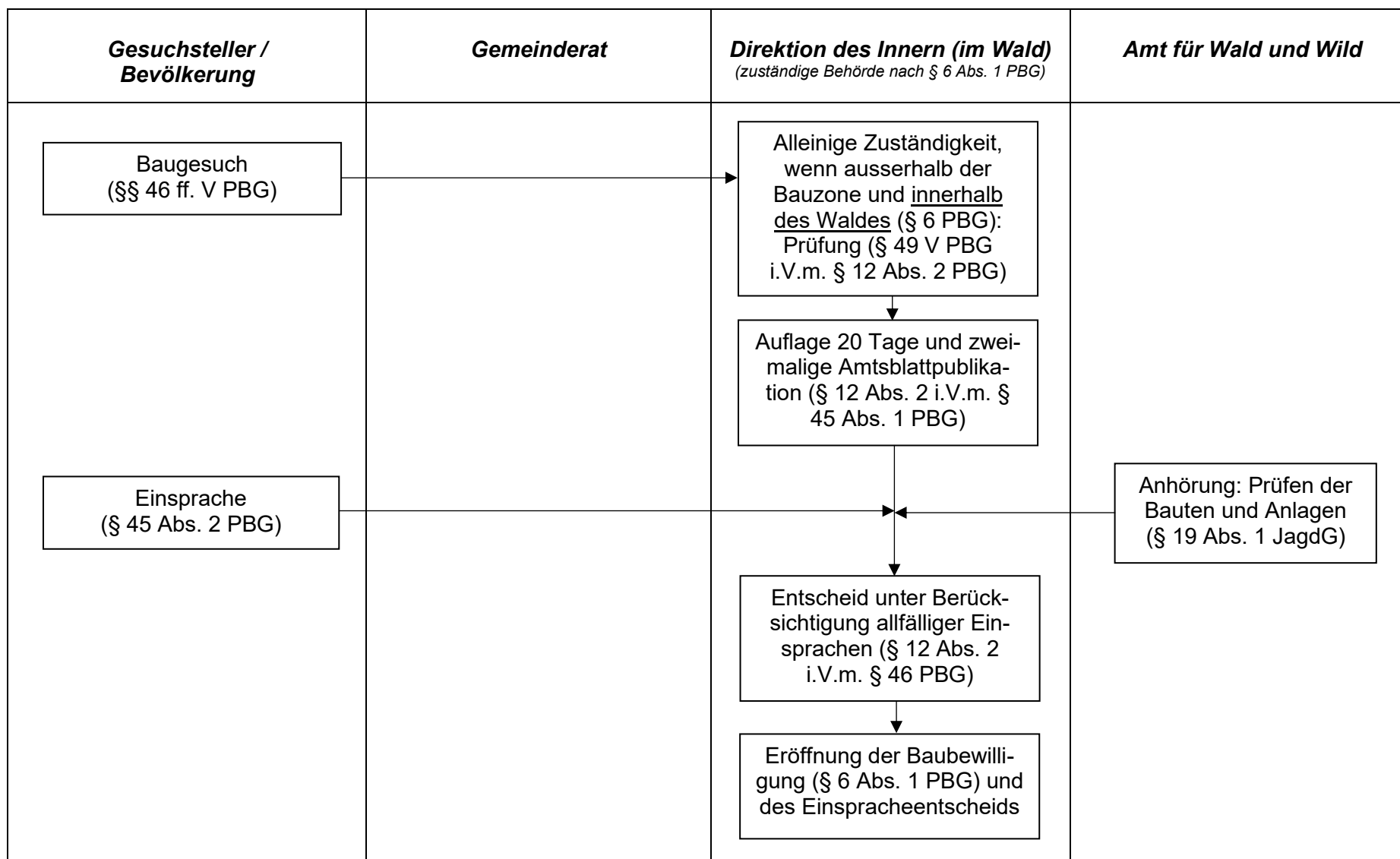
Meistens stehen Gesuche um Rodungsbewilligungen im Zusammenhang mit Sondernutzungsplan- oder Baubewilligungsverfahren. Diese Verfahren sind deshalb zu koordinieren.

26. Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzone, welche Lebensräume des Wildes berühren

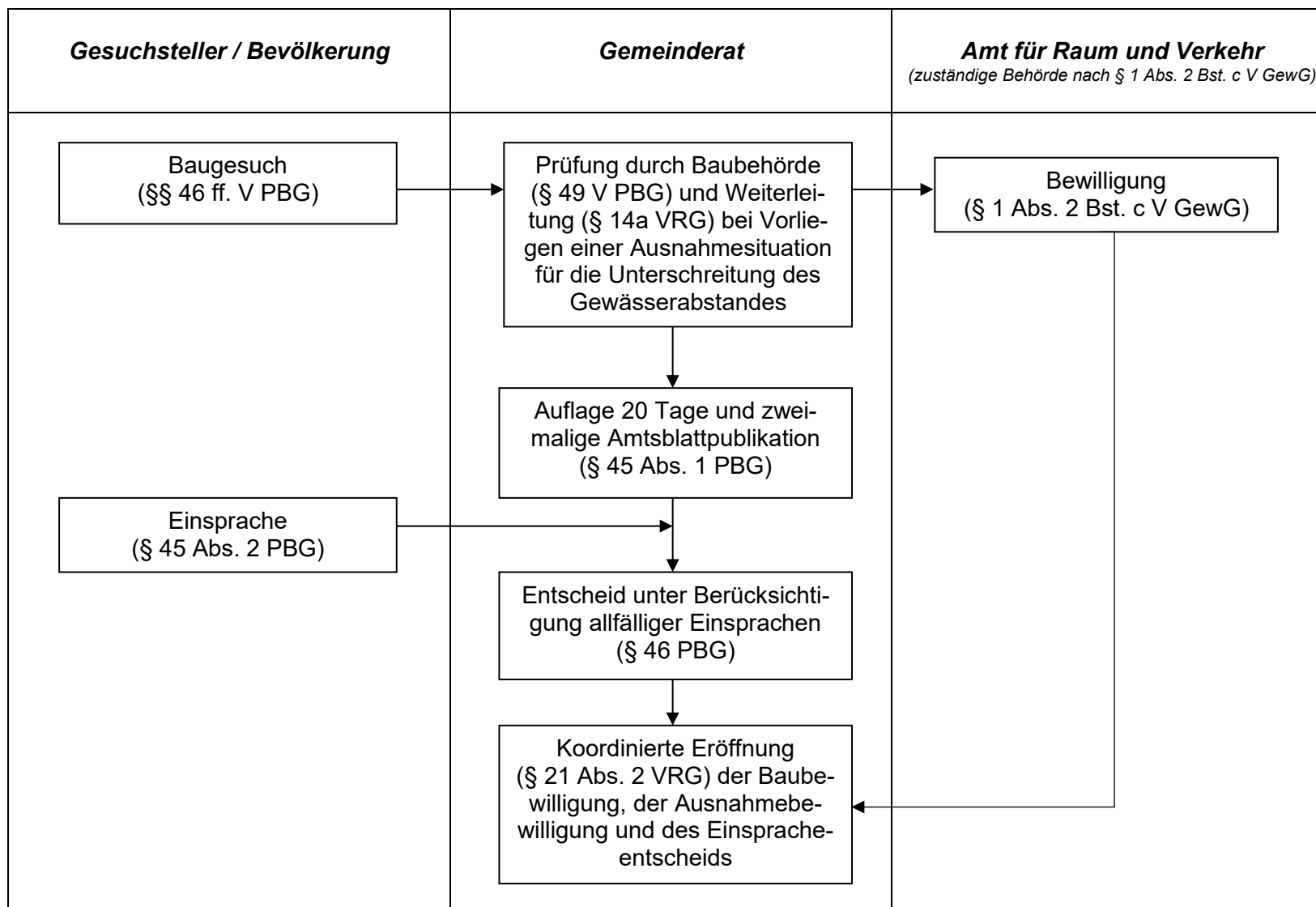


Bemerkung: Zuständigkeit ist nicht mehr bei ARV sondern bei der Direktion des Innern, wenn es sich um Wald handelt (vgl. Tabelle 27).

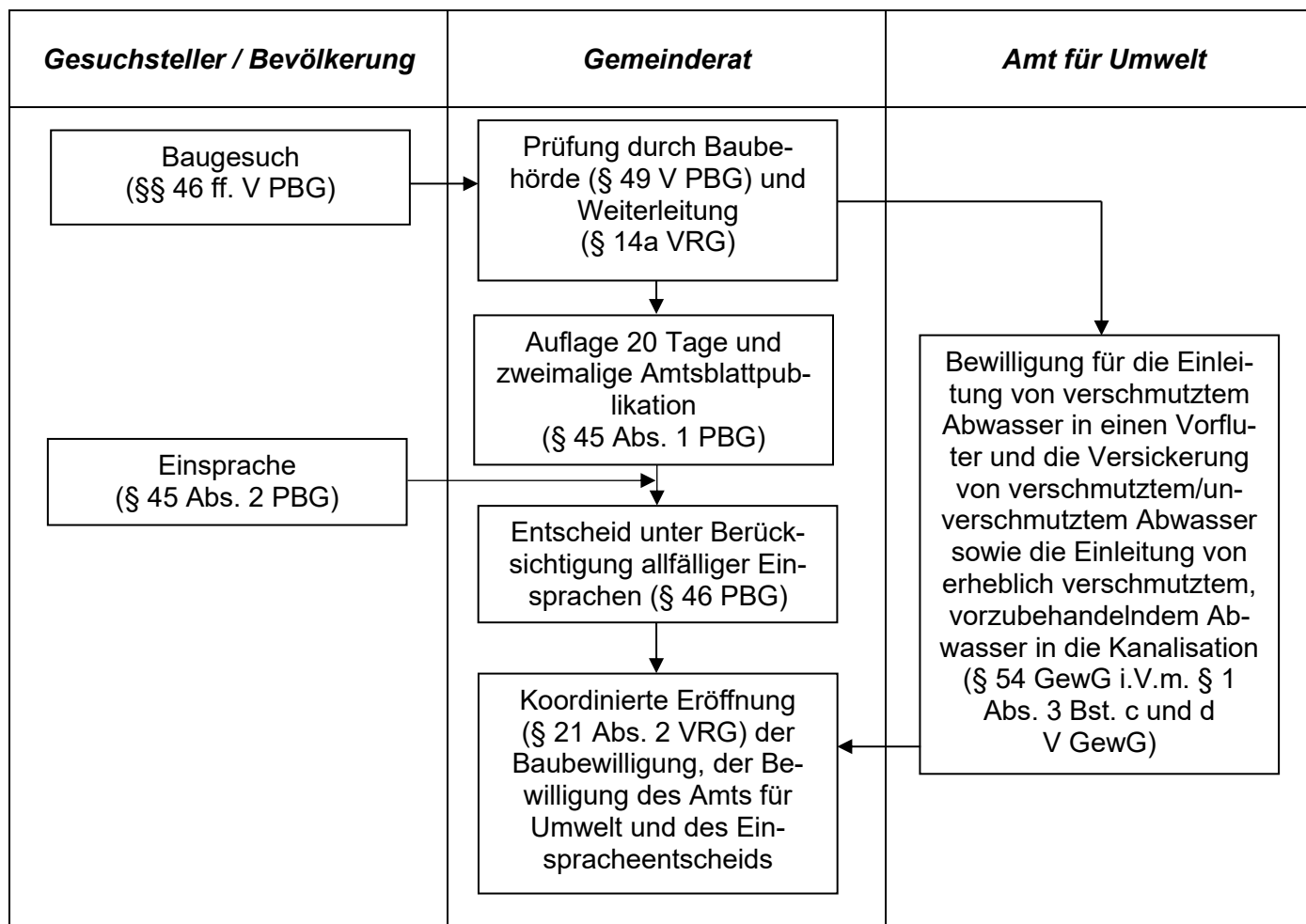
27. Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzone, welche Lebensräume des Wildes berühren



28. Bauvorhaben bei Unterschreitung des Gewässerabstandes (§ 23 GewG)



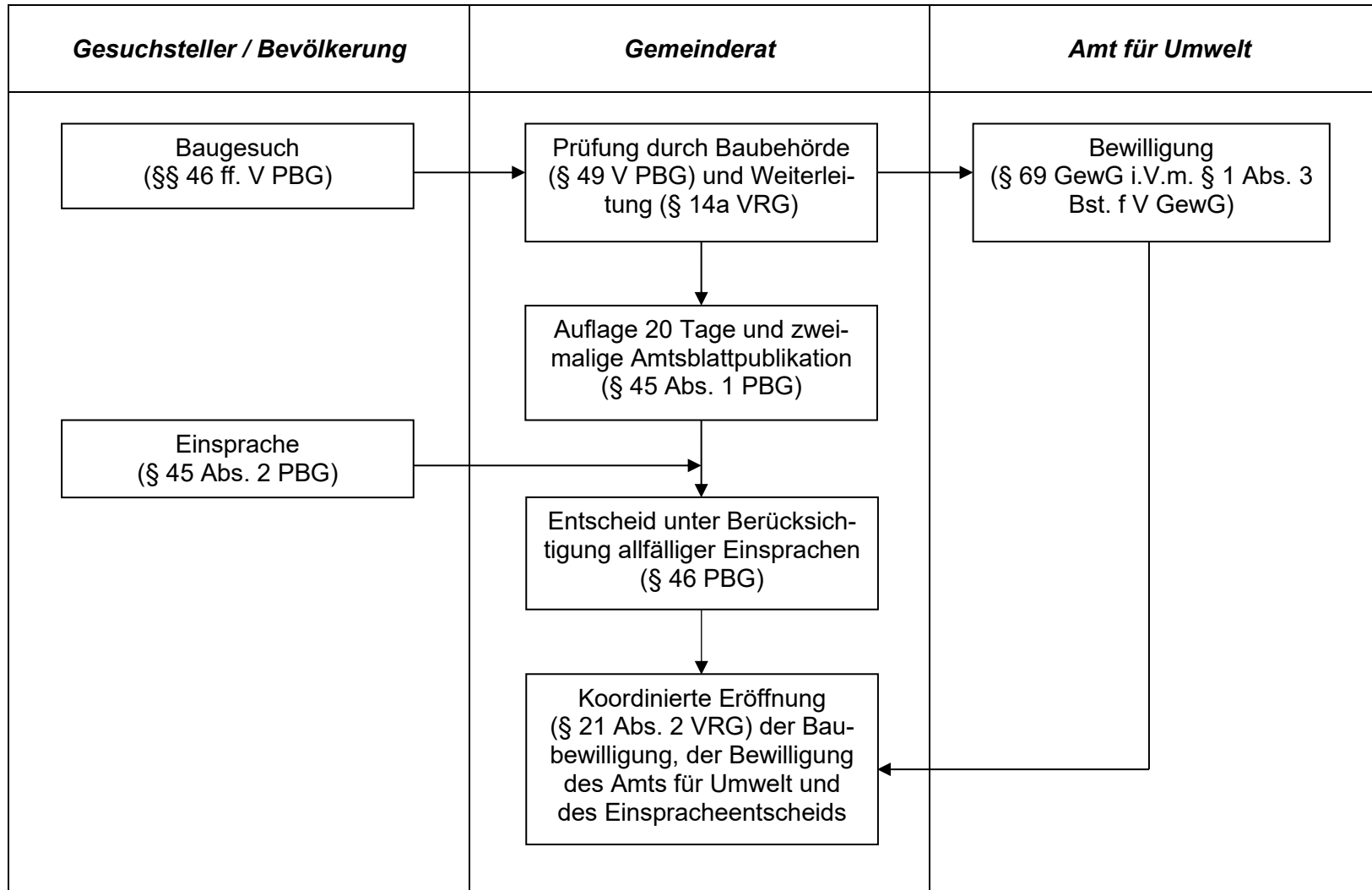
29. Bauvorhaben mit Einleitung und Versickerung von Abwasser (§ 54 GewG)



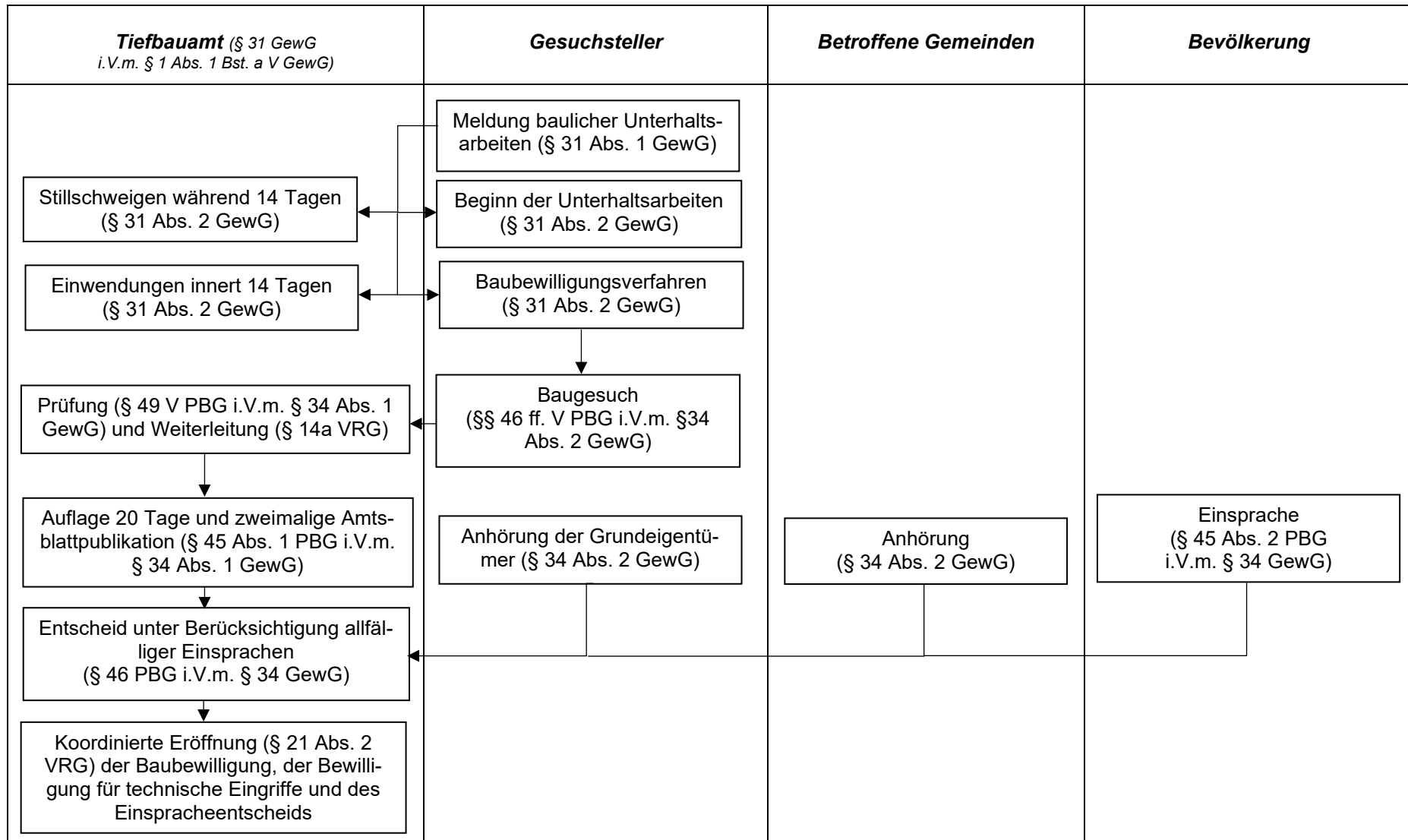
Bemerkung

Mit der Genehmigung des GEP kann die Zuständigkeit des Amts für Umwelt sowie des Tiefbauamts gemäss § 54 Abs. 2 GewG der entsprechenden Gemeinde übertragen werden.

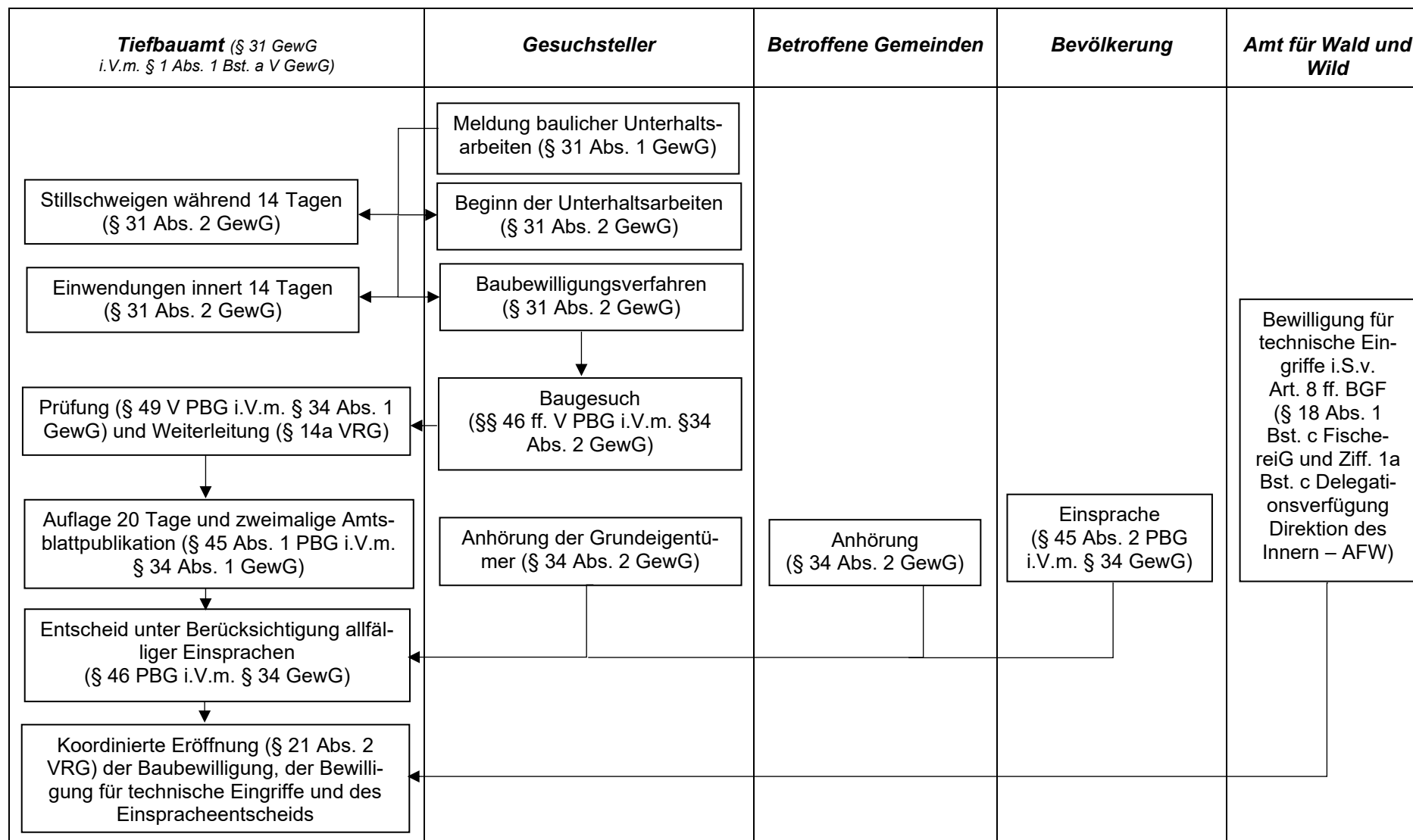
30. Bauten und Anlagen in Grundwasservorkommen (§ 69 GewG)



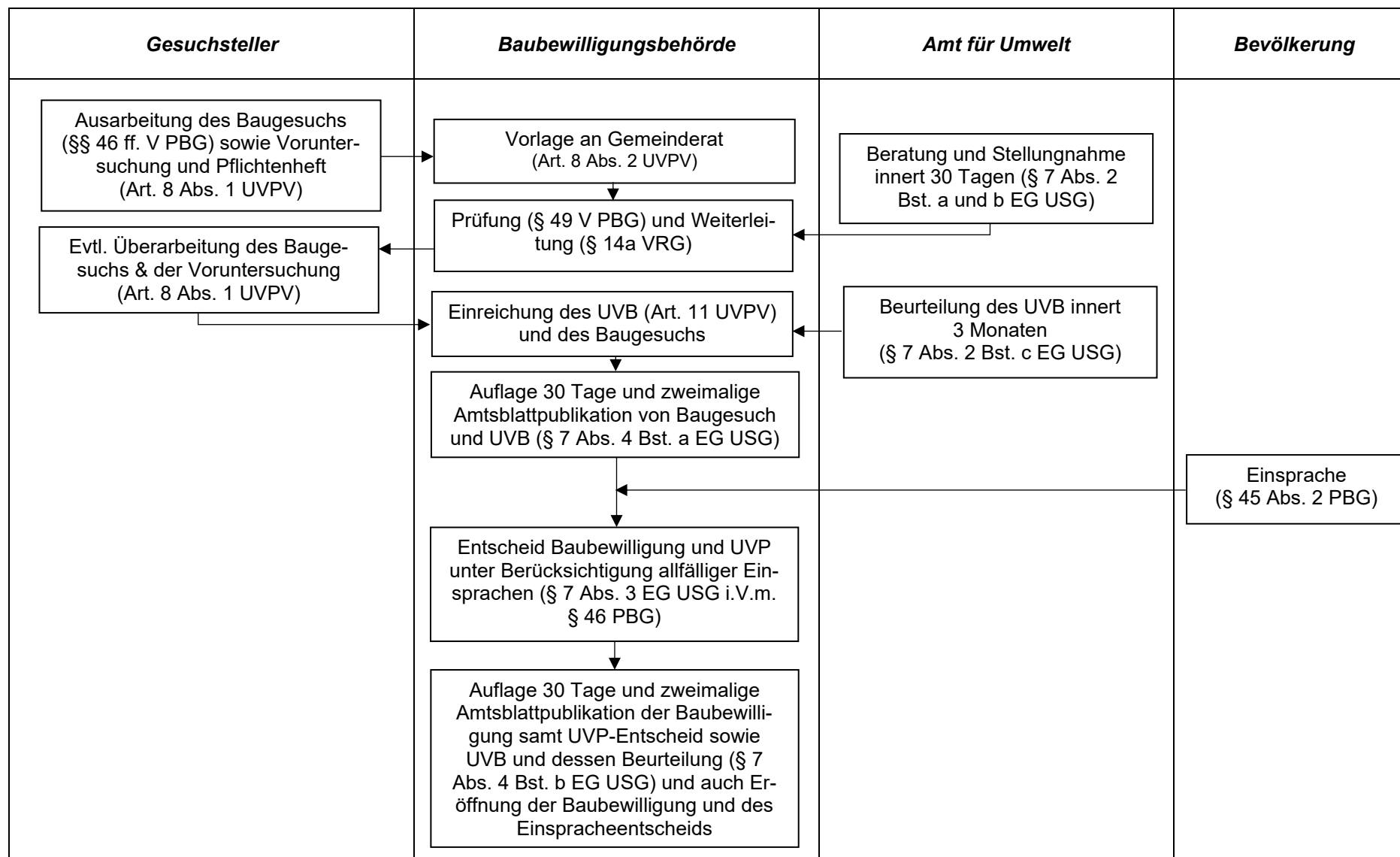
31. Wasserbauliche Massnahmen an öffentlichen Gewässern sowie an privaten Gewässern ausserhalb der Bauzone



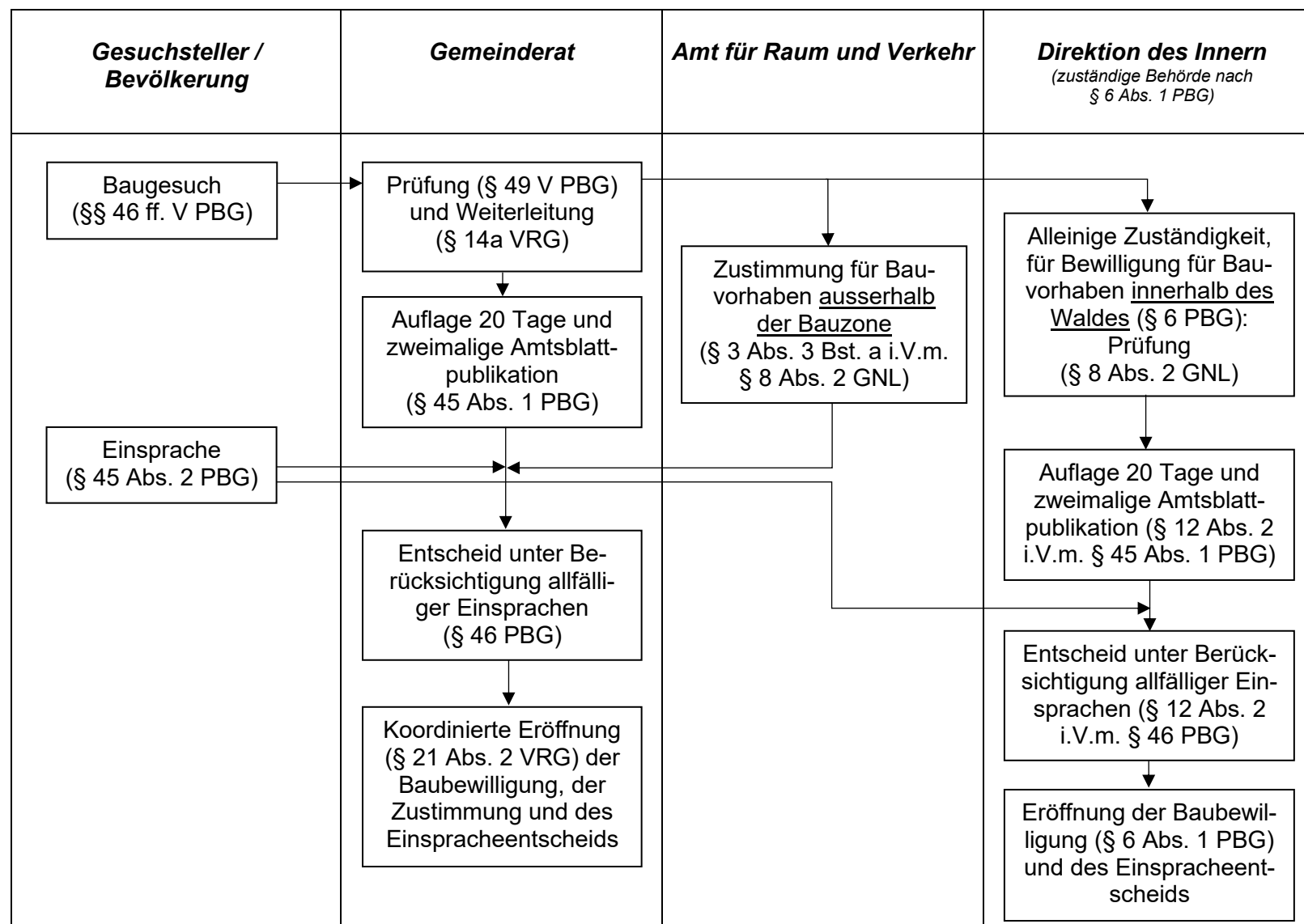
32. Wasserbauliche Massnahmen an privaten Gewässern innerhalb der Bauzone



33. Bauvorhaben, welche eine Umweltverträglichkeitsprüfung erfordern

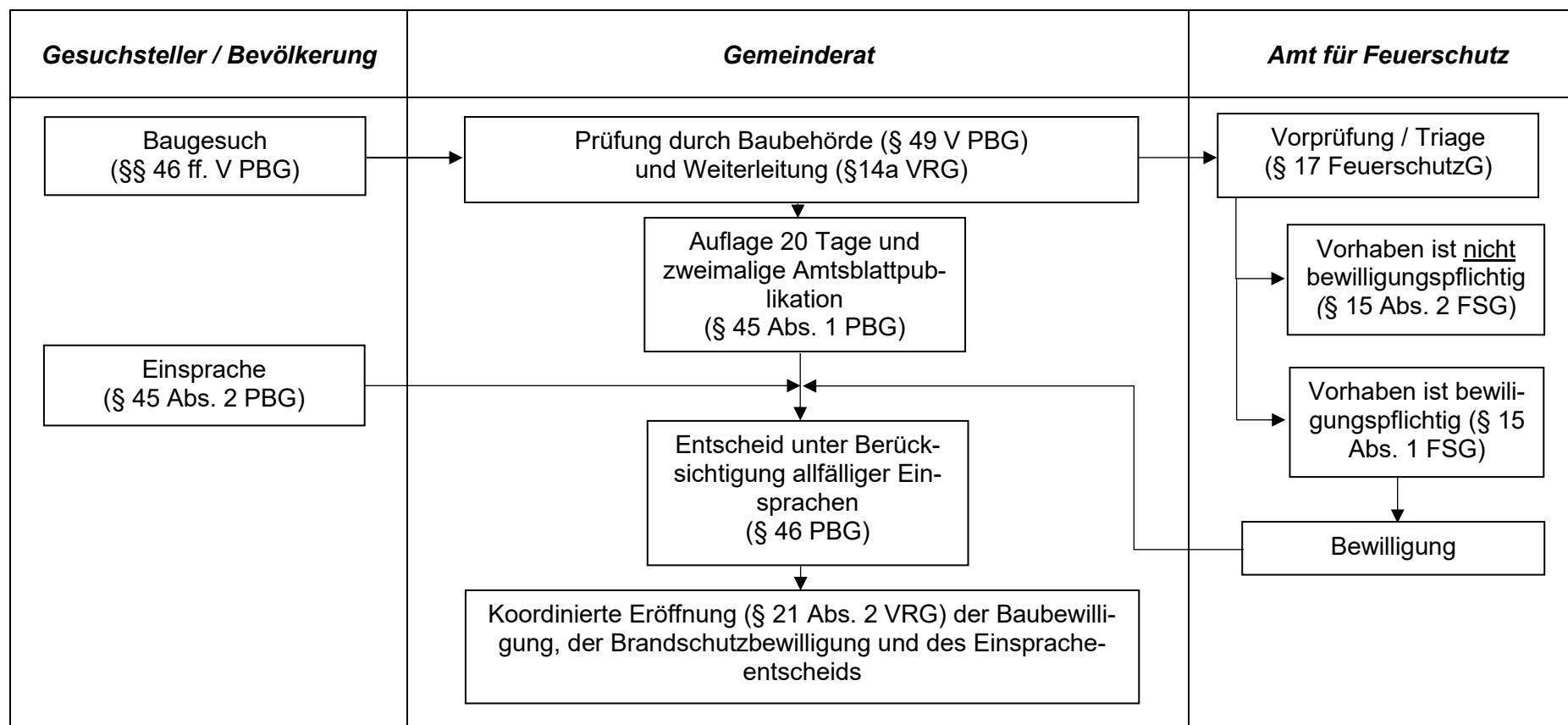


34. Bauvorhaben in Naturschutzgebieten



35. Bauvorhaben, welche gemäss § 15 FeuerschutzG einer Brandschutzbewilligung bedürfen:

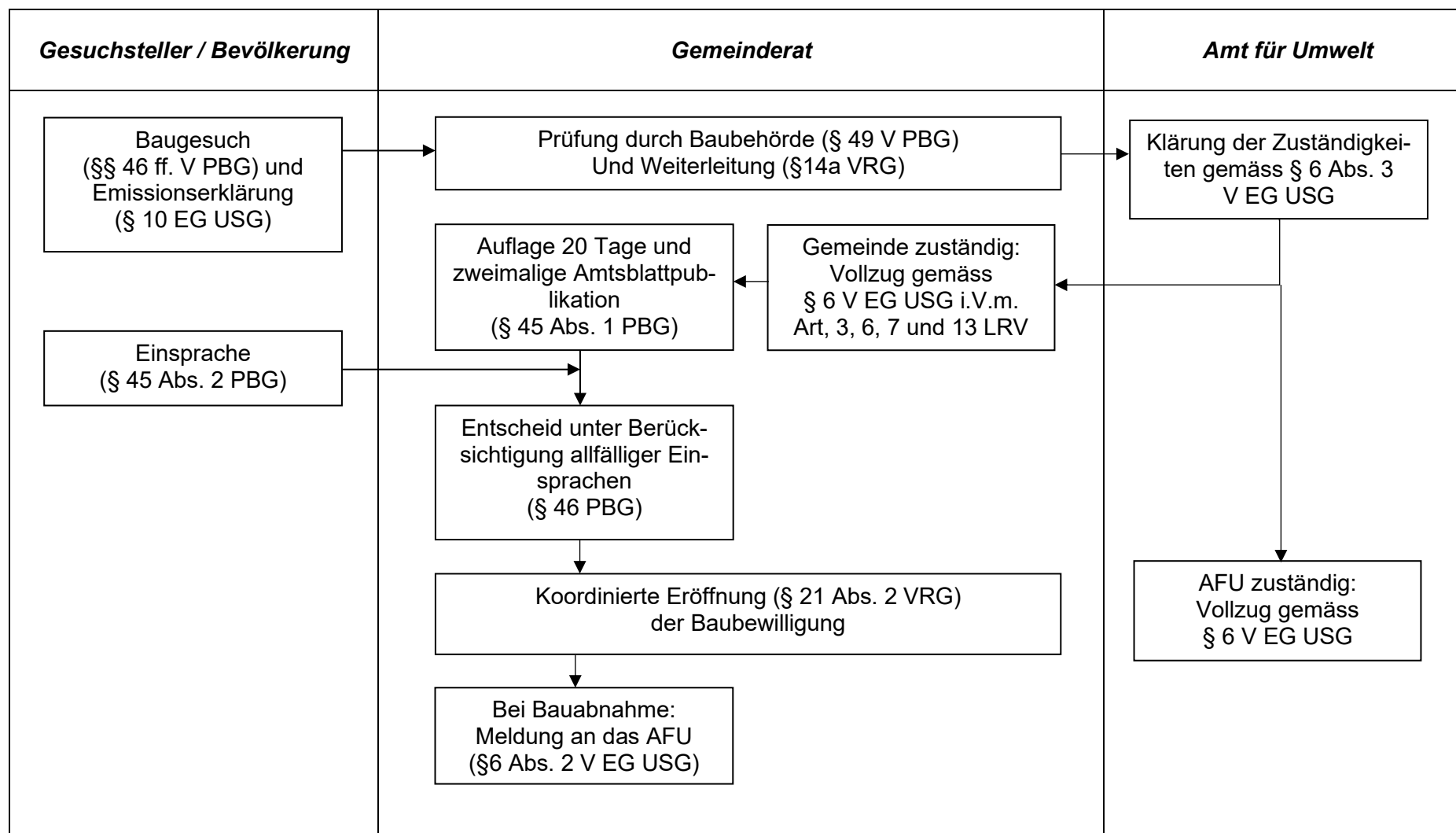
- Neu-, An-, Um- und Ausbauten sowie die Umnutzung von Gebäuden oder Gebäudeteilen (Abs. 1 Bst. a)
- Betriebe, Anlagen und Einrichtungen, die der Herstellung, Verarbeitung oder Lagerung feuer- oder explosionsgefährlicher Stoffe und Waren dienen (Abs. 1 Bst. b)



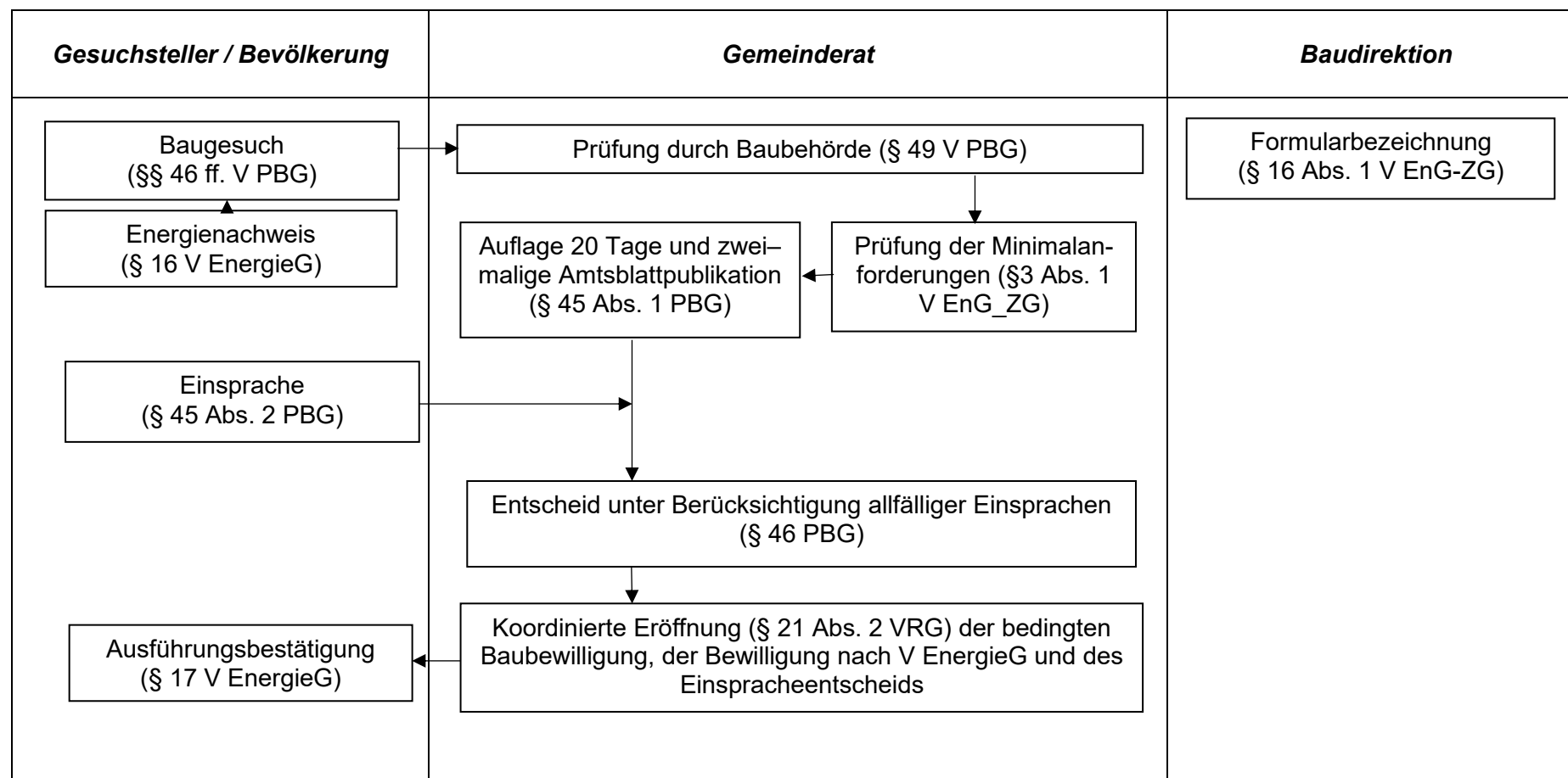
Bemerkung

Bereits vor der Erteilung der Baubewilligung ist in Zusammenhang mit der Brandschutzbewilligung § 3 Abs. 1 Bst. c V PBG zu beachten. Denn es kann unter Umständen zu Auflagen kommen, die die Erschliessung, die Dimension oder die Erscheinung des Bauobjekts durchaus beeinflussen können. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn die Fluchtwegsituation nicht ausreichend ist und zusätzliche Aussentreppenhäuser notwendig werden. Diese Aspekte sind bereits bei Projekteinreichung für die Baubewilligung zu berücksichtigen.

36. Bauvorhaben mit Installation von Feuerungsanlagen



37. Bauvorhaben mit ortsfesten elektrischen Widerstandsheizungen, Aussenheizungen, Warmluftvorhängen und/oder heizbaren Freiluftbädern

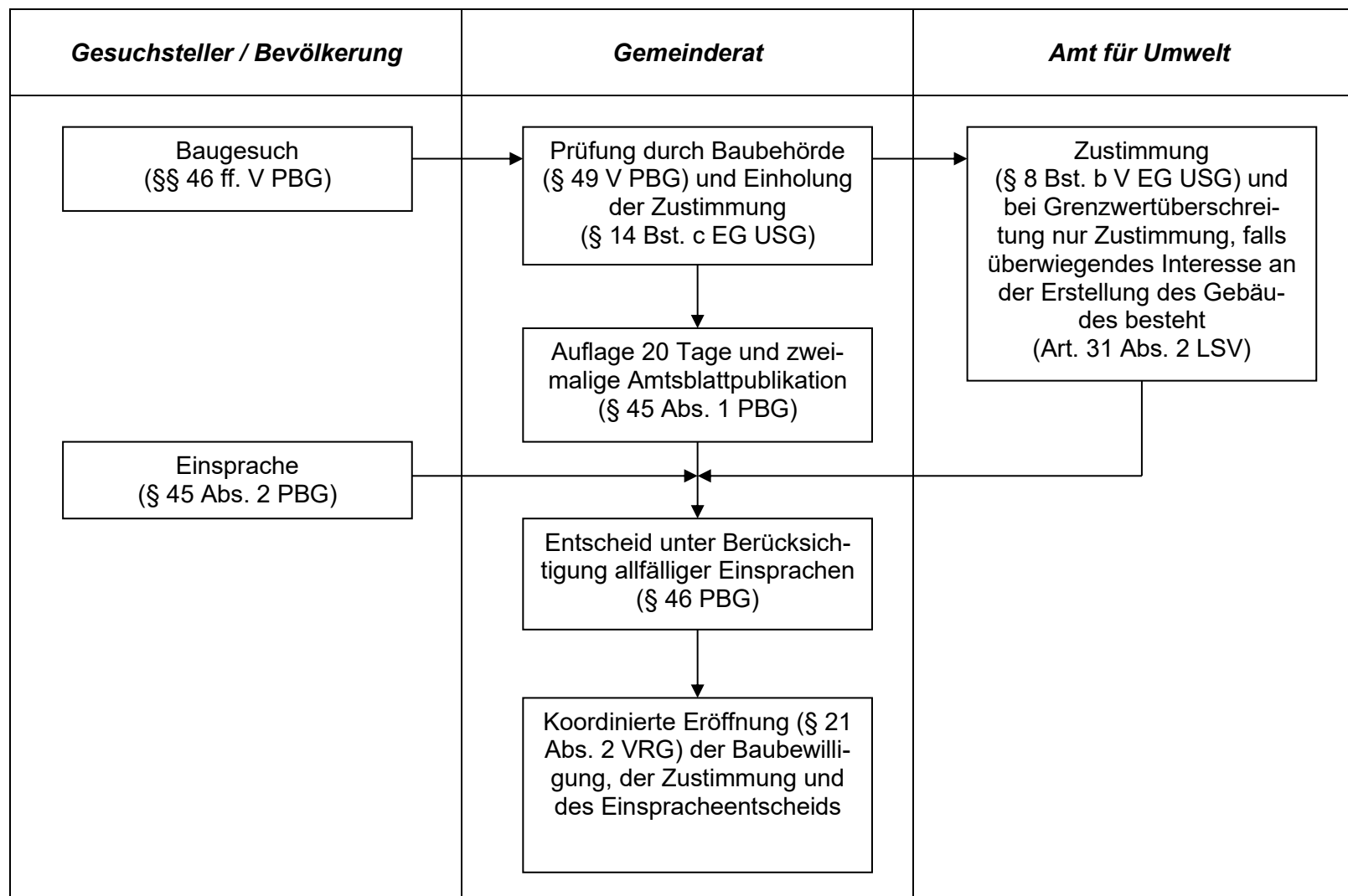


Bemerkung

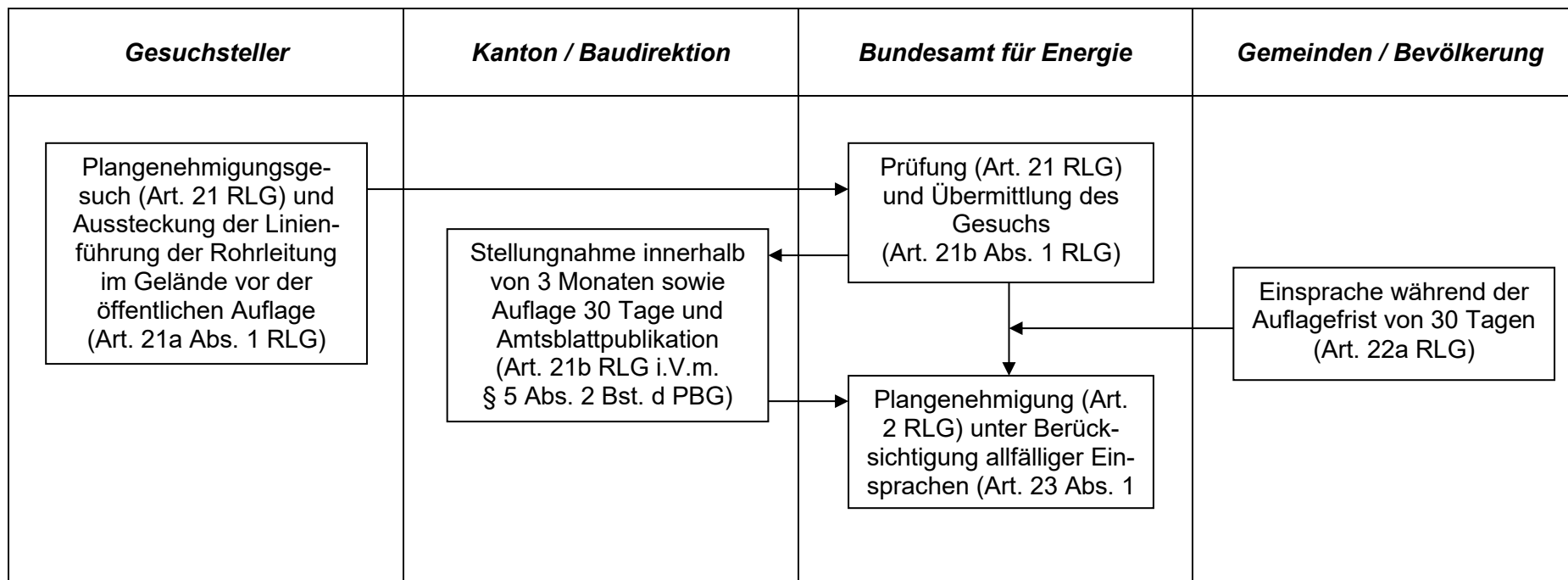
Die Bewilligungspflicht für die betreffenden Bauvorhaben ergibt sich aus § 6 Abs. 2 EnergieG.

Ortsfeste elektrische Widerstandsheizungen sind nur bewilligungspflichtig, falls $\frac{2}{3}$ der Energie aus erneuerbaren Quellen stammen (§ 2 V EnergieG). Ansonsten kommt das einfache Verfahren zur Anwendung.

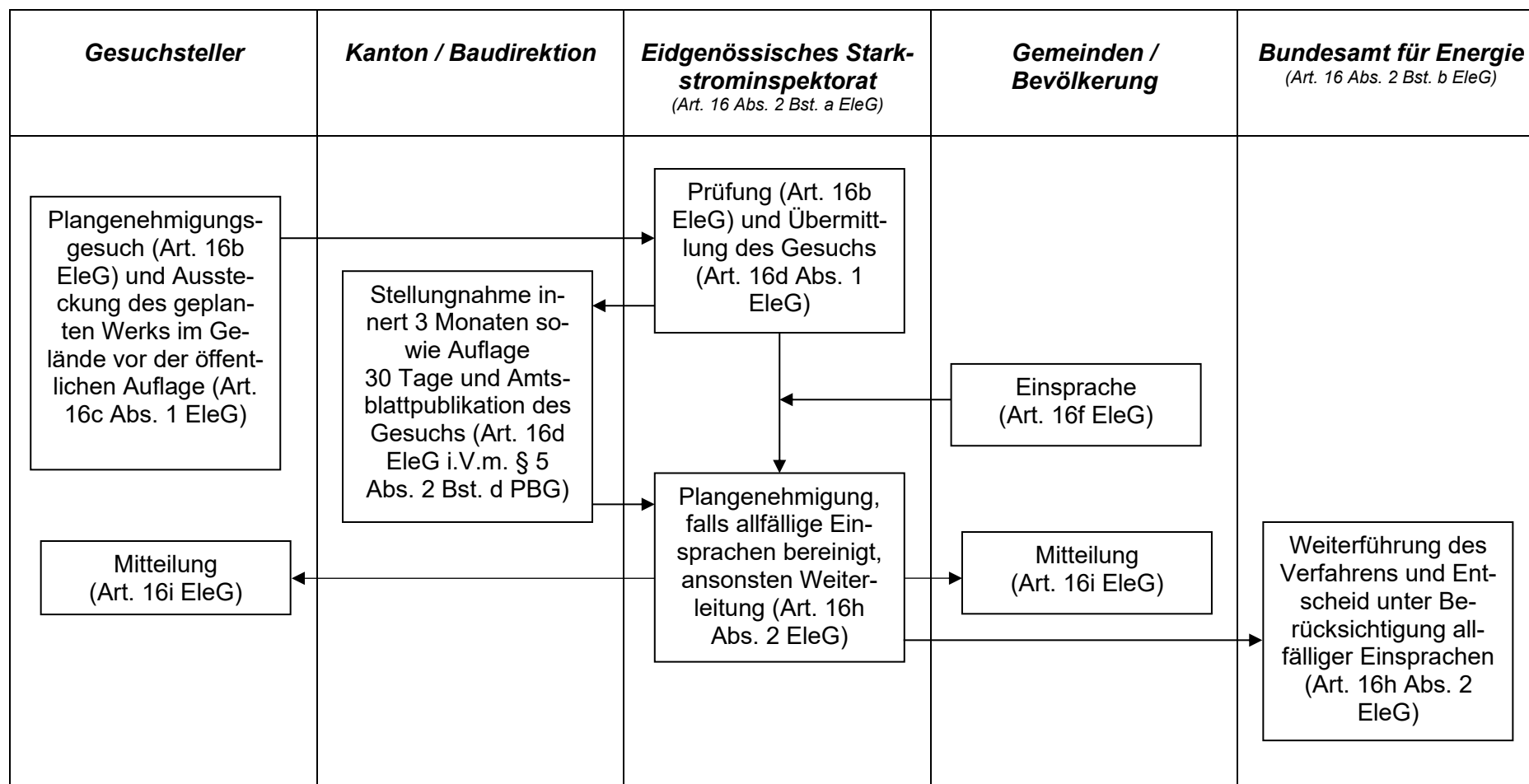
38. Bauvorhaben in lärmbelasteten Gebieten



39. Bauvorhaben über Rohrleitungen zur Beförderung flüssiger oder gasförmiger Brenn- oder Treibstoffe



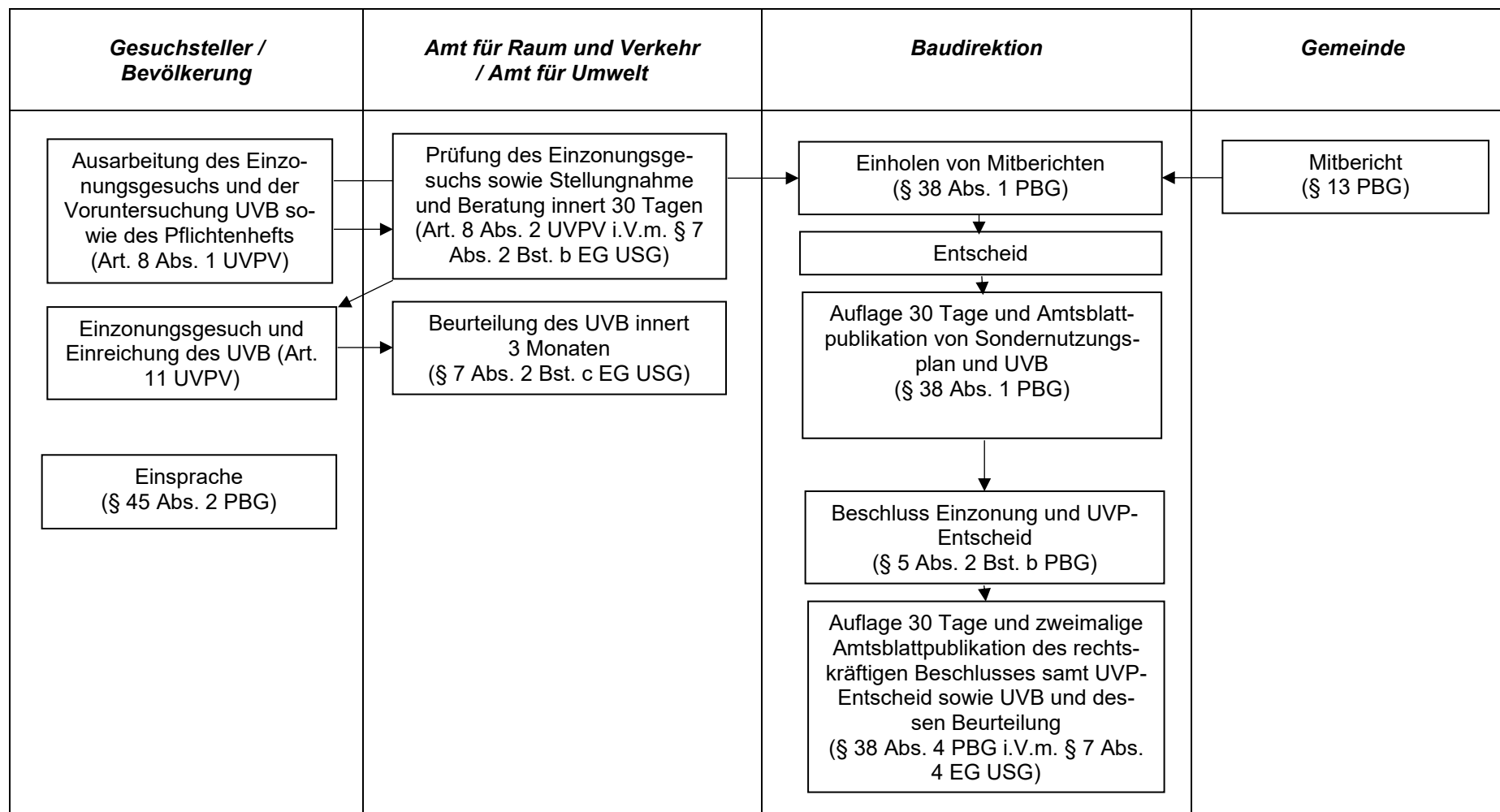
40. Bau von Starkstromanlagen



Bemerkung

Dieses Verfahren kommt insbesondere beim Bau von Mobilfunkantennen auf Hochspannungsmasten zum Zug.

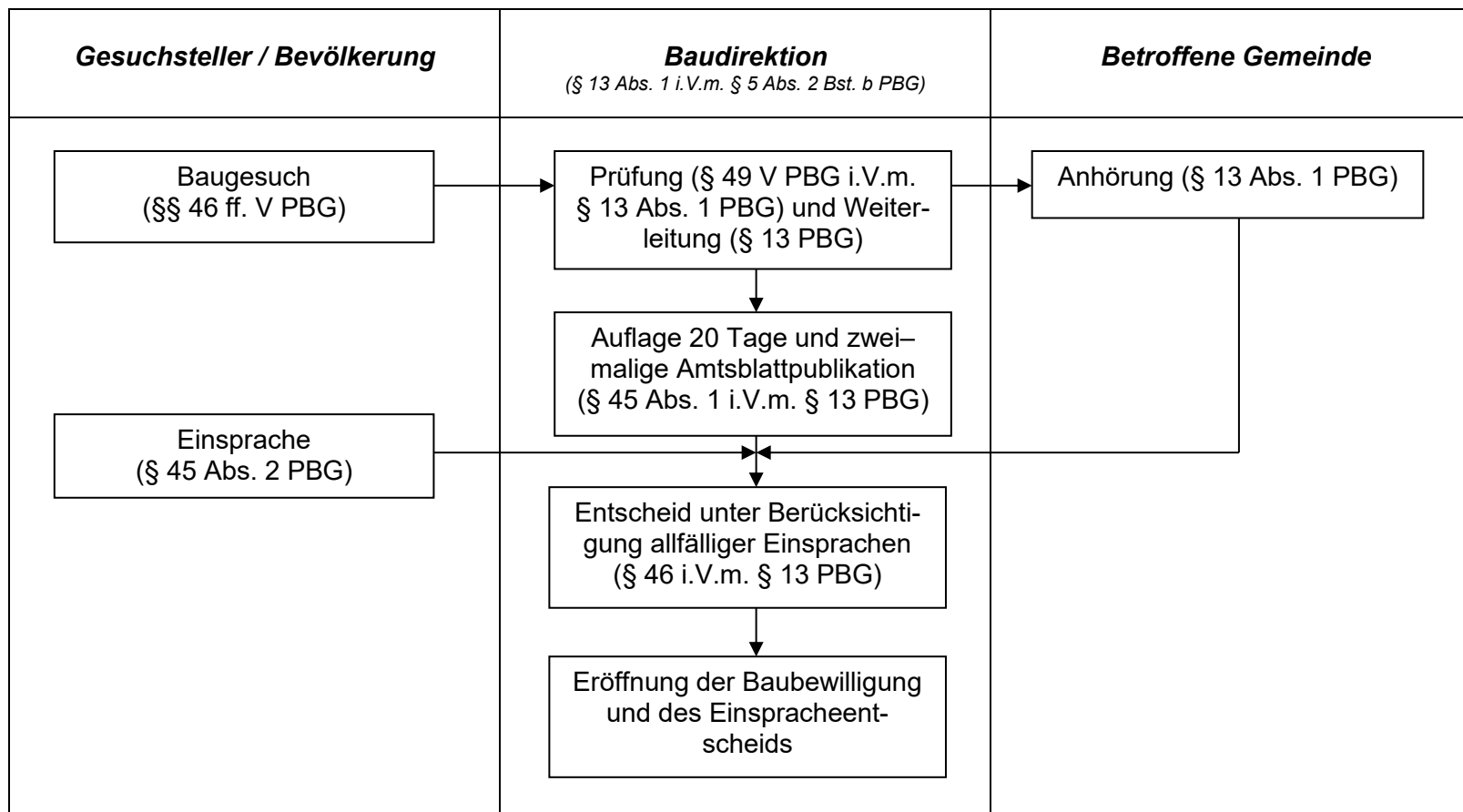
41. Kiesabbau: Sondernutzungsplanung mit Umweltverträglichkeitsprüfung



Bemerkung

In der Regel wird dieses Verfahren mit demjenigen des Abbaugesuchs koordiniert. Falls eine Rodung notwendig ist, so ist das Rodungsbewilligungsverfahren (vgl. Tafel 25) mit dem vorliegenden Sondernutzungsplanverfahren im Sinne von § 14a und § 21 Abs. 2 VRG zu koordinieren.

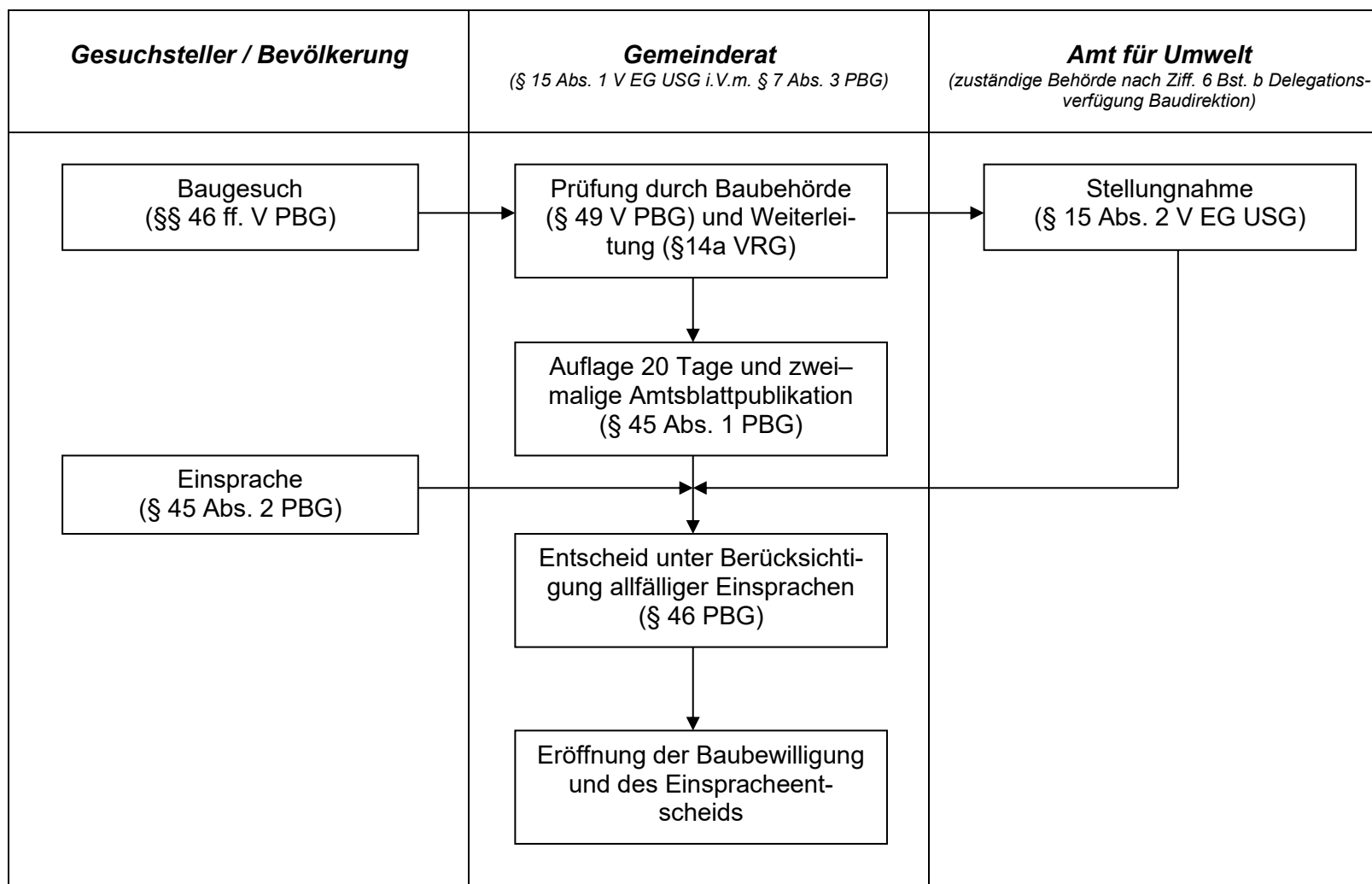
42. Kiesabbau: Abbaubewilligung von Kiesgruben (Umweltverträglichkeitsprüfung bereits in der Sondernutzungsplanung erfolgt)



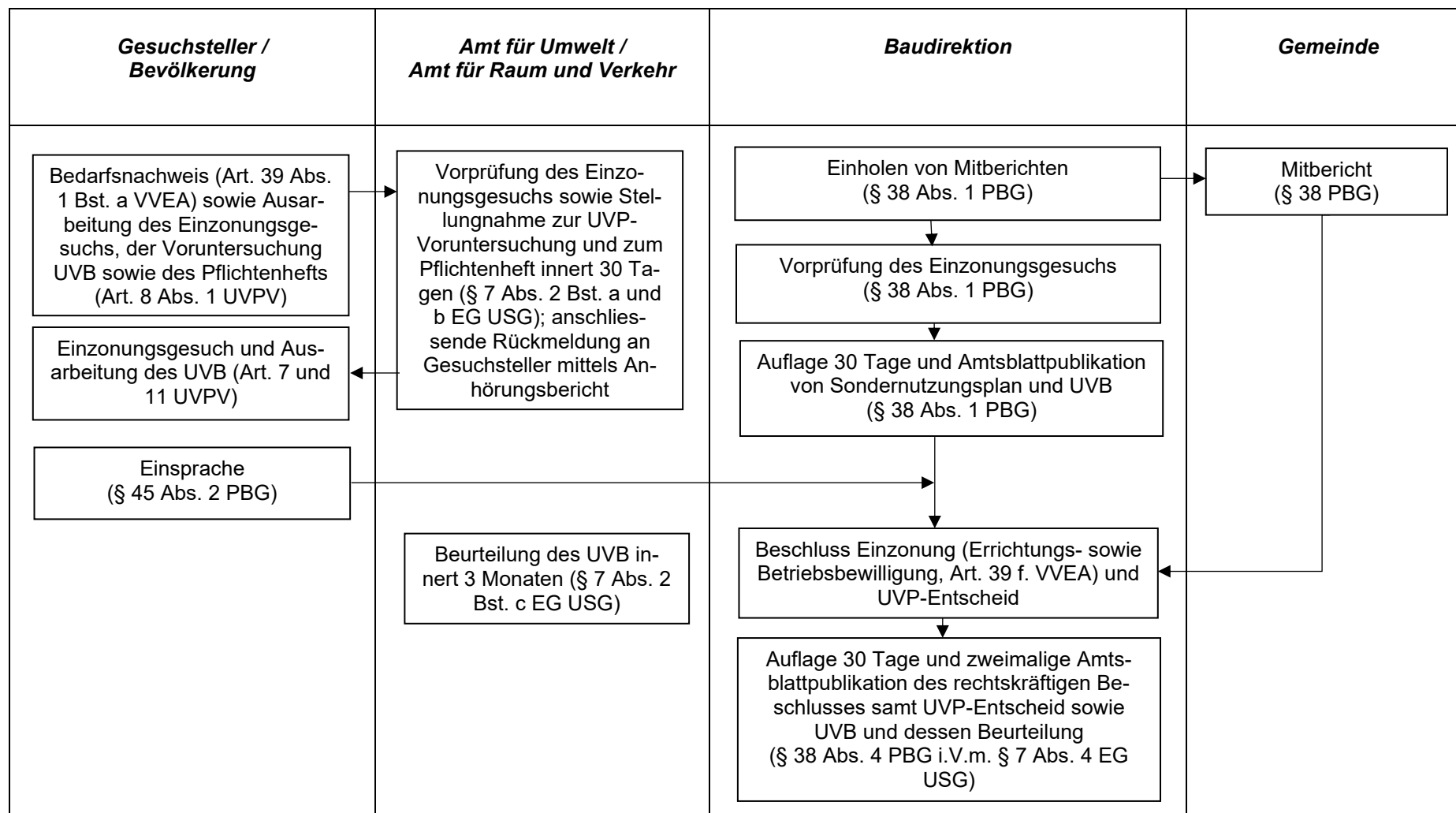
Bemerkung

Falls neben dem eigentlichen Kieswerk noch weitere Bauten wie z. B. Waaghaus, Bürogebäude, Strassen usw. erstellt werden, so ist für die Bewilligung von Bauten und Anlagen in der kantonalen Nutzungszone für Abbau und Rekultivierung die Baudirektion und nicht mehr die Gemeinde zuständig (§ 13 Abs. 1 PBG).

43. Bau einer Abfallanlage in einer gemeindlichen Bauzone (§ 13a Abs. 2 PBG)

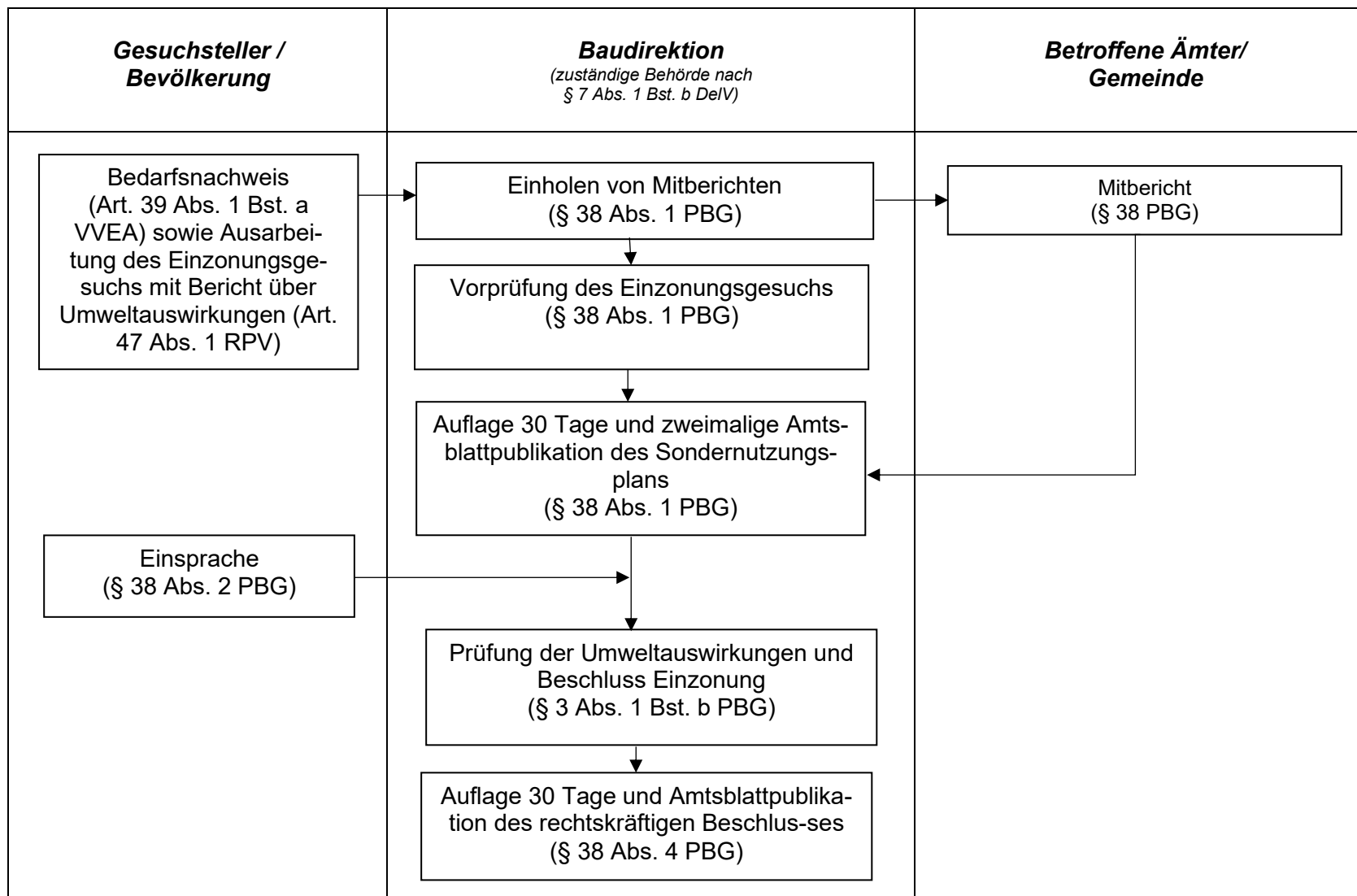


44. Inertstoffdeponie (> 500'000 m³): Sondernutzungsplanung mit UVP

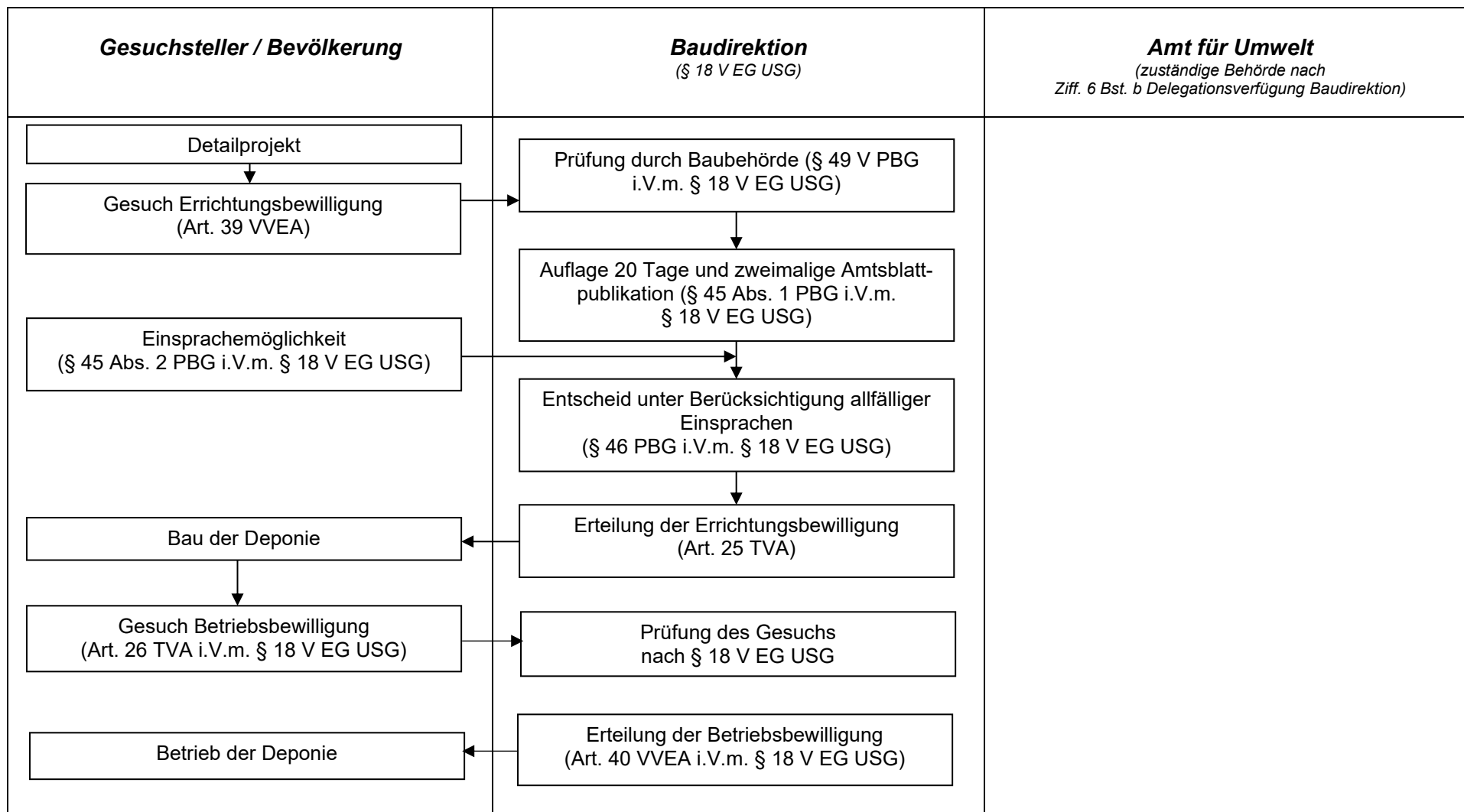


Bemerkung: Die Grenzwerte für Inertstoffdeponien finden sich im Anhang 1 zur Verordnung des Regierungsrates zur Umweltverträglichkeitsprüfung vom 15. Dezember 1992.

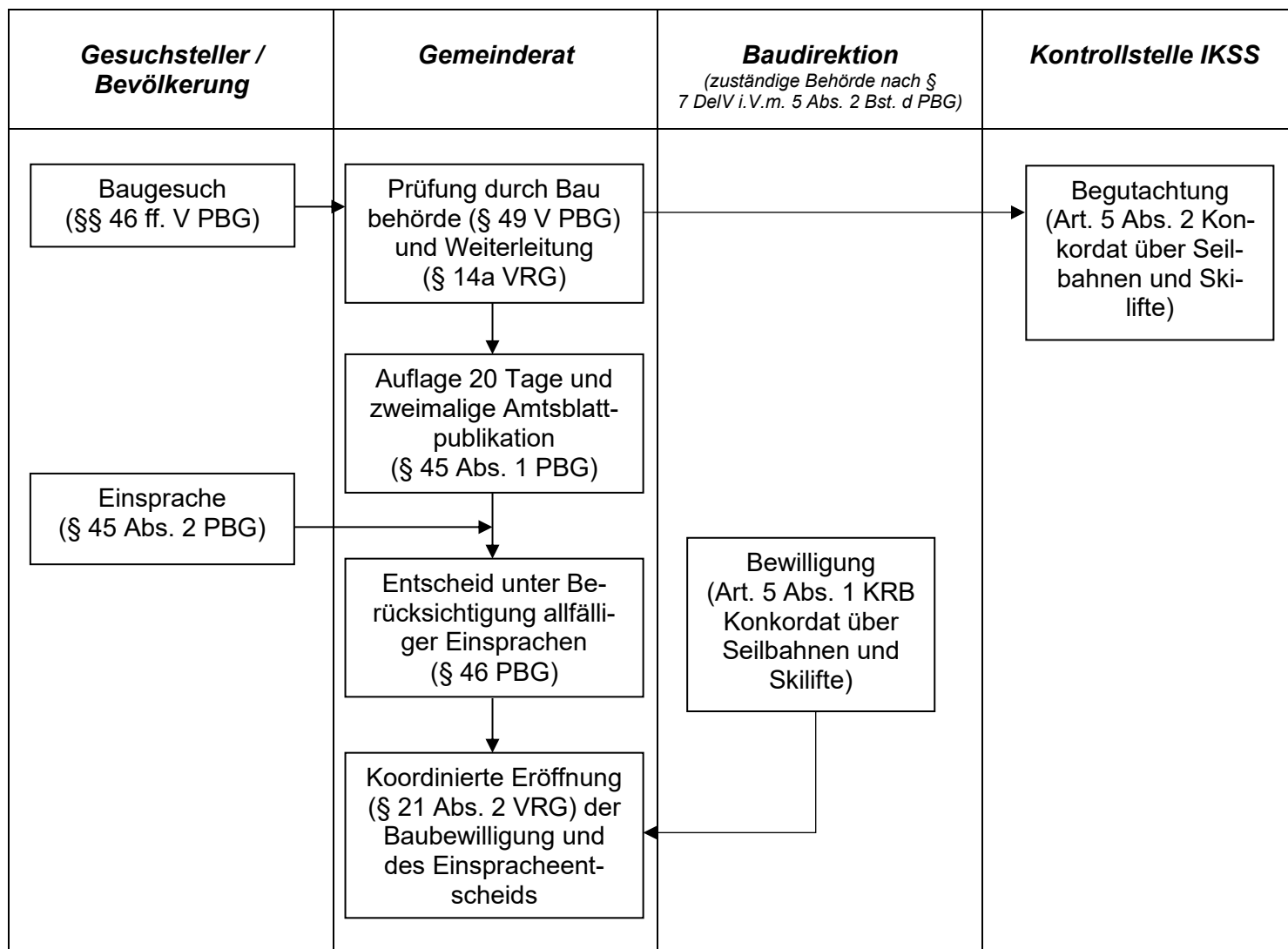
45. Inertstoffdeponie (< 500'000 m³): Sondernutzungsplanung ohne Umweltverträglichkeitsprüfung



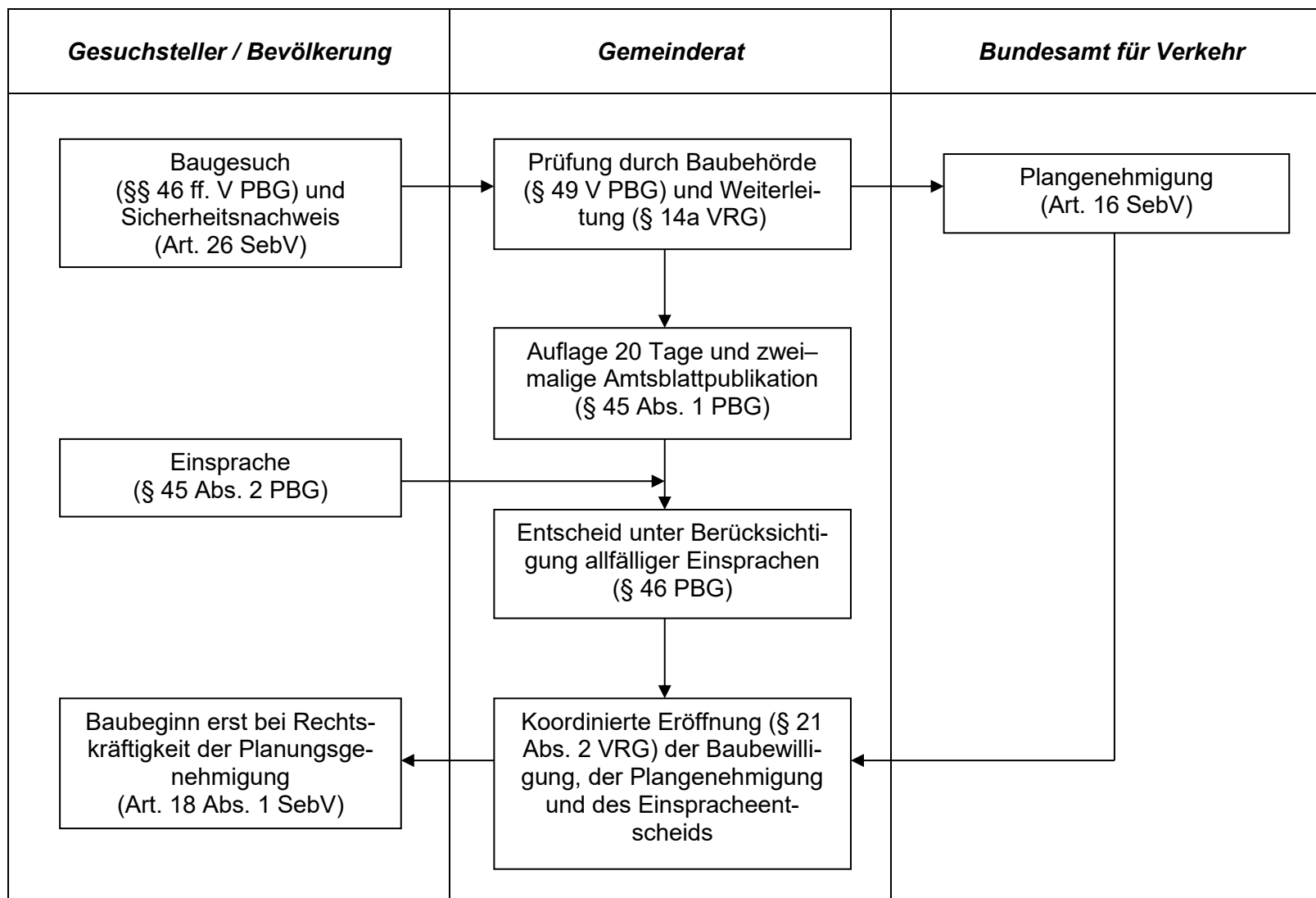
46. Inertstoffdeponie: Bewilligungsverfahren (Umweltverträglichkeitsprüfung bereits in der Sondernutzungsplanung erfolgt)



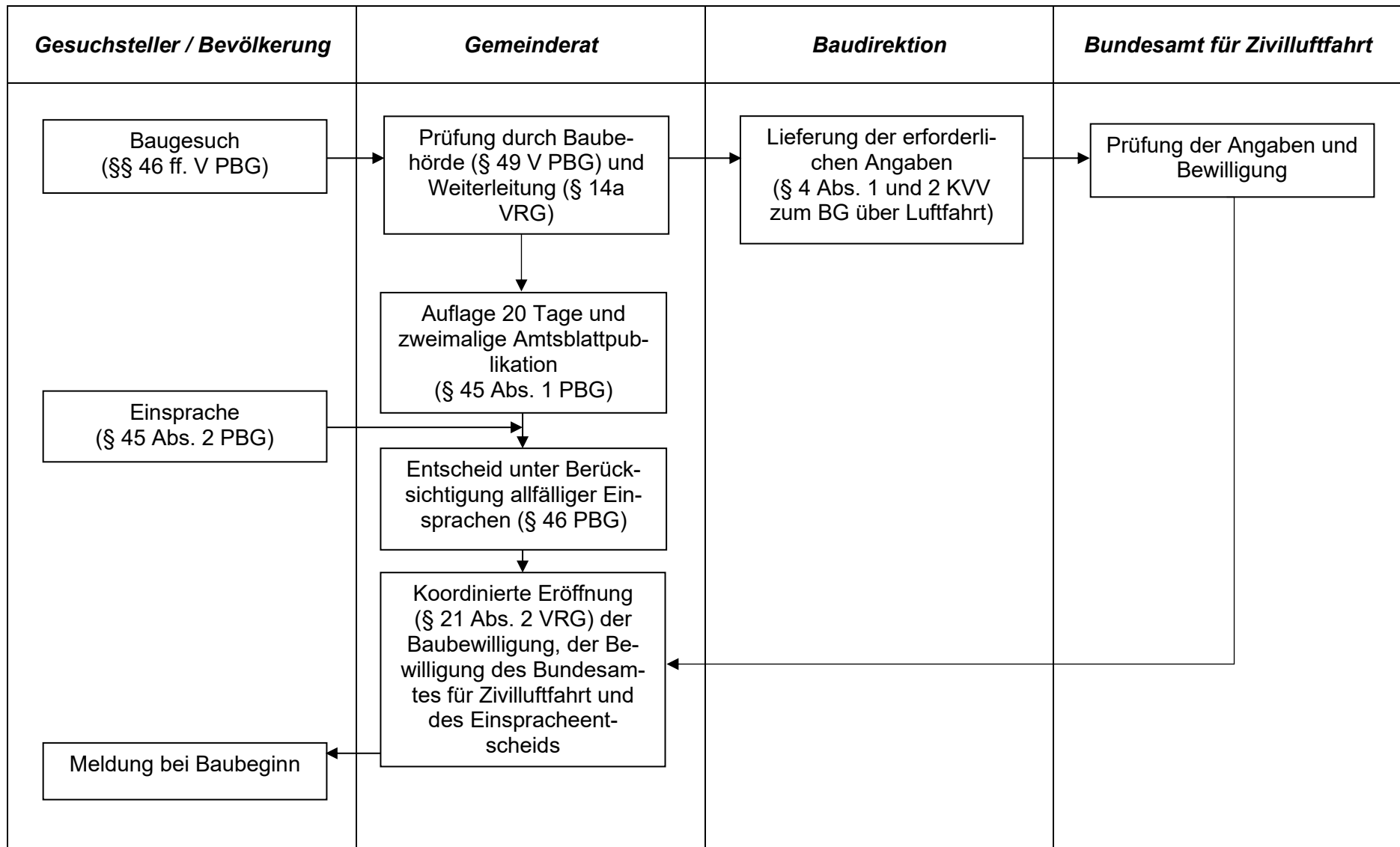
46. Bauvorhaben mit Schrägaufzügen auf Schienen



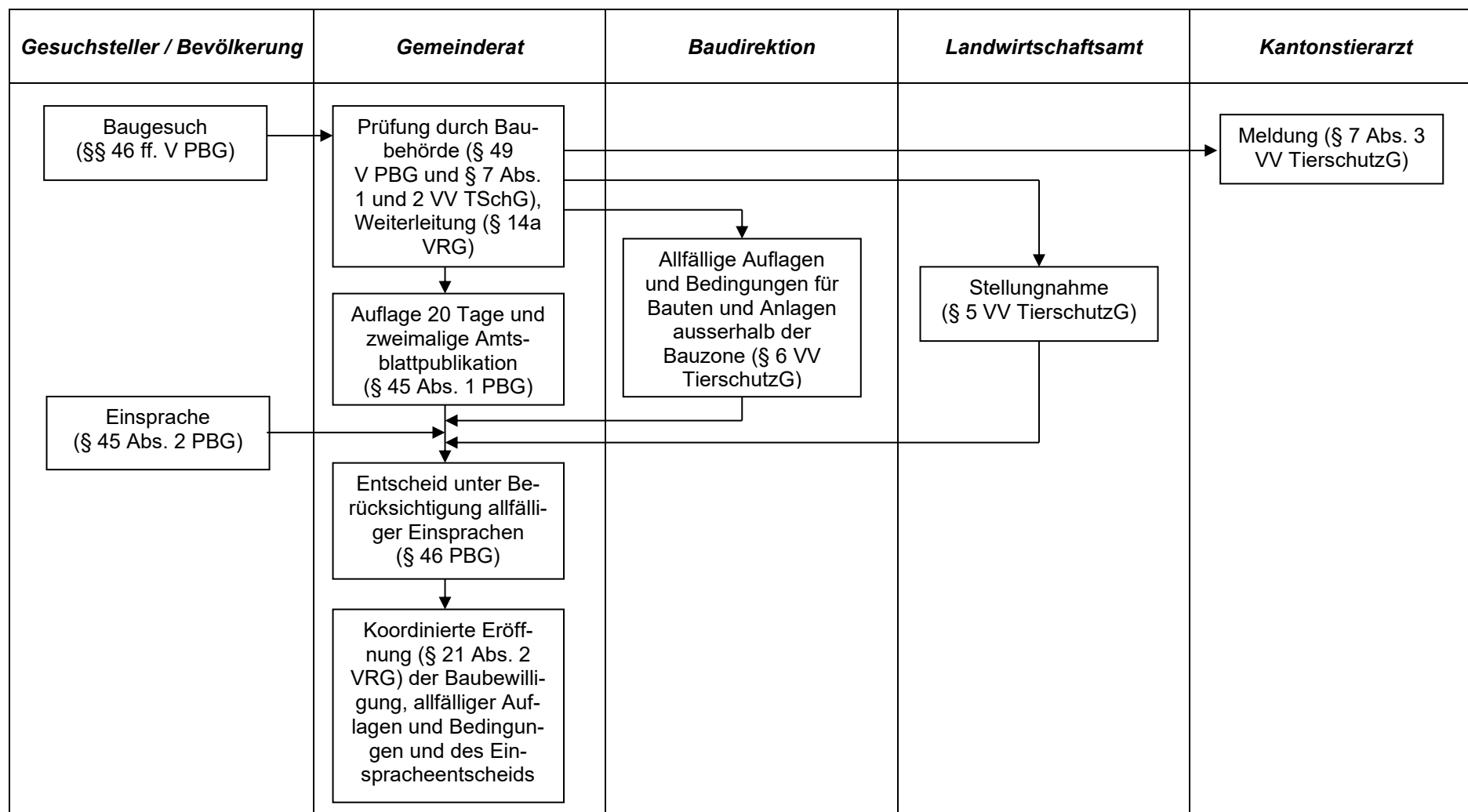
47. Bauvorhaben mit eidgenössisch konzessionierter Seilbahn



48. Bauvorhaben mit Luftfahrthindernissen



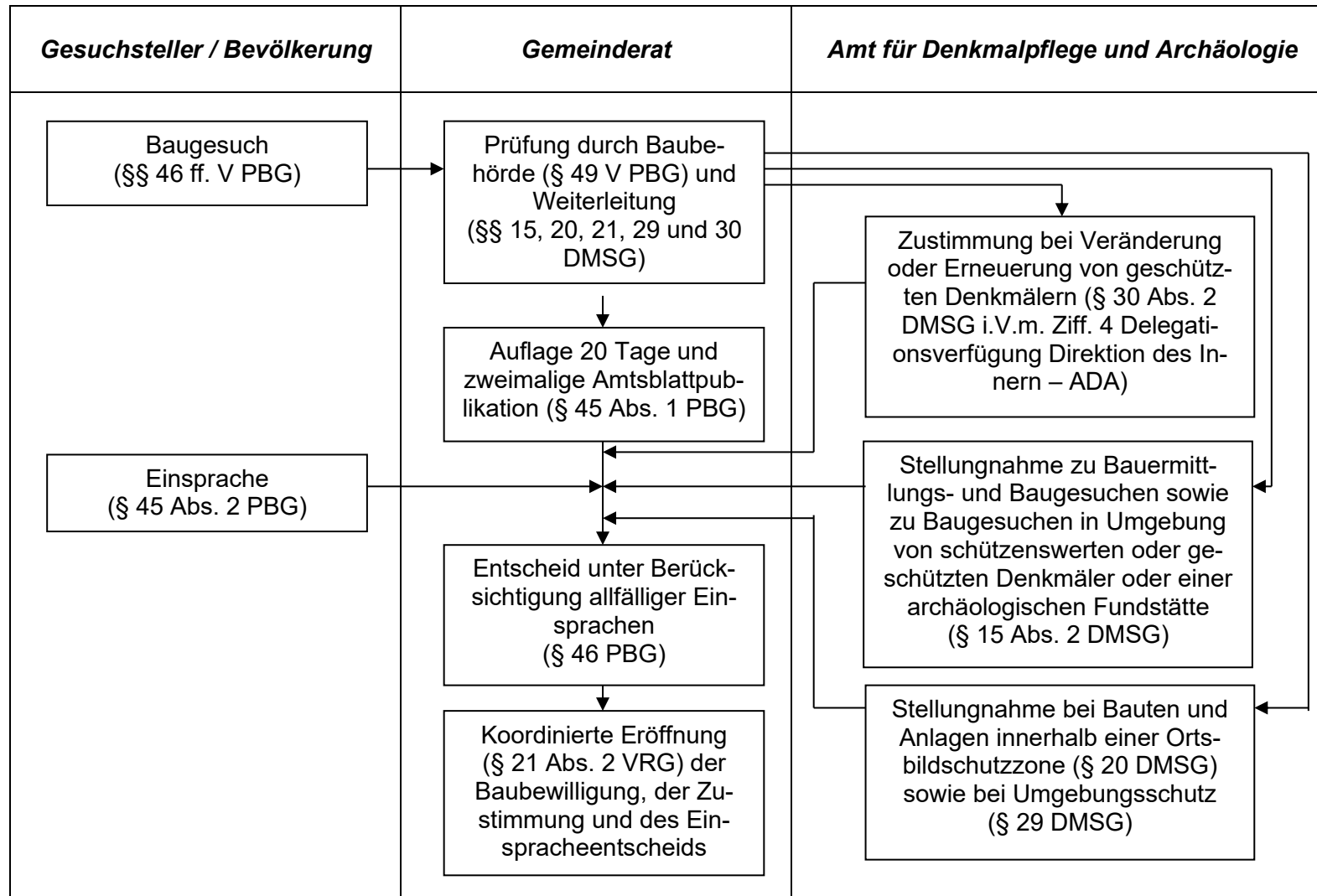
49. Bauvorhaben für die Hege und Haltung von Tieren



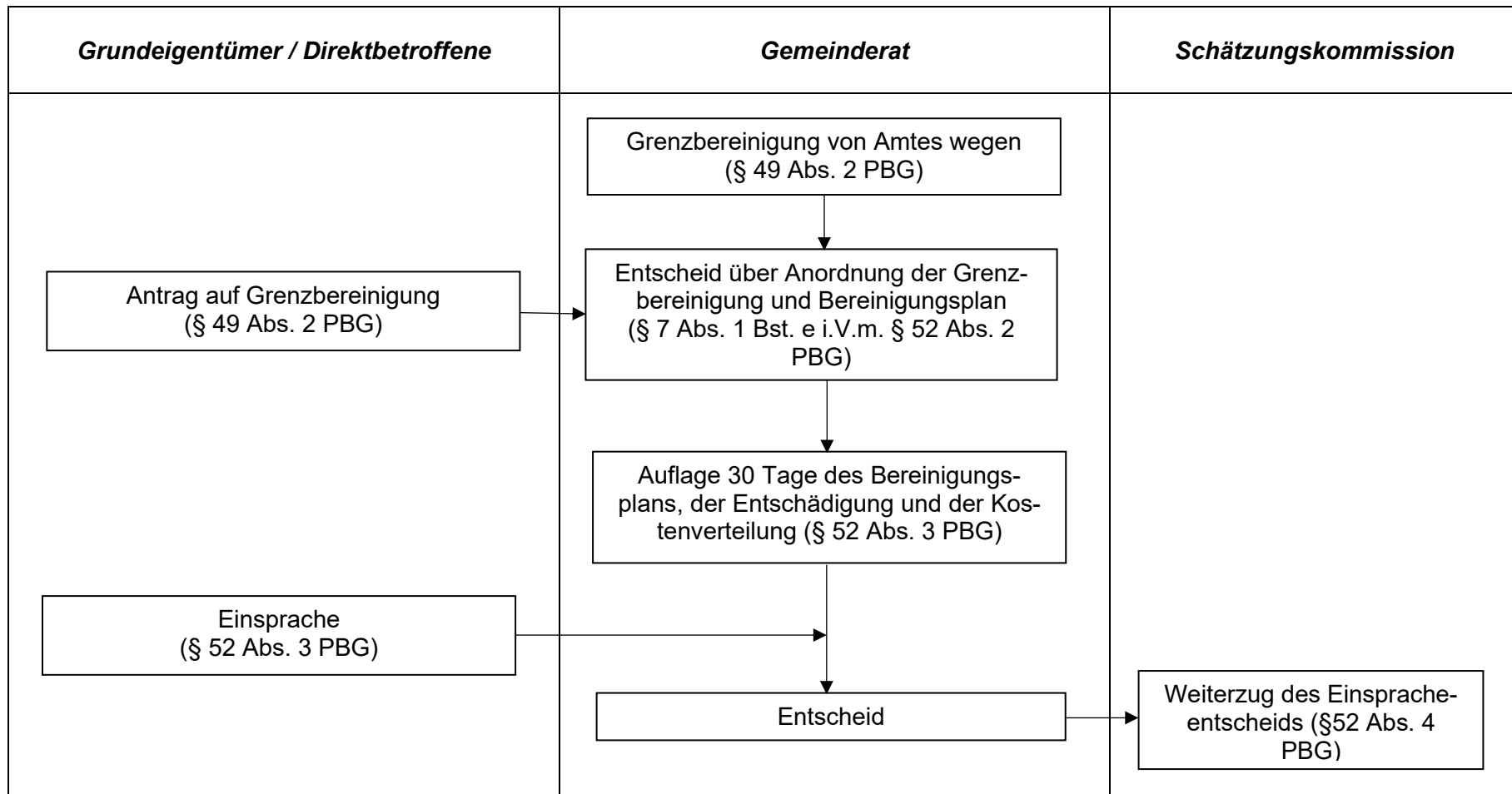
Bemerkung

Das Halten von wildlebenden einheimischen Säugetieren und Vögeln bedarf – gestützt auf § 25 i.V.m. § 34 Abs. 2 JagdG sowie § 30 Abs. 1 JagdV – einer Bewilligung des Amts für Wald und Wild.

50. Bauvorhaben an denkmalpflegerisch schützenswerten oder geschützten Objekten in Ortsbildschutzzonen, im Bereich archäologischer Fundstätten und Bauvorhaben in der näheren Umgebung eines schützenswerten oder geschützten Denkmals



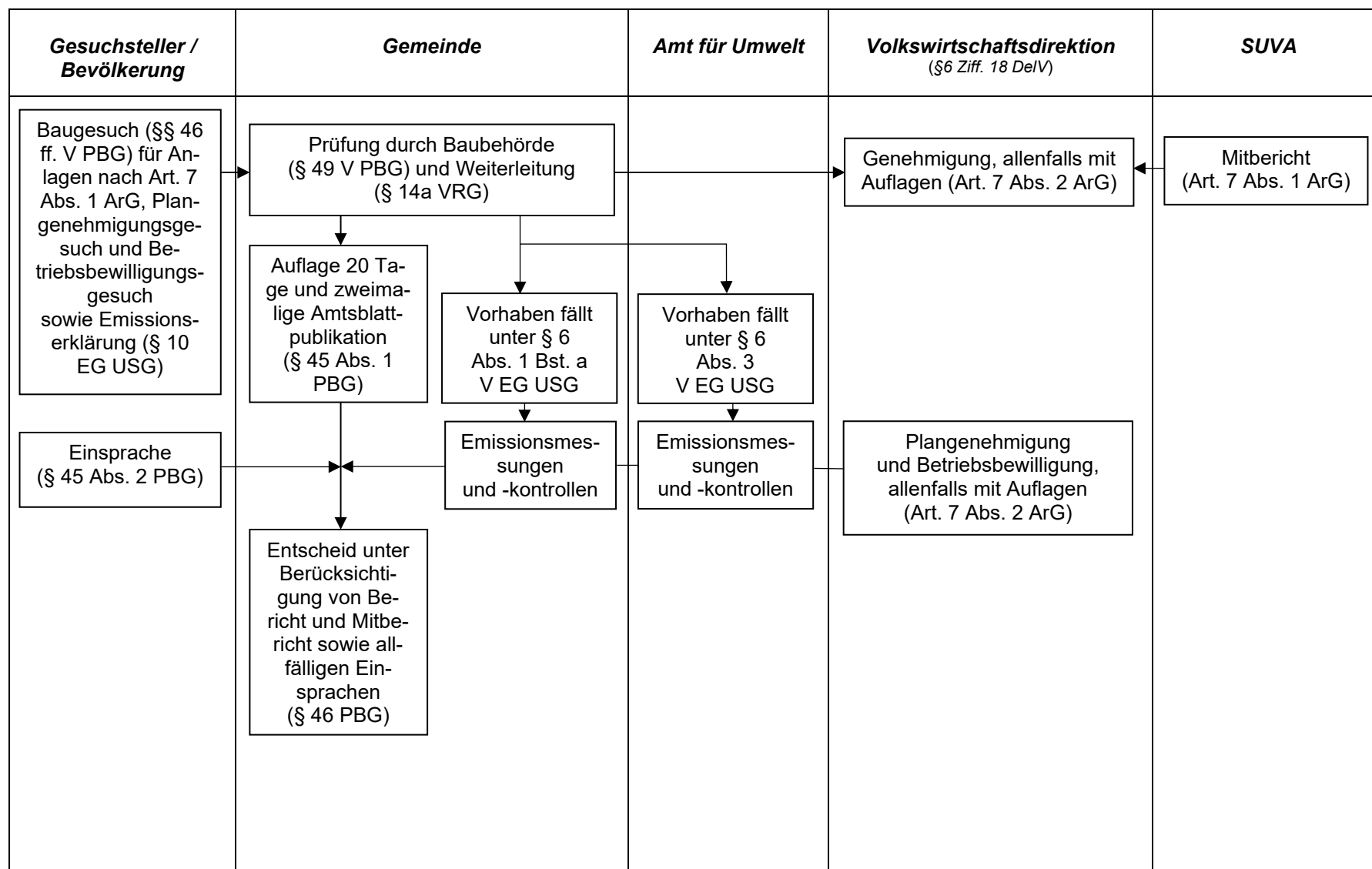
51. Grenzbereinigung



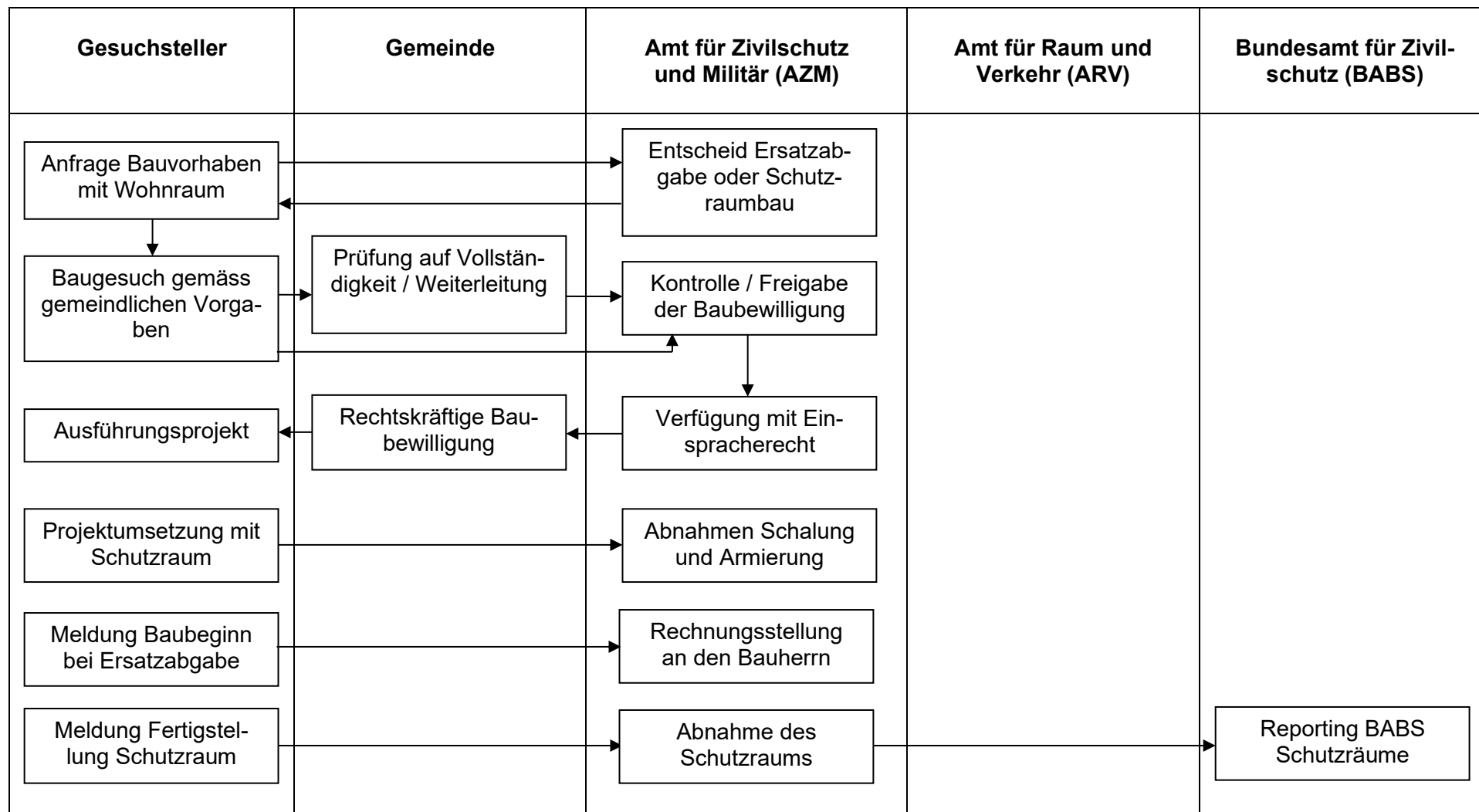
Bemerkung

Der Bereinigungsplan hat den Voraussetzungen von § 39 V PBG zu entsprechen.

52. Bauvorhaben mit einem plangenehmigungspflichtigen Betrieb

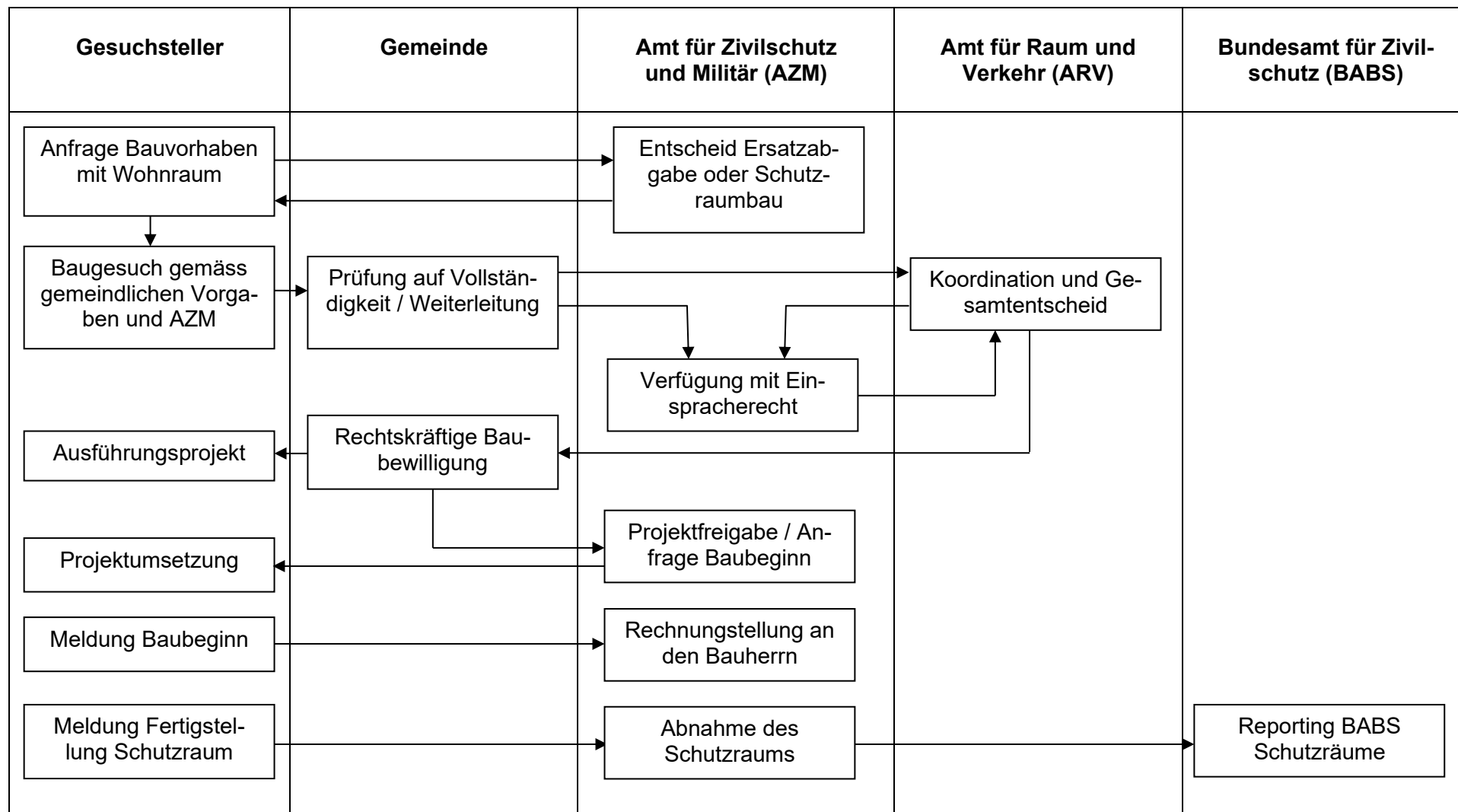


53. Bauvorhaben mit Schutzraumbauten und anderen Zivilschutzeinrichtungen (gemäss AZM)
(Neubau Wohnraum ohne Koordination Amt für Raum und Verkehr)



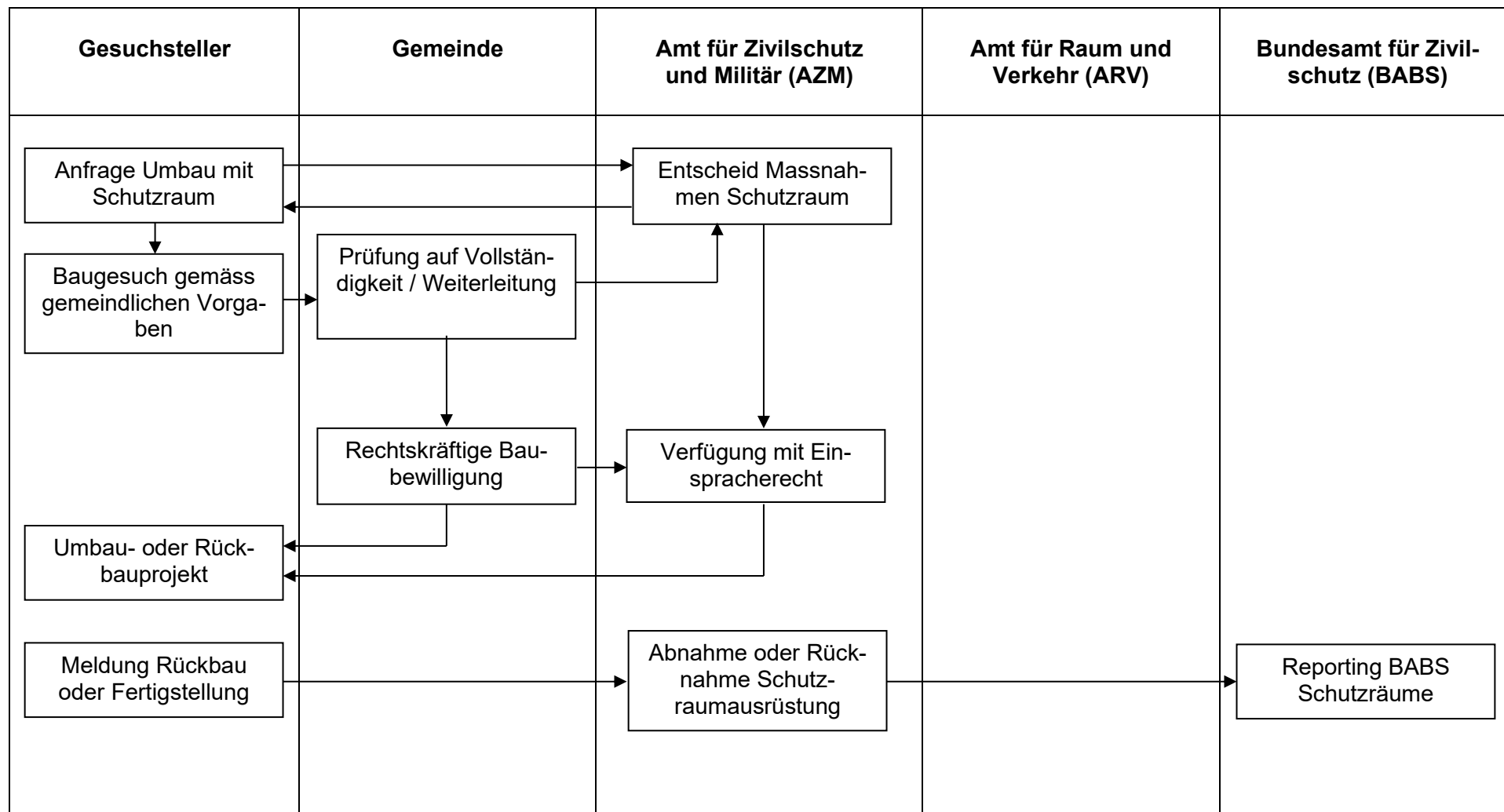
54. Bauvorhaben mit Schutzraumbauten und anderen Zivilschutzeinrichtungen (gemäss AZM)

(Neubau Wohnraum mit Koordination Amt für Raum und Verkehr)

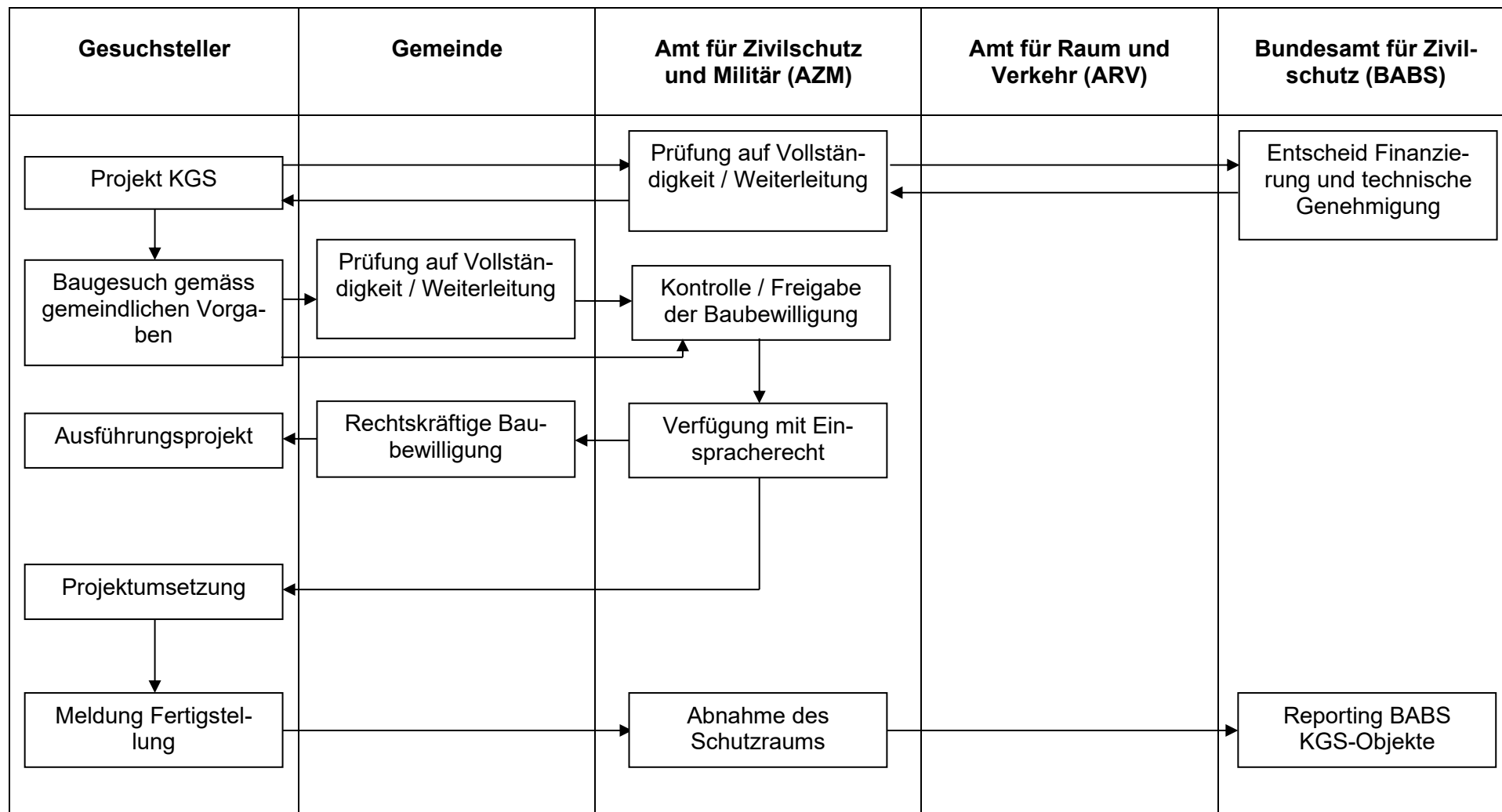


55. Bauvorhaben mit Schutzraumbauten und anderen Zivilschutzeinrichtungen (gemäss AZM)

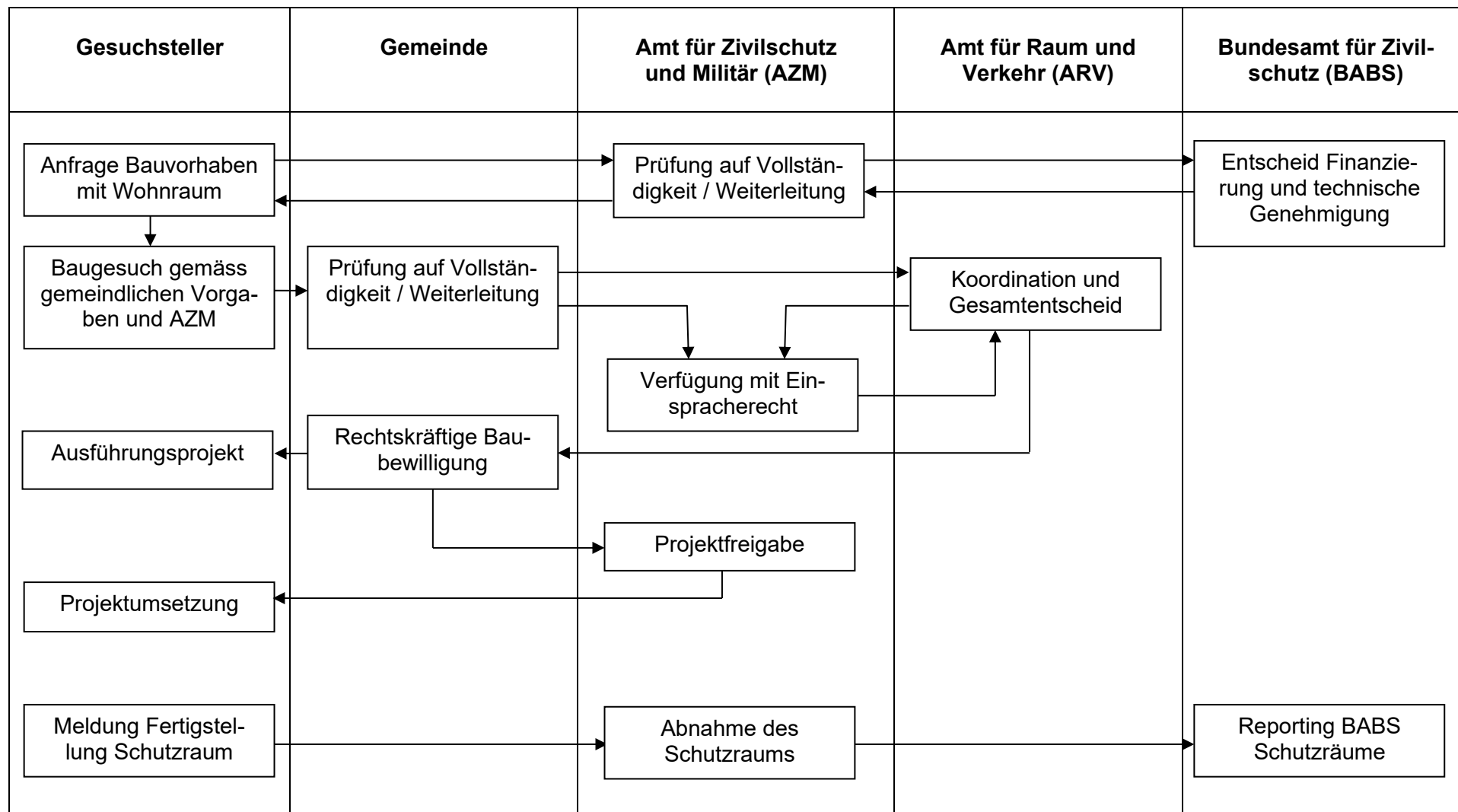
(Umbau / Rückbau mit Schutzraum im Gebäude)



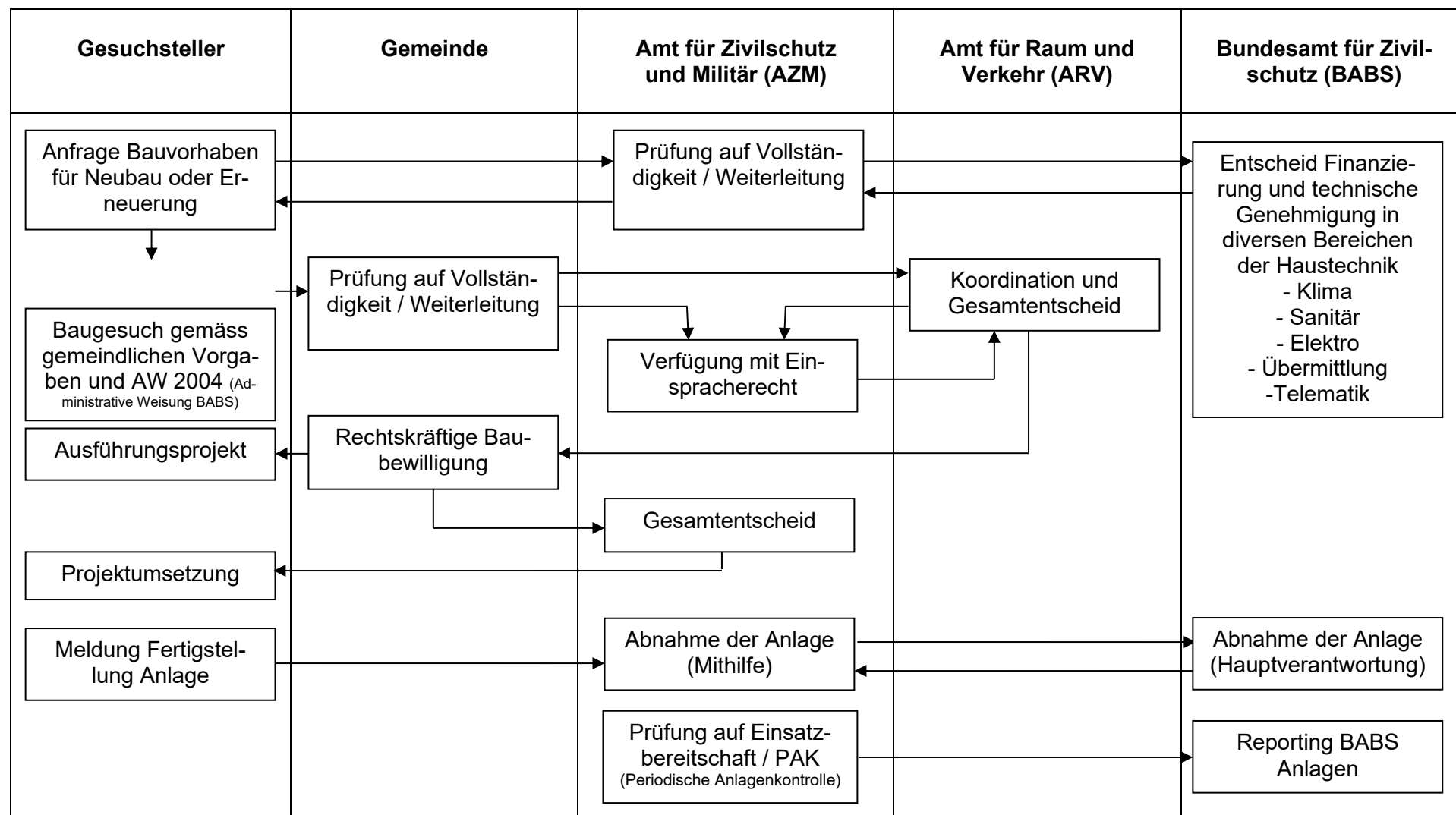
56. Bauvorhaben mit Schutzraumbauten und anderen Zivilschutzeinrichtungen (gemäss AZM)
(Neubau Kulturgüterschutzraum (KGS) ohne Koordination Amt für Raum und Verkehr)



57. Bauvorhaben mit Schutzraumbauten und anderen Zivilschutzeinrichtungen (gemäss AZM)
(Neubau Kulturgüterschutzraum (KGS) mit Koordination Amt für Raum und Verkehr)



58. Bauvorhaben mit Schutzraumbauten und anderen Zivilschutzeinrichtungen (gemäss AZM) (Neubau und Erneuerung von Anlagen)



59. Bauvorhaben mit Schutzraumbauten und anderen Zivilschutzeinrichtungen (gemäss AZM)

(Aufhebung von Anlagen)

